
Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung



Manfred Kulesa / Harry Neyer / Martin Ott (Hg.)

Allianzen der Solidarität

Das Dialogprogramm der GKKE
Entwicklung als internationale soziale Frage

- Auswertung und Perspektiven 1992 - 1996
 - Neue Arbeitsvorhaben 1997 - 1999
-

Materialien zum
GKKE-Dialogprogramm

Heft **D 19**

Materialien
der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)
zum Dialogprogramm

Heft D 19

Allianzen der Solidarität. Das Dialogprogramm der GKKE
„Entwicklung als internationale soziale Frage“. Auswertung und Perspektiven 1992 - 1996.
Neue Arbeitsvorhaben 1997 - 1999
Herausgegeben von Manfred Kulesa, Harry Neyer und Martin Ott

Reihe Materialien zum GKKE-Dialogprogramm
Herausgegeben von den Geschäftsstellen der
Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)
Bonn, Juni 1997

Heft D 19
ISBN 3-932535-00-6 (Deutsche Kommission Justitia et Pax)

Redaktion: Dr. Manfred Kulesa, Gudrun Molkentin, Harry Neyer,
Hans Nirschl, Dr. Martin Ott

Bezug:

Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)
Evangelische Geschäftsstelle
Adenauerallee 37, 53113 Bonn
Tel.: 0228-26798-63; Fax -65

Katholische Geschäftsstelle
Adenauerallee 134, 53113 Bonn
Tel.: 0228-103-217; Fax - 318

Inhalt

Vorwort		5
I. Zielvorstellungen für das Dialogprogramm und Erwartungshaltung der Auftraggeber		6
II. Durchgeführte Vorhaben des Dialogprogramms		11
<i>A) Armutsorientierte Entwicklungszusammenarbeit</i>		
1. Das Dialogprogramm zu Brasilien		12
2. Das Dialogprogramm zu Tanzania		18
<i>B) Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen</i>		24
Plädoyer für Afrika / Die Fachgruppe / Bergbau und Umwelt / Hermes-Bürgschaften / Bretton Woods / Korruption / Pestizide und Pharma / Erfahrungen der Fachgruppenarbeit		
<i>C) Frieden als Voraussetzung für Entwicklung</i>		28
1. Begleitung der Friedensprozesse in El Salvador, Guatemala und dem Horn von Afrika		28
2. Bedeutung und Rolle der Kirchen bei Konfliktschlichtung und Friedenskonsolidierung		37
3. Rüstungsexportpolitik auf nationaler und europäischer Ebene		42
III. Instrumente und Arbeitsweise		47
Leitungskreis / Fachgruppen / Geschäftsführung und Geschäftsstelle / Dialoge / Kooperationen / Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit		
IV. Aufwand und Verwaltung		50
V. Ergebnisse und Erfahrungen		51
1. Generelle Auswirkungen		51
2. Auswirkungen in den einzelnen Partnerbereichen		54
3. Erfahrungen zur Methode und zu den Instrumenten		56
VI. Einschätzung des Dialogprogramms		59
VII. Perspektiven für die Arbeit der GKKE		61
VIII. Arbeitsvorhaben der GKKE nach Ende des Dialogprogramms		62
<i>A) Neue Vorhaben</i>		
1. Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe		63
2. Entwicklungspolitische Kooperation der Religionen		65

B) Fortführung von Vorhaben des Dialogprogramms

3. Dialog Brasilien	67
4. Dialog Tansania	70
5. Dialog Zentralamerika - Schwerpunkt Guatemala	71
6. Dialog Rüstungsexportpolitik	72

C) Fortführung von Dialogen mit der Industrie

7. Dialog Pharmaindustrie	73
8. Dialog mit Firma Bayer AG	76

Anlagen:

1. Mitglieder des Leitungskreises	77
2. Mitglieder der Fachgruppen	78
3. Geschäftsführung und Geschäftsstellen	83
4. Kurzbeschreibung der Informationsstelle „Horn von Afrika“	84
5. Publikationen des Dialogprogramms	86

Vorwort

In den Jahren 1992 bis 1996 hat die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) das Dialogprogramm "Entwicklung als internationale soziale Frage" durchgeführt. Das Programm war nach entsprechenden Vorarbeiten und mehreren Konsultationen von den beiden Trägern der GKKE, der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst und der Deutschen Kommission Justitia et Pax, beschlossen worden. Die beiden Träger stellten auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung.

Für die Durchführung des Programms waren der Leitungskreis, die beiden Geschäftsführer der GKKE und die Referenten/in des Dialogprogramms in ihrer jeweiligen Zuständigkeit verantwortlich.

Der Leitungskreis und die Geschäftsführung legen hiermit den Abschlußbericht vor. Der Bericht wurde gemeinsam von den beiden Geschäftsführern, der Referentin und dem Referenten des Dialogprogramms erstellt. Eingeflossen in den Bericht sind die Erfahrungen mit dem Dialogprogramm, die bei der Fachtagung "Nord-Süd-Politik zwischen Eigeninteresse und internationaler Solidarität" im März 1996 dargelegt wurden (siehe Materialien zum GKKE-Dialogprogramm, Heft D 15). Der Bericht wurde in der abschließenden Sitzung des Leitungskreises am 30./31. Oktober 1996 ausführlich beraten und um einige Aussagen ergänzt.

Eine abschließende Beurteilung des Dialogprogramms dürfte erst auf der Grundlage einer systematischen Evaluierung von außen möglich sein, die für diesen internen Bericht nicht vorgenommen werden konnte. Ebenso müssten zu den konkreten Auswirkungen jeweils Repräsentanten der Dialogpartner und der Kooperationspartner systematisch befragt werden.

Der Leitungskreis und die beiden Geschäftsführer danken sehr herzlich allen, die zum Dialogprogramm beigetragen haben. Der Dank geht vor allem auch an die sehr engagierten Mitglieder der Fachgruppen sowie an die Referenten/in und Sachbearbeiterinnen in der Geschäftsstelle des Dialogprogramms.

Für den Leitungskreis: Dr. Günter Linnenbrink, Karl Osner

Für die Geschäftsführung: Dr. Manfred Kulesa, Harry Neyer, Dr. Martin Ott

Bonn, im März 1997

I. Zielvorstellungen für das Dialogprogramm und Erwartungshaltung der Auftraggeber

Das Dialogprogramm der GKKE wurde 1992 begonnen. Die Laufzeit war auf vier Jahre festgelegt. Im März 1996 wurde auf der Fachtagung "Nord-Süd-Politik zwischen Eigeninteresse und internationaler Solidarität" Bilanz gezogen, und gleichzeitig wurden Empfehlungen für die weitere Arbeit ausgesprochen.

Das Programm wurde mit beträchtlichem finanziellen Aufwand und personellem Engagement durchgeführt. Der vorliegende Bericht soll helfen, diese ökumenische Anstrengung der Kirchen zu bewerten. Die Darstellung ist aber nicht nur als Rechenschaftsbericht zu verstehen. Gleichzeitig sollen die im Dialogprogramm gesammelten Erfahrungen dokumentiert und somit nutzbar gemacht werden.

Das Dialogprogramm als Reaktion auf vorhandenen Bedarf

Nachdem von 1977 bis 1979 ein erstes intensives ökumenisches Dialogprogramm unter gleichlautendem Titel durchgeführt worden war, entschlossen sich die beiden Träger der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), zwischen 1992 und 1996 gemeinsam ein zweites Dialogprogramm zu bestreiten und die dafür notwendigen institutionellen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die Notwendigkeit dazu wurde bereits während der Europäischen Ökumenischen Versammlung in Basel 1989 benannt:

Aufgrund ihres Auftrages und ihrer weltweiten Verpflichtung zur Solidarität, aber auch ihrer Sicht der Entwicklungsaufgaben und ihrer Erfahrung im Entwicklungsdienst, ergibt sich für die Kirchen und Christen immer wieder die Notwendigkeit, sich mit Fragen der Entwicklungspolitik des Staates und der Weltwirtschaft auseinanderzusetzen und sich zum Anwalt der Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika zu machen, deren Stimme nicht gehört wird."

Damit ist auch das Motiv des zweiten ökumenischen Dialogprogramms beschrieben, welches ein Ausdruck der Solidarität der Kirchen in Deutschland mit den Menschen in der "Dritten Welt" sein sollte, die unter ungerechten und menschenunwürdigen Bedingungen leiden.

Der Entschluss, dieses zweite ökumenische Dialogprogramm zu beginnen, basierte nicht nur auf den positiven Erfahrungen, die in der ersten Phase gesammelt worden sind. Ausschlaggebend war die Einsicht, dass nach wie vor die Kluft zwischen Arm und Reich international, aber auch in den Ländern des Südens selbst zunimmt, dass immer mehr Menschen in unerträglichen Armutssituationen leben müssen und dass kriegerische Auseinandersetzungen zunehmend Entwicklung verhindern. Besondere Bedeutung kam der Beendigung des Ost-West-Konfliktes zu. Die Hoffnung, dass Finanzmittel, die vorher für Rüstungszwecke eingesetzt worden sind, nunmehr für Entwicklungsaufgaben umgewidmet werden könnten, erwies sich als trügerisch. Gleichzeitig wurde deutlich, dass die Beschäftigung mit den eigenen Problemen das

Interesse an entwicklungspolitischen Fragestellungen noch mehr in den Hintergrund treten ließ. Dieser Befürchtung, verbunden mit der Bitte, ein Gegengewicht zu setzen, wurde auch von den Partnern aus Übersee Ausdruck verliehen, die im Dezember 1992 zu der internationalen Konsultation "Entwicklung als internationale soziale Frage" nach Bonn eingeladen waren. Die zunehmenden wirtschaftlichen Probleme in den Industriestaaten und die dadurch bedingte Verknappung der Mittel war eine zusätzliche Motivation.

Zahlreiche Äußerungen kirchlicher Partner aus Übersee verdeutlichten den Bedarf zur Durchführung des zweiten Dialogprogramms. An die deutschen Kirchen wurde die Bitte herangetragen, neben dem bisherigen Engagement die politische Dimension zu verstärken und strukturelle Fragen, die sowohl für den Norden als auch für den Süden wichtig sind, im Norden zu thematisieren.

Kontinuität zwischen dem ersten und dem zweiten Dialogprogramm der Kirchen

Hinsichtlich der Zielsetzung bestand deutliche Kontinuität zwischen dem ersten und zweiten Dialogprogramm der GKKE. In der einleitenden Rede auf dem Kongress "Entwicklung, Gerechtigkeit und Frieden", Bonn - Bad Godesberg 1979, sagte Karl Osner:

"Entwicklungspolitik soll mehr als bisher als Aufgabe der gesamten Gesellschaft verstanden und verwirklicht werden. Das ist das Projektziel. Es soll erreicht werden durch den Dialog der Beteiligten. Sie sprechen miteinander über die Möglichkeiten, aus ihrem Selbstverständnis und in ihrer Verantwortung entwicklungspolitisch zu handeln".

Auch bezüglich der Methodik der Umsetzung gab es Übereinstimmung. "Das Dialogprogramm ist handlungsorientiert. Dazu ist es wichtig, die Ausgangslage klar zu erkennen. Schreckgemälde über das Elend in der Welt und über unsere Versäumnisse führen nicht weiter. Wir wollen uns nicht mutlos machen. Wir wollen andere nicht auf die Anklagebank setzen. Nur Nüchternheit und Sachlichkeit können gleichermaßen vor Verharmlosung und euphorischer Aufbruchstimmung bewahren. Es geht um die Schritte, die getan werden können. In den vermutlich kleinen Schritten, in den hoffentlich aber vielen kleinen Schritten, und nicht in der Vielzahl von Forderungen liegt die Dynamik."

Intention des Programms

Die Absichten, die zum Beschluss über das zweite Dialogprogramm führten, beschreibt Dr. Günter Linnenbrink in seinem Eingangsbericht auf der Fachtagung des Dialogprogramms der GKKE "Nord-Süd-Politik zwischen Eigeninteresse und internationaler Solidarität", Königswinter, März 1996, folgendermaßen:

- Den Christen und Kirchen in den Ländern des Südens sollte signalisiert werden, dass die deutschen Kirchen und Christen ihre entwicklungspolitische Verantwor-

tung weiter und verstärkt wahrnehmen und sich nicht durch den nationalen Wiedervereinigungsprozess völlig in Beschlag nehmen lassen.

- Die Nord-Süd-Politik sollte als eine Querschnittsaufgabe für die gesamte Politik verdeutlicht werden (das sogenannte Kohärenzgebot), weil immer stärker erkennbar wurde, wie sehr sich außen-, sicherheits-, wirtschafts- und sozialpolitische Aufgaben und Probleme mit der Entwicklungspolitik verschränken. Dazu wurde ein entsprechender Bundestagsbeschluss angestrebt. In den Dialogen sollten Allianzen von Personen und Gruppen aus unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und beruflichen Feldern geschaffen werden, die sich in ihrem Einflussbereich für Belange wie Armenorientierung, Partizipation, Aufbau der Zivilgesellschaft, Friedensförderung und mehr Chancengleichheit in der Weltwirtschaft einsetzen.
- Die schon im ersten Dialogprogramm geforderte Priorität der Entwicklungspolitik gegenüber den Armen und ihrer Partizipation am gesellschaftlichen Entwicklungsprozess sollte noch stärker in den Vordergrund gestellt werden.

Ferner wurde schon frühzeitig die Vorstellung eines exemplarischen Zugangs entwickelt. Von den sehr konkreten Zugängen in den thematischen Schwerpunkten sollten übertragbare Folgerungen abgeleitet werden.

Die thematischen Schwerpunkte

Die mit der Grundausrichtung des Dialogprogramms korrespondierenden thematischen Schwerpunkte wurden im Februar 1992 in der Konsultation der GKKE gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg und der Katholischen Akademie Berlin vorgestellt:

- A) *Armutorientierung der Entwicklungszusammenarbeit*
Beispielländer: Tanzania, Brasilien
- B) *Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen*
- C) *Frieden als Voraussetzung von Entwicklung*
Beispielländer: Guatemala, El Salvador und Horn von Afrika

Die jeweilige Arbeit in den drei Themenbereichen sollte so ausgerichtet sein, dass ein Beitrag zur Umsetzung der primären Zielsetzung geleistet wird, nämlich das Verständnis von Nord-Süd-Politik als politische und gesellschaftliche Querschnittsaufgabe zu vertiefen. In allen Bereichen ging es ferner darum, strukturelle Hemmnisse, die nachhaltige Entwicklung behindern, aufzudecken, zu erörtern und - falls möglich - zu mindern oder abzuschaffen.

Die Konsultation "Entwicklung als internationale soziale Frage" Auftakt des Programms und Konsequenzen (Dezember 1992, Bonn)

Zu dieser Tagung wurden die Südpartner des Dialogprogramms, Sachverständige, Kirchenrepräsentanten und potentielle Dialogpartner eingeladen, um gemeinsam über die bevorstehenden Aktivitäten zu beraten. Dahinter stand die Überzeugung, nicht für Belange von Menschen aus dem Süden eintreten zu können, ohne diese an der Planung zu beteiligen. Die positive Resonanz der Partner bestätigte die Notwendigkeit dieser Konsultation. Die Erfahrungen und Anregungen der Südpartner beeinflussten die späteren Konzepte maßgeblich. Weiter richteten die Südpartner an die GKKE den Appell, sie bei der angestrebten Lobbyarbeit in Deutschland permanent einzubeziehen. Nur auf diese Weise könne der Anspruch der "Anwaltsfunktion" langfristig umgesetzt werden.

Die Zielsetzungen des Dialogprogramms wurden daraufhin um den Anspruch erweitert, partnerorientiert zu verfahren und einen intensiven Dialog mit den Partnern in den genannten Ländern zu führen.

Erwartungen an das Programm

Weihbischof Leo Schwarz beschrieb bei dieser Konsultation die hohe Erwartungshaltung, die an das Programm gerichtet war und an denen es sich messen lassen muss:

"Der Dialog ist unverzichtbar. Aber er ist letztlich nur ein Mittel zum Zweck. Der personelle, zeitliche und finanzielle Aufwand ist nur berechtigt, wenn aus den Dialogen Handlungen erwachsen. Ein Dialog nützt noch nicht viel, wenn lediglich Konsens erzielt wird, aber die konkrete Umsetzung fehlt. Unsere Dialoge sollten einen gewissen Grad der Verbindlichkeit auf beiden Seiten erlangen. Ein Beispiel: Wenn wir die Entwicklung in der Region Carajás in Brasilien erörtern, dann werden überprüfbare und wirklich durchgeführte Handlungen eine Meßlatte des Erfolges sein".

Ferner formuliert Weihbischof Schwarz eine weitere Erwartung an das Dialogprogramm: "Unser Engagement hat nur dann Aussichten auf Erfolg, wenn die notwendige Sachkompetenz vorhanden ist. Das Aufzeigen von Konfliktfeldern genügt nicht. Alternativen zum Handeln, die beiderseitige Interessen berücksichtigen, werden zu erarbeiten sein" (Internationale ökumenische Konsultation, Dezember 1992, Dokumentation in Materialien, Heft D1).

Zusammenfassung der Erwartungshaltung

Zusammenfassend kann die Erwartungshaltung an das Dialogprogramm wie folgt aufgelistet werden:

- Behandlung struktureller Aspekte in den Nord-Süd-Beziehungen
- Sachkompetenz in den Dialogen
- Offenheit für Eigeninteresse der Dialogpartner
- Schaffung von Allianzen
- Umsetzungsorientierung (greifbare Ergebnisse, Veränderungen)
- Anwaltsfunktion gegenüber den Süd-Partnern durch Lobbyarbeit
- Ausgeprägte Nord-Süd-Kooperation (partizipativer Ansatz)
- Exemplarisches Vorgehen an konkreten Beispielen (Übertragbarkeit von Ergebnissen, Methoden und Ansätzen)

Als primäre Zielvorstellung sollt das Dialogprogramm die Entwicklungspolitik als politische Querschnittsaufgabe und als gesamtgesellschaftliche Verpflichtung fördern.

II. Durchgeführte Vorhaben des Dialogprogramms

In diesem Kapitel des Abschlußberichtes werden die durchgeführten Vorhaben des Dialogprogramms sowie die wichtigsten Aktivitäten dargestellt. Die Berichte sind jeweils von dem (der) verantwortlichen Mitarbeiter(in) in der Geschäftsstelle des Dialogprogramms verfasst worden. Wir haben diese Berichte bewusst nicht bearbeitet oder gekürzt, um die Darstellung der jeweils Verantwortlichen deutlich zu erhalten. Die Einzelberichte sind nach den drei Themenbereichen wie folgt gegliedert:

A) Armutsorientierung der Entwicklungszusammenarbeit

1. Beispielland Brasilien
2. Beispielland Tanzania

B) Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

C) Frieden als Voraussetzung für Entwicklung

1. Begleitung der Friedensprozesse in El Salvador und Guatemala sowie dem Horn von Afrika
2. Konfliktschlichtung und Friedenskonsolidierung
3. Rüstungsexportpolitik

A) Armutsorientierung der Entwicklungszusammenarbeit

1. Das Dialogprogramm zu Brasilien

Ausgangslage

Brasilien gilt als Land der Gegensätze. Auf der einen Seite präsentiert sich das Land als moderner Industriestaat. Auf der anderen Seite müssen Menschen unter erbärmlichen sozialen, ökologischen und ökonomischen Bedingungen leben. Die Region "Grande Carajás" im Nord-Osten Brasiliens symbolisiert beide Seiten: Wohlstand und Armut, Fortschritt und Zerstörung.

Gleichermaßen steht das Gebiet, das der doppelten Fläche der heutigen Bundesrepublik Deutschland entspricht, exemplarisch für rein wirtschaftlich orientierte Entwicklungsprozesse. Die Menschen, die in der Region leben, beklagen einen Zuwachs der Armut, massive Verletzungen der Menschenrechte, politische und strukturelle Gewalt, ökologische Desaster und an Sklaverei erinnernde Arbeitsbedingungen. Von Partizipation bei Entscheidungen über die Entwicklung des Lebens- und Naturraumes kann keine Rede sein.

Zwischen Deutschland und der rohstoffreichen Region bestehen langjährige Wirtschaftsbeziehungen. Eisenerze aus Carajás werden im Ruhrgebiet verarbeitet. Die deutsche Aluminium-Industrie profitiert von der Bauxitgewinnung und Aluminiumproduktion in der Region. Die deutsch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen und die Auswirkungen der wirtschaftlichen Inwertsetzung auf Mensch und Natur sind ausführlich in den Studien: Carajás, Entwicklung oder Zerstörung, D 10 und Streitfall Aluminium, D 9 herausgearbeitet worden.

Hintergrund

Im Dezember 1992 (Internationale Ökumenische Konsultation) wurden mit brasilianischen Partnern drei optionale Themen für die weitere Arbeit des Dialogprogramms diskutiert:

- Carajás "Entwicklung oder Zerstörung?"
- Verstädterung am Beispiel Sao Paulo
- Land und Demokratie (Flankierung der EZE - Debatte)

In einem sechsmonatigen Prüfungsprozess erwies sich das erste Thema am tragfähigsten. Gründe waren:

- In Deutschland gab es einen Vorlauf durch die Arbeit der gewerkschaftlichen Solidaritätsgruppen, die Evangelische Akademie Mühlheim und die AGKED - Fachstelle Wirtschaft
- Dialogpartner in Deutschland waren relativ klar zu identifizieren
- Mit dem jetzigen Forum Carajás gab es eine Referenzgruppe in Brasilien

Hauptzielsetzungen

- Die Arbeit des Dialogprogramms am Beispiel der Region Carajás sollte dazu beitragen, den gesellschaftlichen und politischen Stellenwert von Nord-Süd-Politik zu vergrößern
- Es sollten Allianzen geschaffen werden, die sich für Belange wie nachhaltige Entwicklung, Partizipation, Armutsbekämpfung durch Stärkung der Zivilgesellschaft einsetzen. (Querschnittsaufgabe)
- Die brasilianische Partnerorganisation Forum Carajás sollte in ihren Bemühungen um Partizipation gestärkt werden.

Neben den Hauptzielsetzungen ergab sich im Lauf der Arbeit eine Vielzahl von Unterzielen, die in der von Wolfgang Hees erstellten Auswertung des Brasilienprogramms detailliert beschrieben sind. (Die Auswertung ist bei den GKKE - Geschäftsstellen verfügbar).

Vorbereitung

Die Vorbereitung der Dialoge verlief zeitgleich in Brasilien und Deutschland. Dazu gehörten Forschungsarbeiten als qualifizierte Grundlagen der Dialoge, Arbeitstreffen der Fachgruppe, Abstimmungsprozesse mit kirchlichen Hilfswerken, arbeitsteiliges Vorgehen, vorbereitende Kontakte zu Medien, Kontaktaufnahme mit potentiellen Dialogpartnern, permanente Absprachen mit Forum Carajás.

Prinzipien der Arbeit

In der Anfangszeit wurden auch die Arbeitsprinzipien festgelegt. Folgende Eckpunkte waren dabei von besonderer Wichtigkeit: Dialogpartner müssen eindeutig identifizierbar sein, die Dialoge müssen fachlich qualifiziert vorbereitet sein, damit Kirchen als Diskussionspartner ernst genommen werden. Die Dialoge sollten so umsetzungsorientiert wie möglich sein. Eine möglichst große Gleichzeitigkeit der Prozesse in Deutschland und Brasilien wurde angestrebt (Partnerorientierung und Nord-Süd-Kooperation).

Durchführung (Auszug)

Zwischen 1992 und 1996 fanden 14 Arbeitstreffen mit dem Forum Carajás statt. Nahezu alle Mitglieder der Fachgruppe waren daran beteiligt. In Deutschland fanden regelmäßige Dialoge mit folgenden Gruppen statt:

- AWZ (ein Gespräch pro Jahr)
- Bundestagsabgeordnete und Abgeordnete des EP (regelmäßig bei Bedarf)
- Gewerkschaften (durchschnittlich drei Arbeitstreffen/Jahr)
- Universitäten (Berlin, Heidelberg, Tübingen, durchschnittlich drei Arbeitstreffen pro Jahr)
- Brasilianische Botschaft in Deutschland (permanenter Kontakt)

- Gespräche mit dem brasilianischen Justizminister Dr. Jobim und dem Leiter der Umweltbehörde (IBAMA)
- Diskussionen mit der Deutschen Industrie- und Handelskammer in S. Paulo (Aluminium)
- NGO (KoBra, FIAN, Urgewald, permanent)
- Bergbaugesellschaft Vale do Rio Doce (zwei Treffen pro Jahr)
- Verbände der Stahlindustrie (vier Gespräche)
- Verbände der Aluminium-Industrie (seit 1995 permanenter Kontakt)
- Drei Pressekonferenzen
- Sitzungen der Fachgruppe Brasilien (vier Sitzungen pro Jahr)
- Runder Tisch in Sao Luis, Mai 1994
- Gemeinsame Reise GKKE-Aluminium-Zentrale im November 1995
- Durchführung oder Beteiligung an Tagungen zu Soja, Eisenerz, Aluminium, Menschenrechtsfragen
- Organisation einer Solidaritätsreise nach Eldorado (Ermordung von 19 Landlosen am 19. April 1996). Für die GKKE nahmen Dr. Angelika Köster-Loßack MdB und Pater Osmar Gogolok an der internationalen Delegation teil.

Einzelne Programmpunkte

- Der Runde Tisch und die Begegnungsprogramme

Im Mai 1995 fand der internationale Runde Tisch "Carajás, Entwicklung oder Zerstörung?" statt. Dieser wurde gemeinsam von Forum Carajás und GKKE vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet. Insgesamt nahmen 140 Personen teil. Vertreten waren unter anderem: Brasilien: Basisangehörige, Forscher, Vertreter von brasilianischen Wirtschaftsverbänden, NGO-Repräsentanten, Parlamentarier, regionale und überregionale Politiker und Parlamentsmitglieder, Kirchenvertreter, Weltbankmitarbeiter, Medien.

Deutschland: Mitglieder des Bundestage (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen), ein Abgeordneter des EP, Wissenschaftler (Heidelberg, Berlin), Kirchenvertreter, der deutsche Botschafter in Brasilien, Mitarbeiter des BMZ und der GTZ, Betriebsräte der Stahlfirmen des Ruhrgebietes, DGB und IG-Metallvertreter, Presse, insgesamt 38 Personen. Prälat Herkenrath und Dr. Linnenbrink leiteten die deutsche Delegation.

Nahezu alle Teilnehmer aus Deutschland nahmen an einem der fünf Begegnungsprogramme im Vorfeld des Runden Tisches teil. Dies wurde als ausschlaggebend für den Erfolg des Runden Tisches bezeichnet.

- Reise GKKE-Aluminium-Industrie 1995

Im November 1995 besuchten fünf Vertreter der GKKE und fünf Repräsentanten der Aluminium-Industrie die Orte der Bauxitproduktion, der Energiegewinnung und der Aluminiumherstellung im Nord-Osten Brasiliens. Die vierzehntägige Reise war der Auftakt des Aluminium-Dialoges.

Zur Zusammenarbeit GKKE und Forum Carajás

Bis August 1996 fanden 14 Arbeitstreffen mit Forum Carajás statt. In diesen Abstimmungstreffen wurden gemeinsame Strategien und arbeitsteilige Vorgehensweisen erörtert. In jeder Phase des Programms wurde eine enge Nord-Süd-Kooperation praktiziert. Höhepunkte waren der Runde Tisch und die Aluminium-Reise.

Eine besondere Form der Zusammenarbeit war die Solidaritätsreise nach Eldorado nach der Ermordung von 19 Landlosen. Die brasilianischen Partner werten einen solchen Ausdruck von Solidarität sehr hoch. Sie betonen die Schutzfunktion einer solchen Aktion.

Ergebnisse

Die Frage stellt sich, ob der relativ große Aufwand (Zeit, Arbeitskraft, Finanzmittel) nachhaltige Ergebnisse produziert hat. Die immer wieder systematisch eingeforderten Rückmeldungen der Dialogpartner in Deutschland, die gemeinsamen Auswertungen von GKKE und Forum Carajás, die Fremdauswertung durch Wolfgang Hees und die Evaluierung innerhalb der Fachgruppe ergeben ohne Ausnahme ein positives Bild.

An Ergebnissen wurden erzielt (Auszug):

- In Deutschland konnte eine Gruppe von Menschen aus unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen gewonnen werden, die sich in ihrem jeweiligen Einflussfeld aktiv für die erwähnten entwicklungspolitischen Anliegen einsetzen. Diese Gruppe besteht aus rund 40 Personen, die sich regelmäßig treffen, um über Initiativen zu informieren oder um gemeinsame Aktivitäten abzusprechen.
- Mehrere Abgeordnete vertreten interfraktionell von der GKKE intendierte Ansichten in der politischen Diskussion, indem sie die Erfahrungen des Runden Tisches einbringen (Beleg: stenographische Mitschriften der Bundestagsdebatte u.a. zum LA-Konzept)
- Die Gewerkschaften haben das Thema aufgegriffen (Bildungsmaterialien, Video-Filme, Tagungen). Der DGB spricht von einem verbesserten Verhältnis zur katholischen Kirche und ist an weiterer Kooperation stark interessiert.
- Die Universitäten Berlin und Tübingen haben die Carajás-Thematik als festen Bestandteil in Pro - und Hauptsemester aufgenommen.
- Das BMZ greift regelmäßig auf die Erfahrungen des Dialogprogramms zurück. Es wird geprüft, das Instrument "Runder Tisch" in anderen Bezügen einzusetzen.
- Es gibt eine verstärkte Abstimmung zwischen NGO und GKKE.
- Der Dialog zwischen GKKE und Aluminium-Industrie erweist sich bislang als tragfähig.
- Insgesamt erschienen 36 Beiträge in regionalen, überregionalen und kircheninternen Zeitschriften. Zwei Berichte konnten in "Die Zeit" platziert werden (Runder Tisch, Aluminium-Reise). Der DGB erstellte einen Videofilm über die Region.

Brasilien

Ohne Zweifel ist Forum Carajás durch die Kooperation und besonders durch den Runden Tisch gestärkt worden. Der Zusammenschluss von rund 80 Gruppen ist dabei, sich als gesellschaftspolitische Kraft zu etablieren. Forum Carajás dialogisiert mit Politikern (z.B. Anhörung im brasilianischen Parlament), mit Industrieunternehmen und mit verschiedenen Behörden. Durch das Dialogprogramm wurden Türen geöffnet zum Beispiel zur deutschen Botschaft in Brasilia, zur Weltbank und zur Vereinigung der Eisenerzproduzenten in der Region. Kontakte zur Aluminium-Industrie wurden vermittelt. Forum Carajás unterhält nun Beziehungen zu deutschen Gewerkschaften und zu deutschen NGO.

Defizite

Bislang ist es nicht gelungen, die Stahlindustrie in den Dialog einzubeziehen, obwohl es an Bemühungen auf verschiedenen Ebenen nicht fehlte. Von kirchlicher Seite versuchten die Vorsitzenden der GKKE und Weihbischof Grave zu intervenieren. Druck übten die Betriebsräte und die Gewerkschaften aus. Auch eine interfraktionelle Einladung der Parlamentarier blieb erfolglos.

Der wesentliche Kritikpunkt am Dialogprogramm zu Brasilien bezieht sich auf die nur am Rande durchgeführte Medienarbeit, die aus Kapazitätsgründen nicht ausführlicher durchgeführt werden konnte.

Erfahrungen

Ohne die qualifizierte und engagierte Arbeit der Fachgruppe hätte das Programm in seiner momentanen Form nicht durchgeführt werden können. Die Fachgruppe war permanentes Gegenüber von Forum Carajás. Die brasilianische Partnerorganisation hob immer wieder den Wert hervor, eine Gruppe von Menschen mit unterschiedlichen fachlichen Kompetenzen (Ökonomen, Sozialwissenschaftler, "Entwicklungsprofis") als Gesprächspartner zu haben.

Die Arbeit lebte von der sich wechselseitig verstärkenden Beziehung zwischen Forum Carajás und GKKE. Trotz aller Schwierigkeiten erwies sich die Kooperation für beide Seiten als gewinnbringend.

Die ökumenische Ausrichtung des Programms erhöhte dessen Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit.

Kirchen haben die Möglichkeit, Personen und Institutionen zusammen zu bringen, die sonst Berührungspunkte haben.

Kirchen werden als Diskussionspartner dann ernst genommen, wenn sie nicht nur moralisierend argumentieren. Sachwissen und Kompetenz sind notwendig. Es hilft nicht, Zustände nur zu beklagen und mit Schuldzuweisungen zu arbeiten. Konstruktive Lösungsansätze müssen gemeinsam erarbeitet werden. Die Zugewandene von industrieller Seite ist oft erfrischend pragmatisch, und mitunter werden phantasievolle Lösungsmöglichkeiten erarbeitet.

"Hierarchisches Denken" ist auf Industrieseite mitunter weniger ausgeprägt als in der Politik oder in Ministerien.

Der Runde Tisch, besonders auch die Begegnungsprogramme im Vorfeld und die Aluminium-Reise erwiesen sich als wirkungsvolle und nachhaltig wirksame Instrumente.

Innerhalb der kirchlichen Hilfswerke fehlt es den Mitarbeitern trotz guten Willens oft an der Zeit, sich mit neuen Ansätzen/Strategien auseinanderzusetzen.

Gab es innovative Ansätze?

Das innovative Element des Programms lag in der Kombination verschiedener Teile. So wurde der Runde Tisch mit Begegnungsprogrammen kombiniert. Relativ neuartig war sicherlich das Zusammenspiel von Personen aus den unterschiedlichsten beruflichen Bezügen und die extrem stark ausgeprägte Kooperation der Nord - und der Südpartner. Nicht alltäglich war die Reise GKKE Aluminium - Industrie als Vorbereitung von umsetzungsorientierten Dialogen. Als neuartig kann auch die intensive Verankerung der Aktivitäten in der Fachgruppe gelten. In modifizierter Weise können die Ansätze/Instrumente als übertragbar angesehen werden. Dies hängt jedoch von der jeweiligen Problemlage, den Rahmenbedingungen und den personellen wie finanziellen Ressourcen ab.

Fortführung des Programms

Durch die gemeinsam von Brot für die Welt, Misereor und der Deutschen Kommission Justitia et Pax finanzierte halbe Personalstelle und der gemeinsam getragenen Programm- und Sekretariatskosten kann die Initiative, wenn auch im reduziertem Umfang, weitergeführt werden.

2. Das Dialogprogramm zu Tanzania

Ausgangslage

Tanzania kann als "klassisches" Entwicklungsland bezeichnet werden. Lange Zeit war Tanzania ein bevorzugtes Land für die Gebergemeinschaft. Weiterhin gilt Tanzania - zumindest nach offiziellen Statistiken - als eines der ärmsten Länder der Welt.

Seit 1986 befindet sich Tanzania in einem noch weitgehend friedlichen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozess, der maßgeblich durch die verschiedenen Programme der Strukturanpassung determiniert wird. 1995 fanden die ersten Mehrparteienwahlen statt.

Wie andere Länder Schwarzafrikas ist Tanzania für die deutsche Außenwirtschaftspolitik und für die deutsche Wirtschaft ohne nennenswerte Bedeutung. Auch die Gewerkschaften unterhalten kaum Beziehungen zu Tanzania, da das Land nicht Mitglied im Internationalen Bund freier Gewerkschaften ist. Die wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit macht den Hauptunterschied zu Brasilien aus, dem anderen Beispiel-land des Dialogprogramms. Die Zahl der potentiellen Dialogpartner im Norden war von Beginn an wesentlich limitierter, als dies zu Brasilien der Fall war.

Hintergrund:

1992 fand die Internationale Ökumenische Konsultation in Bonn statt. Die eingeladenen tanzanischen Gäste betonten die Notwendigkeit, die tanzanischen Kirchen in ihrer Auseinandersetzung mit den Strukturanpassungsprogrammen zu unterstützen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass es den tanzanischen Gästen wichtig war, über die Rolle der Kirchen innerhalb des gesellschaftlichen Veränderungsprozesses zu reflektieren. In beiden Bereichen erwarteten sie Hilfestellung und Unterstützung vom Dialogprogramm der GKKE.

Schon 1992 wurde die Zielsetzung des Programms modifiziert. Die Unterstützung der tanzanischen Kirchen und damit der Nord-Süd-Dialog nahm eine zentrale Rolle ein.

Hauptziele

- Unterstützung der tanzanischen Partner bei der Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fragestellungen.
- Lobbyarbeit in Deutschland für eine auf Armutsbekämpfung ausgerichtete Nord-Süd-Kooperation am Exempel Tanzanias.

Durchführung und Prinzipien

In Deutschland war die Arbeit innerhalb der interdisziplinär zusammengesetzten Fachgruppe verankert. Die Fachgruppe Tanzania war auch das Gegenüber für die

tanzanischen Partner. Innerhalb der Fachgruppe wurde die aktuelle Lage Tanzanias intensiv und qualitativ hochstehend erörtert. Ergänzend wurden sowohl in Tanzania als auch in Deutschland Studien zur Strukturanpassung und zum Transformationsprozess durchgeführt. Ohne die engagierte Arbeit der Fachgruppe hätte das Programm nicht durchgeführt werden können. Durch die Fachkenntnis der Gruppe und durch die vorbereitenden Studien konnten die Dialoge im Norden wie im Süden mit der nötigen Professionalität durchgeführt werden.

Von Beginn an wurde die enge Kooperation mit den tanzanischen Kirchen zum Prinzip gemacht. Es fanden pro Jahr durchschnittlich drei Workshops oder Arbeitstreffen in Tanzania oder in Deutschland statt. Die ersten Themen wurden von deutscher Seite vorgeschlagen, später übernahm die tanzanische Seite zunehmend die Initiative und brachte ihre Anliegen ein. Father Method Kilaini, Generalsekretär der Tanzanischen Bischofkonferenz (TEC), betonte während der Fachtagung zur Nord - Süd Politik 1996, dass das Dialogprogramm auf ein vitales tanzanisches Interesse traf, da die tanzanischen Kirchen die Notwendigkeiten sahen, sich ökumenisch zu wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fragestellungen zu artikulieren.

Einzelne Programmpunkte (Auszug)

In Deutschland wurden Dialoge durchgeführt mit:

- dem AWZ oder Mitgliedern des Ausschusses
- mit dem BMZ und dem Auswärtigen Amt
- mit den politischen Stiftungen (KAS, FES)
- mit katholischen und evangelischen Verbänden
- mit Missionsorden
- mit dem Bund Katholischer Unternehmer (BKU)
- mit Vertretern der Weltbank

Themen waren

- Unterstützungsmöglichkeiten des Demokratisierungsprozesses
- Aufbau einer zivilen Gesellschaft/Partizipation
- Die sozialen Komponenten von Strukturanpassungsprogrammen

Mit Blick auf Tanzania wurden Workshops zur Strukturanpassung, zur Rolle der Kirchen beim Aufbau der Zivilgesellschaft und zur Demokratisierung (Wahlen 1995) durchgeführt.

Ergebnisse

Ein wesentlicher Erfolg lag in der Gründung der Tanzanian Ecumenical Dialogue Group (TEDG). TEDG setzt sich ökumenisch aus Kirchenvertretern (Generalsekretäre der katholischen und der evangelischen Kirchen), Ökonomen (Leiter der tanzanischen „Treuhand“), Universitätsprofessoren und NGO - Vertretern zusammen. TEDG betrachtet sich als "Think Tank" für die tanzanischen Kirchen. Die Mitgliedschaft der

Generalsekretäre erleichtert die Rückkopplung. TEDG ist die Referenzgruppe des Dialogprogramms.

Mitglieder der TEDG waren maßgeblich an der Erstellung von kirchlichen Äußerungen/Verlautbarungen beteiligt.

1995 organisierte TEDG eine eigenständige Wahlbeobachtung mit rund 2000 WahlbeobachterInnen, die landesweit tätig waren. Fünf Experten aus Deutschland nahmen im Namen der GKKE an der Wahlbeobachtung teil. Diese Aktion war das direkte Resultat zweier gemeinsamer TEDG/GKKE Workshops, bei denen die Erfahrungen des Instituts für Afrikakunde, Hamburg, zur Wahlbeobachtung eingebracht wurden.

An dem Workshop zur Rolle der Kirchen beim Aufbau der Zivilgesellschaft nahmen vier Mitglieder der Fachgruppe teil. Hinzu kamen Experten aus den Nachbarländern Tanzanias. Dieser Erfahrungsaustausch wurde von der TEDG als wichtiger Schritt im Nord-Süd-Dialog und in der Förderung des Süd-Süd-Dialoges betrachtet.

In Tanzania organisierten TEDG/GKKE ein eintägiges Seminar mit hochrangigen Weltbankvertretern. TEDG ist nun Ansprechpartner für die Weltbank in sozialen Fragen. Hier konnte die GKKE als "Türöffner" fungieren.

Es ist gelungen, Mitglieder von TEDG mit deutschen Bundestagsabgeordneten, Verbands- und NRO-Vertretern in Kontakt zu bringen. Dies wurde von TEDG als sehr wichtig bezeichnet. Den Ansprechpartnern in Deutschland konnten authentische tanzanische Ansichten vermittelt werden.

Die Wahlbeobachtung geschah in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt und unter Einbeziehung des BMZ. Das Anliegen der Unterstützung von Demokratisierungsbestrebungen wurde durch die praxisorientierte Aktion untermauert.

Innovative Komponenten

Als innovative Elemente können bezeichnet werden:

- Die Verankerung in einer intensiv arbeitenden interdisziplinären Fachgruppe in Deutschland. TEDG schätzt den Wert, diese multidisziplinär zusammengestellte Fachgruppe als Gegenüber zu haben, sehr hoch ein.
- Der konsequent betriebene Nord-Süd-Dialog als Basis und Ziel der Arbeit, in dem es nie um Projekte oder Mittel ging.
- Das Zustandekommen der TEDG. Die Wahlbeobachtung war die erste größere ökumenische politische Gemeinschaftsaktion.
- Das gezielte Wahrnehmen der Katalysatorfunktion durch die GKKE (Türöffner, Knüpfung von Kontakten).

Defizite

Es ist kaum gelungen, Personen, die außerhalb der Entwicklungspolitik (z.B. Wirtschaft, Gewerkschaften) stehen, in den Dialog einzubeziehen. Dies liegt an der oben erwähnten marginalen Rolle des Landes.

Nach wie vor ist die TEDG eine Einrichtung, deren Strukturen gestärkt werden müssen.

Öffentlichkeitswirksamkeit konnte im beschränkten Umfang nur durch die Wahlbeobachtung erzielt werden.

Fortführung des Programms

Der Dialog Tansania wird unter Federführung der EZE weitergeführt; eine halbe Personalstelle wird dafür bereit gehalten.

B) Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

1. Grundanliegen

Das Konzept des Dialogprogramms vom Februar 1992 geht davon aus, dass die Kirchen auf eine gerechtere Gestaltung der Weltwirtschaft hinwirken wollen, und nennt Politikfelder, die für einen Dialog in Frage kommen. Auf der Berliner Konsultation vom gleichen Monat nennt Weihbischof Schwarz unter den sechs "unverzichtbaren Forderungen" auch zwei von unmittelbarer Relevanz für das Thema. Er fordert in seinem Grundsatzreferat

- eine Weltwirtschafts- und Welthandelspolitik, die nicht um des Wettbewerbs willen die Schwächeren brutal an den Rand hinausdrängt, sondern ihnen auf den Märkten eine echte Chance gibt, und
- eine Weltfinanzpolitik, die eine schnelle und entwicklungsverträgliche Lösung der Schuldenkrise möglich macht.

Das Thema der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen soll nicht allgemein, sondern am konkreten Anlass behandelt werden. Daher sieht das Konzept vor, dass Themen aufgegriffen werden, die sich aus der Tagesordnung internationaler Konferenzen ergeben, von ökumenischen Partnern aus dem Süden gestellt oder aus Gemeinden, kirchlichen Werken und Solidaritätsgruppen an die GKKE herangetragen werden.

Das entspricht der Erfahrung und bisherigen Übung. So hat die GKKE in früheren Jahren mehrfach zu den Themen der UNCTAD-Konferenzen Stellung bezogen und sich, nicht zuletzt auf Wunsch der Partnerkirchen in Lateinamerika, intensiv mit dem Verschuldungsthema befasst.

2. Plädoyer für Afrika

Noch bevor das eigentliche Dialogprogramm beginnt, veröffentlicht die GKKE im Juli 1991 aus Anlass des Londoner Wirtschaftsgipfels und auf Anregung der EKD - Kammer für kirchlichen Entwicklungsdienst eine Studie zu den Wirtschaftsproblemen Afrikas mit dem Titel "Plädoyer für Afrika" (Schriftenreihe GKKE, Heft 19). Die Studie wird ins Englische und Französische übersetzt und trifft bei der Bundesregierung, der deutschen Öffentlichkeit und bei den ökumenischen Partnern auf ein positives Echo.

Zu dem Entwurf der Studie wird eine Gruppe von sachverständigen Fachleuten aus Praxis und Wissenschaft konsultiert. Damit ist bereits ein erster Schritt zu der Fachgruppenarbeit des Dialogprogramms gegeben, an der die meisten der Konsultierten später beteiligt sind.

3. Die Fachgruppe "Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen"

Offiziell wird die Fachgruppe im Januar 1993 berufen. Tatsächlich findet das erste Fachgespräch schon in einem Diskussionskreis vom November 1991 statt. Insgesamt trifft man sich dann bis März 1996 zu 15 Fachgruppensitzungen und etwa der gleichen Zahl von Veranstaltungen mit Dialogpartnern.

Von den Mitgliedern der Fachgruppe arbeiten sieben in wissenschaftlichen Instituten und vier in kirchlichen Werken; je einer kommt aus dem Bankwesen und dem Bereich entwicklungspolitischer NROs. Den Vorsitz übernimmt Professor Glastetter. Das Sekretariat wird von dem evangelischen Geschäftsführer der GKKE wahrgenommen. Die geographische und wirtschaftstheoretische Orientierung der Teilnehmer ist weit gestreut ("von Kiel bis Starnberg"). Man ist gemeinsam bereit, sich auf das Gespräch einzulassen und der GKKE kompetenten Rat und Formulierungshilfe bei der Vertretung ihrer Anliegen zu geben, und einigt sich früh darauf, dass es in der Diskussion nicht um ideologische Debatten und Globalentwürfe für eine Weltordnung gehen kann. In aktuellen Fragestellungen will man exemplarisch den Dialog im Sinne einer konstruktiven Konfliktkultur führen und im Gespräch Anliegen der Partner im Süden vertreten. Man weiß, dass sich der Dialog auf dem Markt der Interessen bewegen wird; er soll von einer Kenntnis der Kombattanten, Partner und möglicher Allianzen ausgehen und umsetzungsorientiert sein.

4. Gegenstände der Beratung

Akzente hierzu von der ökumenischen Konsultation im Dezember 1992 werden von der Fachgruppe aufgenommen. Es folgt eine Vielzahl von Themenvorschlägen, die in der Fachgruppe erörtert werden. Vereinbart und von dem Leitungskreis genehmigt werden schließlich die Themen "Bergbau und Umwelt", "Hermes-Ausfuhrgewährleistungen", "Bretton Woods" (einschließlich Weltbankpolitik, Schuldenkrise, Strukturanpassung) und "Korruption". Die Verbindung zu den Fachgruppen, die sich mit Tansania und Brasilien befassen, und zu kirchlichen Institutionen und Werken, die in gleichen Bereichen tätig sind, wird vereinbart. Der Kontakt zu Parlament, Parteien, Regierung und Wirtschaftsverbänden soll gepflegt werden. Aus aktuellem Anlass sollen Stellungnahmen der GKKE in der Fachgruppe erarbeitet und bei Bedarf auch Studienaufträge vergeben werden. Aus diesen Überlegungen entsteht die aktive Beteiligung an dem GKKE - SPD - Studientag "Global verantwortlich Wirtschaften" (Materialien D 5) und an dem Gespräch mit der Fraktion der FDP, wie auch die zum Münchener Wirtschaftsgipfel und zur Unterstützung der dort stattfindenden ökumenischen Diskussion veröffentlichte Studie "Solidarität ist unteilbar" (Schriftenreihe GKKE Heft 21) und eine Stellungnahme zum Entwurf für den Konsultationsprozess "Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland". Das Projekt eines Studienvorhabens "Der europäische Binnenmarkt und die Entwicklungsländer" wird am Beginn der Fachgruppenarbeit intensiv diskutiert und erwogen, schließlich aber doch zurückgestellt und den europäischen ökumenischen Gremien (EECOD, APRODEV, CIDSE) zur Behandlung empfohlen. Die Bewertung der Ergebnisse der Uruguay-Runde des GATT und der Gründung der WTO werden in der Fachgruppe ausführlich behandelt. Angesichts der breiten Fachdiskussion hierzu wird von einer gesonderten

GKKE-Stellungnahme abgesehen. Das Gleiche gilt für die Frage der möglichen Konkurrenz zwischen Ost - und Süd-Engagement in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Der Vorschlag zur Vergabe eines Gutachtens zur Wirtschaftsweise Deutschlands an Wissenschaftler aus Entwicklungsländern in Ergänzung der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" wird erwogen, dann aber nicht weiter verfolgt.

5. Bergbau und Umwelt

Im Kern geht es darum, ob die deutschen oder internationalen Sozial- und Umweltstandards auch bei Bergbauvorhaben in Entwicklungsländern angewandt werden sollen. In seinem Beschluss vom 14.1.1993 hat der Bundestag dies zwar am Beispiel der Ok-Tedi-Mine für den Fall bejaht, dass deutsche Firmen beteiligt sind, und damit einem auch von kirchlicher Seite vertretenen Anliegen entsprochen. Der Dialog mit dem Fachverband Auslandsbergbau erbringt aber u.a. die Information, dass die Beteiligung deutscher Firmen an Bergbauvorhaben in der dritten Welt praktisch ausläuft (wie auch am Beispiel Ok-Tedi deutlich). Es kommt daher in Zukunft auf die Gestaltung der Handelsbeziehungen an, wo sich nun die Frage der Produktverantwortung der deutschen Industrie stellt, wenn sie ihre Rohstoffe aus Ländern des Südens bezieht. Am konkreten Fall der Region Carajás in Brasilien soll das im Kontakt mit dortigen Partnern erörtert werden. Das Thema wird von der Fachgruppe Brasilien aufgegriffen und führt - ausgehend von einem gemeinsamen Besuch zu Produktionsstätten in Brasilien - zu einem eigenen Dialog über deren sozialen und ökologischen Auswirkungen mit der deutschen Aluminiumindustrie, während sich die beteiligten Stahlfirmen dem Gespräch verschließen. Generell stellt sich die Frage der allgemeinen Geltung von Sozial- und Umweltstandards als ein zentrales Thema der Weltordnungsdebatte heraus.

6. Hermesbürgschaften

Brasilianische Partner erwähnen auf der ökumenischen Konsultation den schädlichen Gebrauch der staatlichen Ausfuhrleistungsgewährleistungen, die nach ihrer Ansicht wesentlich zur Schuldenlast beitragen. Die Fachgruppe stellt sich dem Thema, vergibt einen Studienauftrag, konsultiert kompetente Fachleute und erarbeitet ein Positionspapier als Grundlage für den Dialog mit Regierung, Politik und Wirtschaft. Das Anliegen besteht im Wesentlichen in einer stärkeren entwicklungs- und umweltpolitischen Ausrichtung des wirtschaftspolitischen Instruments. Dialoggespräche werden unter der Leitung von Vizepräsident Dr. Barth (EKD) mit dem Wirtschaftsministerium, der Fachgruppe Hermesbürgschaften des Bundesverbands der deutschen Wirtschaft und dem zuständigen inter-ministeriellen Ausschuss der Bundesregierung geführt. Das Thema wird in einer GKKE-Publikation "Der deutsche Hermes in der Einen Welt" (Materialien Heft D 8) zusammenfassend dargestellt. Abgesehen davon, dass dieser Spezialbereich dadurch stärker in die öffentliche Diskussion gekommen ist, lässt sich die mögliche Wirkung der Gespräche nur schwer abschätzen, obwohl sich auch gewisse Änderungen in Richtlinien und Praxis beobachten lassen. Ein Gespräch mit Abgeordneten der CDU/CSU im Jahre 1995 ergibt den Vorschlag, die Hermesbürgschaften in einer gemeinsamen Tagung bei einer entsprechenden politi-

schen Stiftung zu behandeln. Im Frühjahr 1996 greifen die Fraktionen von CDU/CSU (Beschluss zur Überprüfung des Instruments) und SPD (parlamentarische Anfrage) das Thema auf. In Verbindung mit der Erörterung der internationalen Korruption erscheint das Stichwort wiederum als aktuelles Unterthema.

7. Bretton Woods

Eine Vielzahl von Gesprächen mit Vertretern der Weltbank und den deutschen Partnern von Weltbank und IWF konzentriert sich auf die Stichworte Armutsbekämpfung, Strukturanpassung und Schuldenstrategie. Eine Stellungnahme zum 50jährigen Jubiläum von Bretton Woods wird erwogen, aber dann angesichts der allgemeinen Publizität dieses Termins zurückgestellt. Stattdessen soll 1996 ein Sammelband zu den genannten Themen erscheinen, deren Kernstück eine gemeinsam erarbeitete Stellungnahme zur zukünftigen Rolle der internationalen Finanzinstitutionen sein soll (Materialien Heft D 17).

Die GKKE spielt im Berichtszeitraum eine wichtige Rolle in der Vermittlung des Fachgesprächs zwischen den internationalen Finanzinstitutionen (IFI) und den engagierten Gruppen in Deutschland. Das zeigt sich u.a. darin, dass die GKKE-Geschäftsführung gebeten wird, wichtige Gespräche zu organisieren oder zu leiten, wie z.B. die des Weltbank-Managements mit deutschen Partnern zur Armutsbekämpfung und die des Weltbank-Präsidenten mit deutschen NROs. Sozusagen nebenher werden dabei Kontakte zu kirchlichen Partnern in Tansania und Lateinamerika hergestellt, die dort zum ersten Mal in das direkte Gespräch mit der Weltbank kommen.

Das konkrete Thema der Schuldenstrategie der IFI als Gläubiger der ärmsten Länder wird auf einem gemeinsam mit der Stiftung Entwicklung und Frieden veranstalteten Studientag im November 1995 behandelt. GKKE und SEF legen ein Positionspapier vor, das in politischen Kreisen gute Beachtung findet. Wenn auch der Lyoner Gipfel in dieser Frage wiederum Fortschritte in Aussicht stellt, ist ein entscheidender Durchbruch noch nicht erreicht. Ein weiterer Studientag ist im September 1996 vor der Herbsttagung der IFI der deutschen Position gewidmet. Auf der Herbsttagung selbst wird dann in Washington Ende September ein erster wichtiger Schritt zur Beteiligung der multilateralen Gläubiger an der internationalen Schuldenstrategie getan. Die Konsequenz dieses Schritts wird allerdings auch in Zukunft noch zu verfolgen sein.

8. Korruption

Im Berichtszeitraum erweist sich das Thema der Korruption von beängstigender Aktualität. Der Thematik des Dialogprogramms entsprechend, konzentriert man sich hier auf die Verstrickung deutscher Unternehmen in die internationale Korruption in den Ländern des Südens. Das Stichwort heißt demnach: Korruption als Entwicklungshindernis. In der Vorbereitung des Dialogs stellt sich die Frage: Lässt sich Korruption durch rechtliche Maßnahmen in Deutschland unterbinden? Hierzu werden

entwicklungspolitische, straf- und steuerrechtliche Gutachten erstellt. Im Juni 1995 wird auf dieser Grundlage von GKKE und SID ein Hearing im Hause des DIHT durchgeführt, an dem u.a. alle Fraktionen des Bundestages vertreten sind. Die Diskussion ergibt weitgehende Übereinstimmung darin, dass ein Bedarf für Handeln des Gesetzgebers besteht und dass Deutschland in diesem Bereich gegenüber den meisten anderen OECD-Ländern erheblich zurückliegt. Ein zweite Veranstaltung im folgenden Jahr erweist, dass Richtlinien und Vorschriften sich in der Tat bewegen und eine große Anzahl von politischen Initiativen zur Bekämpfung der Korruption vorliegt, im hier wichtigen Bereich der Korruption im Auslandsgeschäft aber nach wie vor Handlungsbedarf besteht. In drei Bänden der GKKE-Reihe wird das Material zu diesem Thema dokumentiert (Materialien Hefte D 11, 12, 14). Die beiden christlichen Unternehmerverbände AEU und BKU haben eine Arbeitsgruppe Korruption eingerichtet und planen die Durchführung einer eigenen Tagung im Jahre 1997. Stellungnahmen von BDI und DIHT aus dem Jahr 1996 liegen vor, ohne sich allerdings das spezielle Anliegen des Dialogprogramms in diesem Punkte zu Eigen zu machen. Dagegen besteht weitgehende Übereinstimmung mit der Fachorganisation Transparency International, die sich in der Bekämpfung nationaler wie internationaler Korruption engagiert.

9. Dialoge mit der Firma Bayer AG und der Pharmaindustrie

Die Dialoge mit der Firma Bayer über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in Brasilien und mit der Pharmaindustrie über den Vertrieb von Arzneimitteln in Entwicklungsländern werden im Berichtszeitraum fortgeführt. Hierfür bestehen eigene Fachgruppen. Das Gespräch mit der Firma Bayer führt zu Projektvorschlägen zum Anwenderschutz und zum Studium alternativer Methoden.

Im Jahr 1992 erscheint das Positionspapier "Arzneimittelversorgung in der Dritten Welt", das von der GKKE gemeinsam mit dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) herausgegeben wird (Schriftenreihe GKKE, Heft 20). Hierin werden unter dem Leitmotiv "Kooperation statt Konfrontation" die Grundsätze für den Dialog dargestellt. Es folgt die Darstellung der Problembereiche und gemeinsamer Lösungsvorschläge und schließlich auch der offen gebliebenen Fragen, in denen kein Konsens erreicht wurde. Der Dialog mit der Pharmaindustrie bietet ein Beispiel für langfristig angelegte und geduldig fortgeführte Arbeit an einem Thema, in dem die Kirchen eigene entwicklungspolitische und ökumenische Erfahrung einbringen können.

Der Dialog mit der Pharmaindustrie ist 1994 in ein neues Stadium getreten durch die Einrichtung der gemeinsamen Arbeitsgruppe von GKKE und dem neugegründeten Verband Forschender Arzneimittelhersteller (VFA), der das mit dem BPI veröffentlichte Positionspapier vollinhaltlich als Grundlage für die weiteren Gespräche übernommen hat. Inzwischen hat die mit je vier Vertretern von VFA und GKKE besetzte Arbeitsgruppe die Problemlage erörtert, eine tanzanianische Expertin des Ökumenischen Rates der Kirchen gehört und zwei gemeinsame Projekte begonnen. Das eine Projekt wird die Produktinformationen von in drei Entwicklungsländern vertriebenen deutschen Pharmaka untersuchen, das andere (in Zusammenarbeit mit dem Ger-

man Pharma Health Fund) soll eine auf die Bedürfnisse von Entwicklungsländern zugeschnittene Qualitätskontrolle essentieller Arzneimittel in einem einfachen Verfahren ermöglichen.

10. Erfahrungen der Fachgruppenarbeit

Wie in der Abschlusstagung im März 1996 berichtet, empfinden die Mitglieder der Fachgruppe "Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft" ihre Beteiligung an den Gesprächen als eine bereichernde und ungewöhnliche Erfahrung. Es ist nicht häufig, dass sich Vertreter der verschiedenen wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen mit Kirchenleuten, Ethikern und Fachleuten der Entwicklungsarbeit im offenen und konstruktiven Gespräch zusammenfinden. Außergewöhnlich ist auch die Funktion der "Lobby zugunsten Dritter" in den Gesprächen mit Vertretern von Politik und Wirtschaft. Deren Gesprächsbereitschaft wird im Allgemeinen als positiv gesehen, sobald sie sich von der Sachkompetenz der Gesprächspartner überzeugen können, wobei allerdings als weiteres Kriterium der hierarchische Rang der Kirchenvertreter hinzukommt. Schon deshalb ist die Beteiligung kirchenleitender Persönlichkeiten notwendig - nach unserer Erfahrung bei Wirtschaftsverbänden übrigens noch mehr als bei Politikern. Positiv wird vor allem auch die Zusammenarbeit der beiden Kirchen in dieser Arbeit gesehen.

In den Jahren des Dialogprogramms waren in der internationalen Diskussion neben der Uruguay-Runde die UN-Weltkonferenzen von Rio bis Beijing die herausragenden Ereignisse. In der gleichen Zeit hat sich die Kompetenz der engagierten Zivilgesellschaft in den deutschen NROs erheblich qualifiziert. Diese Entwicklung hat auch die Arbeit der GKKE beeinflusst und zu Allianzen über den kirchlichen Bereich hinaus geführt. Andererseits hat sich gleichzeitig die Gefahr verstärkt, dass die Diskussion um die Nord-Süd-Politik in ein entwicklungspolitisches Getto gerät. Umso wichtiger erscheint deshalb, das Gespräch mit denen zu führen, die darüber hinaus Verantwortung für Fragen der Weltwirtschaftspolitik tragen.

C) Frieden als Voraussetzung für Entwicklung

Die Aktivitäten dieses Themenbereiches drücken die Bereitschaft beider Kirchen aus, sich verstärkt für die Friedensförderung einzusetzen. Angesichts begrenzter Kapazitäten sind nach Beratungen mit ökumenischen Partnern aus den Südländern folgende Aufgabenbereiche zur Bearbeitung festgelegt worden:

- 1. Begleitung der Friedensprozesse in El Salvador und Guatemala sowie dem Horn von Afrika (Federführend: Informationsstelle Horn von Afrika)**
- 2. Bedeutung und Rolle der Kirchen bei Konfliktschlichtung und Friedenskonsolidierung**
- 3. Rüstungsexportpolitik auf nationaler und europäischer Ebene**

Für die fachliche Umsetzung der verschiedenen Vorhaben war eine Fachgruppe einberufen worden, die sich aus sachkundigen Vertretern und Vertreterinnen aus Universitäten, Forschungsinstituten und kirchlichen Werken zusammensetzte. Die inhaltlichen Schwerpunkte in den drei Aufgabenbereichen entwickelten sich im Laufe der Zeit durch die fortlaufende Gruppenarbeit und den intensiven Dialog mit den Partnern der Südländer.

1. Begleitung der Friedensprozesse in El Salvador, Guatemala und dem Horn von Afrika

Die Länder Zentralamerikas wurden von der Geschäftsstelle des Dialogprogramms bearbeitet; für Äthiopien, Somalia und Sudan war die "Informationsstelle Horn von Afrika" federführend, die 1992 vom Vorstand der AGKED eingerichtet und in Bürogemeinschaft mit der Geschäftsstelle des Dialogprogramms angesiedelt worden war (Kurzbeschreibung Anlage 4). Zwischen der Informationsstelle und der GKKE gab es viele thematische Berührungspunkte. Insbesondere durch die Vorbereitung und Teilnahme an Seminaren und Konferenzen kam es zu einer intensiven Zusammenarbeit. Die friedensfördernde Arbeit in der Region am Horn von Afrika wird in diesem Bericht nur insoweit berücksichtigt, wie sie die direkte Zusammenarbeit betraf.

Auch Partner aus Mosambik waren in die Arbeit des "Friedensbereiches" einbezogen. Der Erfahrungsaustausch zwischen Vertreterinnen und Vertretern aus El Salvador und Mosambik über die kirchliche Konfliktschlichtung und die Herausforderungen der Friedenskonsolidierung spielten auf zwei Veranstaltungen eine wichtige Rolle. Mosambik wird von daher unter Punkt II behandelt werden.

Der Schwerpunkt des Berichtes liegt jedoch auf der Darstellung und Bewertung der Aktivitäten zur Begleitung der Friedensprozesse in Guatemala und El Salvador.

a) Motivation und Vorgeschichte

Die Werke und Institutionen beider Kirchen haben sehr enge und langjährige Partnerbeziehungen in Guatemala und El Salvador. Hieraus ergaben sich für das GKKE-Dialogprogramm in den 80er Jahren in der Kriegsregion Zentralamerika besondere Herausforderungen. Der durch verschiedene vertrauensbildende Maßnahmen von den lokalen Kirchen eingeleitete Dialog zwischen den Kriegsparteien in El Salvador konnte durch die Hilfe von außen unterstützt werden. Auf Einladung einer guatemaltekischen Delegation nach Deutschland kam es 1990 zu wichtigen Kontakten zwischen verschiedenen Vertretern und Vertreterinnen der Gesellschaft, die dazu dienten, Impulse für einen Friedensprozess zu geben.

Aufgrund der vorangegangenen Aktivitäten und der Bitten der Südpartner, die Unterstützung der Friedensbemühungen fortzuführen, entschieden die Gremien der GKKE, die Begleitung der Friedensprozesse in diesen beiden Ländern auch in das neue Dialogprogramm aufzunehmen. Hierbei waren zwei weitere Aspekte von Bedeutung: eine Hoffnung und eine Sorge. Die Hoffnung, die die Partner äußerten, bezog sich auf die Beendigung des Ost-West-Konfliktes und die damit eröffneten Möglichkeiten für eine Friedenspolitik ohne ideologische Vorbehalte. Sorgen machte den Partnern in Zentralamerika, dass die kleine Region angesichts der großen Herausforderungen in Ost-Europa an internationaler Aufmerksamkeit verlieren könnte.

b) Erwartungen und Ziele

Die gestellte Aufgabe, die Friedensprozesse in El Salvador und Guatemala von außen zu begleiten, hatte einen klaren Prozesscharakter und führte zu intensiven Dialogen zwischen kirchlichen Partnern und der GKKE, beginnend 1992, über Erwartungen, Ziele und Maßnahmen einer friedensdienlichen Unterstützung. Am Beginn stand die Klärung von Begrifflichkeiten: Was bedeutet Unterstützung von außen? Praktische Solidarität bei der schwierigen Friedenssuche durch Partnerkirchen aus dem Norden wurde sehr begrüßt, aber sie sollten ihren Ausgangspunkt in gleichberechtigten Beziehungen haben. Es sollten also keine unabgesprochenen "Interventionen von außen" stattfinden. Hierfür wurde der Begriff "Begleitung" gefunden, Begleitung der Friedensprozesse verstanden als gleichberechtigte Zusammenarbeit in ständigem gegenseitigem Austausch.

Deshalb war von Anbeginn eine der Erwartungen die Stärkung der Kommunikation zwischen den Partnerkirchen im Norden und im Süden und die Intensivierung der kirchlichen Zusammenarbeit. Durch das Dialogprogramm sollte aber auch der Nord-Süd-Dialog über die Kirchen hinaus gefördert werden, um auf die internationale Zusammenarbeit im Sinne der betroffenen Völker friedensfördernd Einfluss nehmen zu können. Die Kirchen in Deutschland sollten ihre Beziehungen zur Bundesregierung und den Parteien nutzen, um besonders vor bilateralen Regierungsverhandlungen die Sorgen und Probleme der Partner an die politisch Verantwortlichen heranzutragen. Der Nord-Süd-Dialog müsse aber auch, so betonten die kirchlichen Partner, den Aufbau und Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen fördern. Darum sollten Basisgruppen in die GKKE-Aktivitäten integriert werden. Dadurch würde ihre gesell-

schaftliche Bedeutung verstärkt und eine gewisse Schutzfunktion wahrgenommen werden. Außerdem sollte ihnen durch die Unterstützung der Kirchen aus Deutschland ein verbesserter Zugang zu politischen Entscheidungsträgern im eigenen Land wie auch in Deutschland verschafft werden. Durch die Stärkung zivilgesellschaftlicher Gruppen sollte weiterhin deren Dialogfähigkeit gefördert, aber auch erreicht werden, dass sie die internationalen Beziehungen als akzeptierter Partner mitgestalten können, um zu einer Neuorientierung der Nord-Süd-Beziehungen beizutragen.

Immer wieder wurde in diesem Zusammenhang über die Bedeutung des Informationsaustausches und der Informationsverbreitung gesprochen. Zum einen war es den Südpartnern wichtig, die Sichtweisen der Kirchen und der Politik in Deutschland über ihr Land zu erfahren, sodann sollten aber auch regelmäßige Informationen über die Friedensprozesse vor Ort nach Deutschland fließen. Denn, so eine Kritik der Partner, in der Bundesrepublik gäbe es vor allem dann Informationen über El Salvador und Guatemala, wenn es wieder zu einem Massaker gekommen sei. Außerhalb der "blutigen Ereignisse" sei verhältnismäßig wenig Interesse zu beobachten. Die internationale Aufmerksamkeit habe nachgelassen, seit sich die Länder im Friedensprozess befinden. Deshalb war auch eine der Erwartungen an die GKKE-Arbeit, einen Beitrag zur Informationsverbreitung zu leisten.

Ausgehend von den Erwartungen, von denen einige zu Beginn des neuen Dialogprogramms bei der Internationalen Ökumenischen Konsultation im Dezember 1992 formuliert wurden und weitere sich aus dem Austausch mit den Partnern ergaben, klärten und entwickelten, kann man die **Ziele** der GKKE-Aktivitäten in diesem Zusammenhang folgendermaßen zusammenfassen:

- Durch die Begleitung der Friedensprozesse in El Salvador und Guatemala soll exemplarisches Engagement der Friedensförderung gezeigt werden
- Durch die ökumenische Ausrichtung der GKKE soll gemeinsame praktische Solidarität als Beitrag der beiden großen Kirchen in Deutschland geleistet und zur Ökumene ermutigt werden
- Die Kommunikation zwischen den kirchlichen Partnern im Süden und im Norden soll verbessert, friedensfördernde Aspekte der kirchlichen Zusammenarbeit sollen intensiviert werden
- Durch die Zusammenarbeit soll der Nord-Süd-Dialog neue Impulse erhalten
- Es sollen zivilgesellschaftliche Gruppen einbezogen und deren Dialogfähigkeit und Bedeutung gestärkt und gleichzeitig
- Zugänge für Südpartner zu politischen Entscheidungsträgern in Deutschland geschaffen,
- Die Bemühungen der Partner im Friedensprozess durch Dialoge mit politisch Verantwortlichen vor Ort unterstützt, und
- Authentische Informationen über die Situation und die Entwicklungen in den Ländern eingeholt werden, um sie für die politische und informative Arbeit in der Bundesrepublik zu nutzen
- Die Kontakte mit politisch Verantwortlichen in Deutschland sollen gestärkt und damit Einfluss auf politische Entscheidungen genommen werden, um den Bedürfnissen der direkt Betroffenen größeres Gewicht zu geben

- Der Informationsaustausch soll gewährleistet und die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik intensiviert und insgesamt die öffentliche Sensibilisierung für die Situation der Länder gefördert werden

c) Instrumente und Methoden

Da in El Salvador 1992 ein Friedensabkommen unterzeichnet wurde und das Land in die Nachkriegsphase eintrat, ergaben sich daraus andere Erwartungen/Aufgaben als in Guatemala, das sich noch im Kriegszustand befand. Entsprechend den Erwartungen und Zielen fand die Arbeit sowohl in Zentralamerika wie in der Bundesrepublik Deutschland statt.

In Zentralamerika

- Regelmäßige jährliche Besuche
- Ausbau der Zusammenarbeit durch Intensivierung der Kontakte zu kirchlichen Partnern
- Kontaktherstellung zu zivilgesellschaftlichen Gruppen, Förderung der Dialoge untereinander
- Aufbau von Informationskanälen (regelmäßige Berichte über den Friedensprozess)
- Dialoge mit staatlichen Autoritäten, Vertretern des Militärs und des Wirtschaftssektors

In der Bundesrepublik

- Errichtung von Arbeitsbeziehungen zu anderen kirchlichen Institutionen und Werken
- Kontaktintensivierung mit politischen Entscheidungsträgern (Bundesregierung, Abgeordnete) wie auch NRO; Aufbau von langjährigen und vertrauensvollen Arbeitsbeziehungen
- Gespräche mit Regierungsvertretern vor bilateralen Regierungsverhandlungen;
- Foren mit Abgeordneten des Parlaments, kirchlichen Institutionen und NRO
- Durchführung von Besuchsprogrammen für Partner aus den betroffenen Ländern und Vermittlung von direkten Kontakten zu politisch Verantwortlichen
- Informationsforen für Besucher/Partner
- Aufbau eines umfassenden Informationsnetzes, das Institutionen beider Kirchen sowie Regierungsstellen, Abgeordnete, politische Stiftungen, Solidaritätsgruppen und weitere Nicht-Regierungsorganisationen umfasst
- Regelmäßiger Versand von Informationen aus den Ländern
- Veröffentlichung von Artikeln zum Friedensprozess und Berichterstattung hierüber bei öffentlichen Veranstaltungen
- Sensibilisierung einzelner Pressevertreter für die Problematik der Länder; Aufbau von Arbeitsbeziehungen zur Nutzung für Partner und Besucher

Die Form der Umsetzung der Erwartungen und Ziele ist aus der Darstellung über die Instrumente und Methoden ersichtlich; die verschiedenen Maßnahmen waren Be-

standteil der täglichen Arbeit. Im Rahmen dieser Aktivitäten wurde jährlich ein mehrtägiges Besuchsprogramm mit Partnern auf Einladung der GKKE durchgeführt. Ferner gab es jährlich etwa 10 bis 20 Aktivitäten mit Partnern/Besuchern aus Guatemala und El Salvador (Besuchsprogramm auf Bitten anderer kirchlicher Institutionen, Veranstaltungen auf Wunsch von Partnern, die auf Einladung anderer kirchlicher Institutionen in Bonn waren, Vermittlung von Kontakten von Besuchern der Solidaritätsgruppen, Gespräche mit Besuchern anderer Institutionen -Bundesregierung, Stiftungen usw.)

Weiterhin war die GKKE eingeladen, an vier Ökumenischen Konsultationen zur Unterstützung des Friedensprozesses in Guatemala teilzunehmen, die vom LWB, ÖRK, CLAI und Christenrat der USA durchgeführt wurden. Sie fanden statt: 11/1993 in Washington; 4/1994 in Guatemala; 9/1994 in Oslo und 9/1995 in San José. Durch die Mitarbeit in diesen mehrtägigen Konsultationen konnten nicht nur die Kontakte mit guatemaltekischen Partnern ausgebaut, sondern Dialogimpulse gegeben sowie wichtige Beziehungen zu den Vertretern der federführenden kirchlichen Verbände und Repräsentanten internationaler Institutionen hergestellt werden.

d) Erfahrungen und Ergebnisse

In Guatemala und El Salvador

Die intensiven Beziehungen zu den kirchlichen Partnern und der ständige Austausch mit ihnen waren ganz entscheidend für die Bearbeitung der Aufgabe "Begleitung der Friedensprozesse". Viele Aktivitäten konzentrierten sich auf Guatemala. Das Land befindet sich in einem schwierigen Friedensprozess, der einen 36jährigen Bürgerkrieg beenden soll. Es ist notwendig, sich das gesellschaftliche Klima, in dem die Arbeit stattfand, zu verdeutlichen, um den Beitrag, der durch die GKKE-Aktivitäten geleistet werden konnte, einordnen zu können. Auf der einen Seite gab es große Hoffnungen in den Friedensprozess und ein starkes Engagement von kirchlichen Partnern. Andererseits herrschte überall Angst und Unsicherheit. Deshalb musste die GKKE, wie auch andere kirchliche Institutionen, mehrfach bei staatlichen Autoritäten wegen Bedrohungen und Menschenrechtsverletzungen intervenieren. Von daher waren grundlegende Anforderungen an die prozesshafte Arbeit: Kontinuität, Glaubwürdigkeit und Vertraulichkeitszusicherung.

Durch die regelmäßigen Besuche vor Ort, durch das Kontakthalten in der Zwischenzeit und durch zahlreiche Veranstaltungen mit Partnern/Besuchern in der Bundesrepublik festigte sich das Vertrauen, und stiegen die Erwartungen und Anforderungen an Aktivitäten vor Ort, besonders in Guatemala. Die Arbeit hatte 1992/93 als Schwerpunkte vor allem: ökumenische Solidarität aus der Bundesrepublik zu praktizieren; authentische Informationen aus den Ländern einzuholen; Informationen in der Bundesrepublik zu verbreiten und die Sichtweisen und Anliegen der Partner bei politisch Verantwortlichen in Deutschland vorzutragen.

Ab etwa 1994 weiteten sich die Tätigkeiten in Guatemala aus:

- Die kirchlichen Partner baten um Einbezug immer weiterer Dialogpartner aus dem zivilgesellschaftlichen Spektrum (Menschenrechtsgruppen, indianische Organisationen, Bauerngewerkschaften usw.)
- Da die gesellschaftliche Situation stark polarisiert war und direkte Gespräche kirchlicher Partner mit staatlichen, militärischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern zu diesem Zeitpunkt noch nicht stattfanden, baten Partner darum, dass im Rahmen der GKKE-Aktivitäten Kontakte zu Regierung, Militär und Unternehmerverband hergestellt und ihre Anliegen dort vorgetragen und unterstützt würden.
- In diesem Kontext entstand auch die Durchführung von "diskreten Treffen" mit Unterstützung der GKKE zwischen Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht offen aufeinander zugehen konnten.

Auf diesem Wege entwickelte sich in Guatemala selbst ein Dialogprogramm. Es kam zu Kontakten mit über 60 Dialogpartnern, was letztendlich in der begrenzten Aufenthaltszeit nicht mehr zu bewältigen war, zumal der Anspruch der Vermittlung auch die Rückführung von bestimmten Informationen einschloss, was mehrmalige Treffen erforderlich machte.

In El Salvador, das sich seit 1992 in der Nachkriegsphase befindet, konzentrierte sich die Arbeit auf Wunsch der Partner vor allem darauf, authentische Informationen über die Umsetzung der Friedensvereinbarungen einzuholen (die sich als schwierig und für die Bevölkerung frustrierend entwickelte), diese in der Bundesrepublik zu verbreiten und den politischen Entscheidungsträgern Anliegen der Partner vorzutragen.

Die Dialogerfahrungen in beiden Ländern sind aus Sicht der GKKE-Geschäftsstelle sehr positiv. Die überwiegende Mehrheit der Gesprächstermine konnte erst sehr kurzfristig vor Ort vereinbart werden, dennoch kamen fast alle Gespräche zustande. Zahlreiche kirchliche Partner waren bei der Terminvermittlung behilflich und stellten logistische Unterstützung (Büro, Telefon) zur Verfügung. Auch die Gesprächsbereitschaft und Offenheit waren beeindruckend, sowohl bei Dialogpartnern aus dem zivilgesellschaftlichen Spektrum wie auch bei Repräsentanten von Regierung, Militär und Unternehmen. Es kam zu zahlreichen ernsthaften und tiefgehenden Gesprächen, wodurch sich vertrauensvolle Beziehungen entwickelten. Auch entstand der Eindruck, dass die Dialogfähigkeit bei verschiedenen Gruppen und Repräsentanten der Gesellschaft verstärkt werden konnte. Diese Bemühungen sind aber noch lange nicht abgeschlossen.

Während der **Auswertungstagung des Dialogprogramms im März 1996** wurden in einer Bewertungsrunde über diesen Aspekt der Arbeit durch Partner aus El Salvador und Guatemala folgende Aussagen gemacht:

El Salvador

(Bischof Rosa Chávez, Weihbischof der Erzdiözese San Salvador;
Rev. Edgar Palacios, Debatte National)

- Durch diese Aktivitäten der beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland wurde Solidarität auch in der schwierigen Nachkriegszeit gezeigt.
- Durch das Einholen von Informationen von Partnern über den Fortgang des Friedensprozesses bestand die Möglichkeit, deren Sichtweisen und Analysen aufzunehmen und durch Berichte zu verbreiten. Der Informationsfluss nach Europa habe einen hohen Stellenwert.
- Der direkte Zugang zu Regierungsstellen in der Bundesrepublik ist eröffnet worden.
- Die Zusammenarbeit der Kirchen in der Bundesrepublik und in El Salvador sei hierdurch verstärkt und die ökumenischen Kontakte seien verbessert worden. (weitere Aussagen unter Pkt. II)

Guatemala

(Bischof Ramazzini, Bischof von San Marcos; Edgar Gutiérrez, Stiftung Myrna Mack)

- Durch die kontinuierliche Arbeit sei in Guatemala das Gefühl des Nicht-Alleinseins entstanden.
- Besuchsprogramme hätten den Zugang zu wichtigen Entscheidungsstellen in Deutschland ermöglicht. Dadurch entstanden persönliche Kontakte zu Regierungsstellen, Abgeordneten, politischen Stiftungen und anderen Sektoren der Gesellschaft. Es konnten unterschiedliche Sichtweisen vorgetragen, der Austausch gefördert und neue Kooperationspartnern gewonnen werden.
- Die GKKE habe sich zu einer wichtigen Kontaktstelle für den Informationsaustausch entwickelt. Es war möglich, Berichte und Stellungnahmen zu schicken, die dann verbreitet wurden, wie auch Informationen zu bekommen.
- Die Anwesenheit von Vertretern des Dialogprogramms im Land habe den direkten Kontakt mit Funktionären erleichtert und das Klima der Dialoge verbessert. Die diskreten Kontaktvermittlungen und informellen Gespräche seien wertvoll gewesen, um Reforminitiativen zu stärken. (weitere Aussagen unter Pkt. II)

Kritik aus Guatemala:

- Die Aufenthaltsdauer von GKKE-Vertretern im Land war zu kurz. Dadurch seien Aktivitäten und begonnene Prozesse beschränkt gewesen. Es sei mehr Präsenz erforderlich.
- Die ökumenische Zusammenarbeit im Land hätte verstärkt werden können.
- Die begonnenen Aktivitäten sollten fortgesetzt und intensiviert werden.

In der Bundesrepublik Deutschland

In der Lobbyarbeit für die beiden zentralamerikanischen Länder entwickelten sich sehr gute Arbeitsbeziehungen zu verschiedenen Akteuren: zu kirchlichen Institutio-

nen und Werken, BMZ und AA, Solidaritätsgruppen, politischen Stiftungen und anderen Nicht-Regierungsorganisationen sowie einigen Pressevertretern. Auch hierbei war die Kontinuität entscheidend, mit folgenden Ergebnissen:

- Es kam zu vielfältigen und regelmäßigen informellen und formellen Formen der Zusammenarbeit (Informationsaustausch, Materialienaustausch, gegenseitige Einbindung in Programme von Besuchern, Teilnahme an Foren und Konferenzen).
- Hierdurch entstand ein Informationsnetz, in das auf Wunsch ständig weitere interessierte Institutionen und Personen aufgenommen werden konnten, so dass es jetzt etwa 60 Teilnehmer/Teilnehmerinnen umfasst. Durch die engen Partnerkontakte nach El Salvador und Guatemala konnten regelmäßige und aktuelle Informationen verschickt werden.
- Insbesondere die guten Arbeitskontakte in die Bundesministerien ermöglichten, dass jeder Besucher der GKKE dort empfangen wurde. Auch konnten hierdurch kurzfristig und unbürokratisch Gespräche mit hochrangigen Vertretern vereinbart werden, um die Anliegen der Partner vorzutragen und zu vertreten. Die Gesprächsbereitschaft und das Interesse an einem Austausch mit kirchlichen Vertretern waren sehr positiv, wenn auch die Umsetzung der Anliegen der Südpartner noch nicht durchweg zufriedenstellend ist.
- Die verschiedenen Besuchsprogramme und Veranstaltungen mit Partnern führten zu Sensibilisierungen für die Problematik dieser Länder. Vor allem zeigte sich immer wieder, wie wichtig und für politisches Handeln entscheidend der direkte persönliche Kontakt ist, der das Abstraktum "Konfliktland" in ein zwischenmenschliches Verhältnis verwandelt. Verschiedene Aussagen und Briefe von deutschen Dialogpartnern verweisen auf diesen Aspekt.
- Schwieriger gestaltete sich die Zusammenarbeit mit Abgeordneten des Parlaments. Hier zeigte sich deutlich, dass das Interesse an der Region Zentralamerika nachgelassen hat. Dennoch war es möglich, einige sehr engagierte Abgeordnete in die Arbeit einzubeziehen. Sie nahmen an Austauschforen und Konferenzen teil, standen für Besucher zur Verfügung und baten um Beratung bei "Anfragen an die Bundesregierung" und vor Delegationsbesuchen in den Ländern.
- Wegen der Guatemala-Aktivitäten bat das Auswärtige Amt um Teilnahme an der Wahlbeobachtung 1995.

Während der **Auswertungstagung des Dialogprogramms im März 1996** wurde von den deutschen Dialogpartnern (Vertreter vom Auswärtigen Amt, BMZ, Politischen Stiftungen, Abgeordneten des Deutschen Bundestages und Solidaritätsgruppen) vor allem betont, dass:

- durch die kontinuierliche Arbeit im Rahmen des GKKE-Dialogprogramms bei Entscheidungsträgern und in der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik mehr politische Sensibilität und Aufmerksamkeit für die Probleme in El Salvador und Guatemala erreicht werden konnte;
- die Gespräche zwischen kirchlichen Repräsentanten und Vertretern der Bundesregierung und die Besuchsprogramme mit Südpartnern hilfreich waren, um die Realitäten in den Ländern besser einschätzen und Schlussfolgerungen für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit treffen zu können;

- der regelmäßige Informationsversand wichtig war, da es sich um aktuelle und authentische Informationen handelte.

e) Kritische Einschätzung der Geschäftsstelle

Es sind in der Bundesrepublik sehr gute Arbeitsbeziehungen hergestellt worden. Aber aufgrund begrenzter Personalkapazitäten konnten sie nicht alle zufriedenstellend genutzt werden. Zum Beispiel zeigte die Erfahrung, dass regelmäßig geplante Gespräche mit Abgeordneten und kirchlichen Vertretern über anstehende Maßnahmen zur Unterstützung der Friedensprozesse deshalb nicht sehr effektiv waren, weil kurzfristige Verschiebungen von Bundestagsdebatten die Teilnahme der Parlamentsabgeordneten verringerte oder verhinderte. Deshalb wurde der direkte persönliche Kontakt (Einzelgespräche) besonders wichtig. Dies hätte aber sehr viel intensiver und kontinuierlicher genutzt werden müssen.

Es gab zuwenig Verankerung mit kirchlichen Basisgruppen in der Bundesrepublik, die sich in den beiden Ländern engagieren.

Der große Bedarf an Gesprächen, der sich in Guatemala entwickelte, führte einige Male dazu, dass in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht mit allen gesprochen werden konnte, dass die Gesprächszeit nicht ausreichte und der Eindruck des "Gehetztseins" und der Unzufriedenheit bei beiden Gesprächspartnern entstand. Weiterhin konnte dem Wunsch von Partnern, auch in ländliche Regionen zu fahren, nicht nachgekommen werden, so dass sich alle Kontakte auf die Hauptstadt konzentrierten. Außerdem wurde durch die Ausweitung der Aktivitäten in Guatemala die Arbeit in El Salvador eingeschränkt.

2. Bedeutung und Rolle der Kirchen bei Konfliktschlichtung und Friedenskonsolidierung

a) Motivation und Vorgeschichte

In den letzten Jahren hat sich das Engagement lokaler kirchlicher Repräsentanten bei der direkten Schlichtung von kriegerischen Konflikten deutlich ausgeweitet. In vielen Ländern ist es besonders Verdienst der Kirchen, dass sich die Kriegsgegner zum Dialog bereit fanden, dass durch vielfältige humanitäre Maßnahmen das Grauen des Krieges gelindert wurde und Versöhnungsprozesse beginnen konnten. Um die praktischen Erfahrungen auszutauschen, wurde der Wunsch geäußert, die GKKE solle ein Forum für den Süd-Süd-Dialog bieten, das den kirchlichen Partnern aus mehreren Südländern ermöglicht, voneinander zu lernen und übertragbare friedensschaffende Modelle für andere gewaltsame Konflikte zu finden.

Während der Internationalen Ökumenischen Konsultation 1992 baten kirchliche Partner, diesen Erfahrungsaustausch erst einmal in kleinem Rahmen durchzuführen. Als Beispiel wurden El Salvador und Mosambik vorgeschlagen, da sich diese Länder in einer vergleichbaren Phase befinden. Ein dementsprechender Workshop mit Partnern aus den beiden Ländern fand 1993 statt. Aufgrund seiner positiven Ergebnisse und als Folge des sich entwickelnden Partnerdialoges in El Salvador und Guatemala sowie zahlreicher friedensfördernder Aktivitäten in den Ländern am Horn von Afrika wurde im März 1995 die Internationale Fachtagung über Konfliktschlichtung und Friedenskonsolidierung durchgeführt.

b) Erwartungen und Ziele

- Bedeutung und Rolle der Kirchen bei der Beilegung von gewaltsamen Konflikten öffentlich machen, um Kirchen anderer Länder in ähnlichen Situationen zu ermutigen
- den Süd-Süd-Dialog durch die Begegnung von Partnern aus verschiedenen Kontinenten zu fördern
- ein Forum zu bieten, um die vielen praktischen Erfahrungen und Methoden auszuwerten und auszutauschen mit dem Ziel, voneinander zu lernen und weitere Möglichkeiten der friedlichen Konfliktbearbeitung gemeinsam zu entwickeln
- über die Aufgaben der Kirchen bei der Festigung des Friedens und der Errichtung einer "Kultur des Friedens" in der Nachkriegszeit zu beraten
- im Nord-Süd-Dialog die Friedensförderung als wichtige Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit zu verstärken
- neue Formen der kirchlichen Zusammenarbeit zu finden und
- die weltweite Ökumene zu stärken.

c) Instrumente und Methoden

Es wurden zwei Veranstaltungen durchgeführt, an deren Vorbereitung kirchliche Südpartner, Vertreter kirchlicher Institutionen und Fachleute aus der Bundesrepublik beteiligt waren:

- Seminar über Erfahrungen der kirchlichen Konfliktschlichtung in El Salvador und Mosambik (13.-16. Oktober 1993, Simmern)
Teilnehmende: Kirchliche Repräsentanten aus El Salvador, Mosambik, Ecuador (Bischof Stehle), der Bundesrepublik sowie Vertreter und Vertreterinnen von Wissenschaftsinstituten.
- Internationale Fachtagung über Konfliktschlichtung und Friedenskonsolidierung (31. März - 4. April 1995, Bonn)
Teilnehmende aus Zentralamerika und Mexiko, den Ländern am Horn von Afrika und Mosambik; aus der Bundesrepublik Vertreter kirchlicher Institutionen, der Bundesministerien, des Deutschen Bundestages, aus politischen Stiftungen, Wissenschaftsinstituten und Nicht-Regierungsorganisationen; Repräsentanten internationaler kirchlicher Einrichtungen (Päpstlicher Rat Justitia et Pax, ÖRK, LWB, CELAM, CLAI, AACC) und internationaler Institutionen (Vereinte Nationen, Weltbank usw.).

Methodisch vorbereitet wurden beide Tagungen durch die Erstellung eines Arbeitspapiers in Form von Fragen für die vergleichende Auswertung. Das Seminar 1993 wurde mit 17 Teilnehmern/Teilnehmerinnen in kleinem Rahmen durchgeführt, um eine ausführliche Aussprache zu ermöglichen. Aufgrund der positiven Erfahrungen hierbei standen bei der Fachtagung 1995 (etwa 180 Teilnehmer / Teilnehmerinnen) drei parallele zweitägige Workshops im Vordergrund, wobei ein Workshop (El Salvador/Mosambik) die Fortführung des Seminars von 1993 darstellte. Ein weiterer Workshop befasste sich mit dem Erfahrungsaustausch in Mittelamerika und Mexiko und der dritte behandelte die Länder am Horn von Afrika (Äthiopien, Somalia und Sudan).

d) Erfahrungen und Ergebnisse

Die Ergebnisse beider Tagungen über die Möglichkeiten und Methoden kirchlicher Konfliktschlichtung und der kirchlichen Aufgaben bei der Friedenskonsolidierung sind dokumentiert. Über das Seminar von 1993 gibt es einen ausführlichen Bericht, der nach Absprache mit den Partnern für die interne kirchliche Arbeit genutzt wird. Über die Internationale Fachtagung 1995 wurde eine Dokumentation in deutscher, spanischer und englischer Sprache veröffentlicht.

Weiterhin wurde, ebenfalls in den drei Sprachen, die gemeinsame neunseitige Abschlusserklärung über die Ergebnisse der Internationalen Fachtagung und über Anforderungen und Erwartungen an die zukünftige Nord-Süd-Zusammenarbeit veröffentlicht. Deshalb sollen an dieser Stelle nur einige wichtige Ergebnisse aufgeführt und auf die Erfahrungen eingegangen werden, die nur zum Teil aus den Veröffentlichungen ersichtlich sind.

- Es ist ein originärer Auftrag der Kirchen, friedensfördernd zu wirken. Deshalb ist es vorrangige Aufgabe, sich frühzeitig an Bemühungen zu beteiligen, die dem Ausbruch von Konflikten vorbeugen und hierfür geeignete Mechanismen (nationaler Dialog, Runde Tische etc.) zu schaffen. Während eines gewaltsamen Konfliktes sollten die Kirchen sich nachdrücklich für Vermittlung zwischen den Kriegsgegnern einsetzen und dabei Offenheit und Neutralität wahren. Sie sollten alle Möglichkeiten und Mechanismen zur Beendigung der Gewalt nutzen (öffentliche und vertrauliche Arbeit: Kontaktnutzung, Dialogförderung, Aufbau objektiver Informationskanäle, Durchführung von humanitären Aktivitäten zur Unterstützung der Opfer, Öffentlichkeitsarbeit durch Predigten und Verlautbarungen, Wahrnehmung aller Möglichkeiten für vertrauensbildende Maßnahmen und Suche nach Bündnispartnern/Allianzen).
- Auch bei der Friedenskonsolidierung kommt den Kirchen eine bedeutende Rolle zu. Sie sollten zivilen Kräften bei der Überwachung der Umsetzung der Friedensvereinbarungen behilflich sein, sich unmissverständlich für Versöhnung einsetzen, wobei Versöhnung nicht Vergessen der Gewalttaten bedeute, und sich über verschiedene Ansätze für den Aufbau einer allumfassenden Kultur des Friedens einsetzen.
- Die Partnerkirchen im Norden haben bei der Friedensschaffung ebenfalls wichtige Aufgaben zu übernehmen. Sie sollten bei der Konfliktschlichtung Unterstützung anbieten, vertrauensbildende Maßnahmen fördern sowie in enger Abstimmung mit den Südpartnern Programme zur kontinuierlichen Begleitung der Friedensprozesse entwickeln. Weiterhin sollen sie sich im Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern im eigenen Land dafür einsetzen, dass Friedensförderung über die Wahrnehmung eigener politischer und wirtschaftlicher Interessen gestellt wird. Dies schließt kurz- und langfristige Ziele ein: z.B. die drastische Reduzierung von Rüstungsproduktion und -export, die Kenntnisnahme und Berücksichtigung der Anliegen von kirchlichen Partnern aus Südländern vor Regierungsverhandlungen sowie die Durchsetzung kohärenter Konzepte in den Nord-Süd-Beziehungen, die dazu beitragen, eine internationale Kultur des Friedens zu schaffen.
- Die Kirchen haben sich selbst in die Pflicht zu nehmen, wo Gegensätze zwischen ihnen eskalieren und Streitigkeiten bestehen. Sie sollten vor allem alle Möglichkeiten der ökumenischen Begegnung und Zusammenarbeit fördern, um ein Beispiel ihres Friedenswillens zu geben.

Die Dialogpartner haben dargelegt, warum Kirchen diese Aufgaben wahrnehmen sollten:

- Kirchen haben Verantwortung den jetzt lebenden Menschen gegenüber, basierend auf den Lehren des Evangeliums.
- Sie besitzen Vertrauen und Glaubwürdigkeit in der Gesellschaft und fühlen sich denjenigen verpflichtet, die "keine Stimme" haben.
- Kirchen haben keine eigenen ideologischen Interessen, sondern agieren ausgehend von christlichen Grundwerten.
- Kirchliche Schlichter setzen auf das Argument, auf das Wort gegen die Macht der Waffen.

- Kirchen sind Bestandteil der Gesellschaft und kennen die Konfliktursachen. Vielfach haben ihre Repräsentanten persönliche Kontakte zu Vertretern der Konfliktparteien, die genutzt werden sollten.

Es wurden auch noch unbewältigte Herausforderungen angesprochen:

- Voraussetzung für erfolgreiche kirchliche Konfliktschlichtung ist eine einige Kirche. Versöhnung untereinander ist entscheidend. Denn Konfliktschlichtung erfordert persönlichen Mut und manchmal sogar den Einsatz des Lebens. Sie erfordert auch viel Geduld und Durchhaltevermögen bei Rückschlägen und hierbei vor allem ist die Gewissheit der gegenseitigen Unterstützung wichtig. Nicht immer ist dies so, wie die Erfahrungen zeigten.
- Bei der schwierigen Aufgabe der Friedenssuche und Friedenserhaltung sollten die ökumenischen Kontakte in den Ländern stärker gesucht und genutzt werden. (Aussagen: "Christliches Handeln heißt Dienst am Nächsten. Die ökumenische Zusammenarbeit muss gestärkt werden, damit das Misstrauen untereinander überwunden wird. Es darf nicht zum Wettstreit um Mitglieder kommen. Wir wollen eine Kultur des Friedens und müssen doch erst unsere Konflikte lösen. Wir sind daran interessiert, als Christen vereint zu wirken. Deshalb müssen wir unsere Gemeinsamkeiten finden und nicht so sehr auf das schauen, was uns trennt.")
- Ebenso wurde die Besorgnis darüber geäußert, dass es auch Fälle in Ländern gibt, wo sich Kirchen nicht neutral verhalten oder sogar unterstützend für eine Konfliktpartei wirken.
- Die Erfahrungsauswertung hat die Notwendigkeit des gemeinsamen Austausches gezeigt, der noch viel zu wenig wahrgenommen wird. ("Wir treffen uns in Bonn, aber nicht in Zentralamerika".) Es fehlt sowohl an Zusammenarbeit in den Regionen, aber auch am Süd-Süd-Dialog und der Unterstützung untereinander.
- Es sollten neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den Kirchen im Norden und im Süden gesucht werden, sowohl bei der Konfliktschlichtung wie auch in der Nachkriegszeit. Hierfür müssen die Kommunikation/Dialoge ausgebaut werden. ("Wir müssen uns besser kennenlernen, unsere Kräfte bündeln, angesichts der großen Herausforderungen weltweit".)
- In diesem Sinne wurde auch darauf verwiesen, dass der Austausch zwischen den verschiedenen Ländern/Kontinenten gezeigt habe, dass eines der großen zukünftigen Probleme die Ausweitung neoliberaler Wirtschaftsformen im Zuge der Globalisierung sei. Hierdurch wäre zwar kurzfristig ein Wirtschaftswachstum möglich, wie einige Beispiele zeigten. Die Wirtschaftszahlen würden aber verschleiern, dass dieses System das Gefälle zwischen Armen und Reichen vergrößere. Kirchen sollten sich weltweit gemeinsam für mehr Gerechtigkeit einsetzen.

Einige Einschätzungen von Südpartnern (während der Internationalen Fachtagung 1995 und der Auswertungstagung des Dialogprogramms 1996)

- Die Initiative, zum Austausch einzuladen, habe dazu geführt, nunmehr die eigenen Erfahrungen zu systematisieren und aufzuarbeiten.
- Es wurden Foren angeboten für den Erfahrungsaustausch, vor allem aber dienten sie dazu, eigene Standpunkte zu überdenken und voneinander zu lernen.
- Inspiriert hierdurch haben Folgeveranstaltungen in Lateinamerika stattgefunden.

- Im Zuge der auswertenden Zusammenarbeit zwischen El Salvador und Mosambik konnten viele vergleichbare Erfahrungen festgestellt werden. Insbesondere war es für die Vertreter aus Mosambik wichtig, aus El Salvador über die Aufarbeitung der Vergangenheit zu hören. Dies sei ein Thema, das in Mosambik bislang nicht berührt wurde. Umgekehrt gibt es in Mosambik ein bisher beispielloses Projekt, Waffen gegen Gebrauchsgegenstände oder Spielzeug zu tauschen (viele Kindersoldaten).
- Immer wieder wurde betont, dass die ökumenische Zusammenarbeit in Deutschland ein gutes Beispiel sei und ermutigend wirke. Durch die Tagungen seien Begegnungen ermöglicht worden und damit die ökumenischen Beziehungen gefördert und Vorurteile abgebaut worden. Insbesondere die Vertreter aus Mosambik äußerten, dass die gemeinsame Vorbereitung und Teilnahme an der Konferenz ein wichtiger Anstoß gewesen wäre, die Ökumene im eigenen Land zu stärken.
- Beeindruckt von dem Engagement der Kirchen in Zentralamerika zeigten sich die Teilnehmer aus den Ländern des Horn von Afrika; sie hätten sehr viele Anregungen erhalten.
- Hilfreich gewesen sei die Möglichkeit, mit deutschen Regierungsvertretern und Repräsentanten von internationalen Institutionen ins Gespräch zu kommen. Hieraus entstanden konkrete Kooperationsbeziehungen. In El Salvador z.B. entwickelte sich durch die Vermittlung der GKKE ein Dialog mit Vertretern der Weltbank. Einige Teilnehmer aus den Ländern des Horn von Afrika wurden von der UNESCO eingeladen, im Rahmen des Projektes "Culture of Peace" mitzuarbeiten. Ebenso wurde eine beratende Expertin des Dialogprogramms gebeten, für die EU ein Programm zugunsten Somalias zu implementieren. Die einschlägigen Ministerien in Bonn nahmen direkte Arbeitsbeziehungen zu dem Leiter des "Sudan Forums" in Nairobi auf, der anschließend zu weiteren wichtigen Fachtagungen in Deutschland eingeladen wurde, so u.a. zu der BMZ/DSE Tagung über "Präventive Konfliktbearbeitung und Krisenmanagement" in Berlin (März 1996).

e) Kritische Einschätzung der Geschäftsstelle

Während der Internationalen Fachtagung sind zahlreiche sehr konkrete Anliegen für den Dialog und die Entwicklungszusammenarbeit an die Kirchen in Deutschland herangetragen worden. Eine intensive gemeinsame Auswertung und Abstimmung im Anschluss an die Tagung zwischen den kirchlichen Institutionen und Werken über Folgearbeiten konnte leider nicht stattfinden.

3. Rüstungsexportpolitik auf nationaler und europäischer Ebene

a) Motivation und Vorgeschichte

Seit vielen Jahren bemühen sich die Kirchen über verschiedene Initiativen, politische Veränderungen im Bereich der Kontrolle und Begrenzung von Waffenlieferungen in Länder außerhalb der NATO zur Minderung von zwischen- und innerstaatlichen Konflikten zu erreichen. Zu Fragen der Rüstungsexportpolitik haben sich die Kirchen mehrfach öffentlich geäußert; die GKKE nahm u.a. am 22. Februar 1984 an der Öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu dem Thema "Entwicklung und Rüstung" teil und verdeutlichte ihre Position hierüber in der Stellungnahme vom 9. September 1985 (GKKE Schriftenreihe, Heft 9).

Obwohl der 2. Golfkrieg neue Impulse für die Kontrolle von Rüstungsexporten lieferte, zeigte die Aussprache mit Südpartnern und Experten während der Ökumenischen Konsultation der GKKE im Dezember 1992 den weiter bestehenden Handlungsbedarf auf. Es wurde die Sorge geäußert, dass die Chance der Neuorientierung der Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes vertan werden könne, denn neue regionale Rüstungswettläufe zeichneten sich ab. Deshalb sollte die Möglichkeit wahrgenommen werden, im Dialog mit deutschen Entscheidungsträgern eine restriktive deutsche und europäische Rüstungsexportpolitik zu erreichen. Der Zeitpunkt war günstig, weil Anfang der 90er Jahre, im Rahmen der Maastrichter Verhandlungen, politische Entscheidungen auf europäischer Ebene über Neuregelungen im Bereich Kriegswaffen und "dual-use-Güter" anstanden.

b) Erwartungen und Ziele

Für die Aktivitäten im Bereich "Rüstungsexportpolitik" wurde geplant, den Dialog mit politischen Entscheidungsträgern und gesellschaftlichen Gruppen in der Bundesrepublik zu suchen, um friedensethische Prinzipien und Normen, die einem christlichen Verständnis von Politik entsprechen, verstärkt in die Entscheidungspraxis der Politiker einzubringen. Zugleich sollten in diesem Kontext die entwicklungspolitischen Anforderungen an eine kohärentere Nord-Süd-Politik am Beispiel der Rüstungsexportpolitik betont werden. Durch den Dialog mit Partnerkirchen aus England und Frankreich als den Hauptexportländern für Rüstungsgüter sollten außerdem Bündnispartner gesucht und die kirchlichen Anliegen auf europäischer Ebene gestärkt werden.

Kurzgefasst ging es dabei um folgende Ziele:

- Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Rüstungsexportproblematik und Stärkung der kirchlichen Aktivitäten hierzu auf europäischer Ebene
- Friedensförderung als oberste Priorität in der Außen- und Außenwirtschaftspolitik
- Einbettung der Rüstungsexportpolitik in ein friedenspolitisches Gesamtkonzept,
- Restriktive Kontrolle der Ausfuhr von Rüstungs- und dual-use-Gütern auf nationaler und europäischer Ebene

- Erarbeitung eines EU-weit verbindlichen Kriterien-Rasters für Richtlinien des Exportes (Code of Conduct)
- Öffentliche Darlegung der deutschen Entscheidungspraxis über den Export in der Absicht, die Diskussion zu versachlichen.

c) Instrumente und Methoden

- Bildung einer Fachgruppe aus kirchlichen und externen Experten und Expertinnen
- Erstellung des Arbeitspapiers "Regeln und Grenzen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern" (Juli 1993) durch die Fachgruppe als Grundlage für Dialoge und Konsultationen
- Übersetzung des Arbeitspapiers in die englische und französische Sprache (für die Ökumenische Konsultation in Brüssel 1994)
- Erarbeitung der "Stellungnahme der Fachgruppe über die Rüstungsexportpolitik" (Januar 1996)
- Mitwirkung der Fachgruppe an der Erstellung der Gemeinsamen Erklärung der Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zum Verbot von Landminen (September 1995).

Es wurden folgende Dialoge durchgeführt:

- mit Vertretern der Bundesregierung und Parlamentarischer Ausschüsse am 14. Juni 1993.
- mit Vertretern der Sozialdemokratischen Partei am 21. Januar 1994.
- mit Vertretern der Christdemokratischen Union am 22. April 1994.
- mit Vertretern der Freien Demokratischen Partei am 12. September 1994.
- mit Vertretern von Nicht-Regierungsorganisationen am 15. Dezember 1994.
- Ökumenische Konsultation über Anforderungen an die europäische Rüstungsexportpolitik am 21. Februar 1994 in Brüssel. Teilnehmende der katholischen, orthodoxen, anglikanischen und protestantischen Kirchen aus Frankreich, Großbritannien, Belgien und der Bundesrepublik Deutschland sowie aus Nicht-Regierungsorganisationen und der EU-Administration.

d) Erfahrungen und Ergebnisse

In diesem Bereich haben zahlreiche Aktivitäten und Bemühungen stattgefunden. Konkrete Ergebnisse im Sinne einer Veränderung der Politik hat es nicht gegeben. Über die Aktivitäten ist eine Dokumentation veröffentlicht, aus der die ausführliche Darstellung und Bewertung entnommen werden kann (vgl. Anlage 5, Publikation D 16). An dieser Stelle soll in verkürzter Form der Dialogprozess skizziert werden, um seine Möglichkeiten und Grenzen verständlich zu machen.

Das von der Fachgruppe erstellte Arbeitspapier zeigte den aktuellen Sachstand der Rüstungsexportproblematik auf und schlug auch real-politische Maßnahmen zur Überwachung und Einschränkung im Handel mit Waffen und dual-use-Gütern vor. Diese Vorschläge richteten sich vor allem auf die anstehenden Verhandlungen auf

europäischer Ebene. Es sollte erreicht werden, dass sich die Bundesregierung aktiv dafür einsetzt, dass die historischen Chancen nach Beendigung des Ost-West-Konfliktes für ein neues friedensethisches Sicherheitskonzept genutzt und die restriktiven deutschen Bestimmungen in die europäischen Regelungen aufgenommen werden. Für die Genehmigung von Exporten sollten verbindliche Kriterien aufgestellt werden, um einen europäischen Kompromiss auf dem niedrigsten Niveau zu verhindern.

Ein Anliegen war auch die Bitte an die Bundesregierung, eine verbesserte Transparenz ihrer Entscheidungen herzustellen. Der Handel mit Waffen und vor allem der Güter, die sowohl militärisch wie auch zivil genutzt werden können (dual-use-Güter) ist sehr komplex und nur noch für Spezialisten durchschaubar. Deshalb wurde ange-regt, einen jährlichen Bericht über die Daten zu veröffentlichen, die den Vereinten Nationen zugänglich gemacht werden, aber die bundesdeutsche Bevölkerung kaum erreichen. Hierdurch könnte die Entscheidungspraxis nachvollziehbar und die Dis-kussion versachlicht werden.

Das Arbeitspapier der Fachgruppe wurde allen Dialogpartnern vor den Gesprächen zugänglich gemacht. An den 1993/94 geführten Dialogen nahmen hochrangige Ver-treter und Vertreterinnen der Bundesregierung, der Parlamentarischen Ausschüsse und der Parteien teil.

Die Reaktionen der Dialogpartner in kurzgefasster und vereinfachter Form:

- Alle Dialogpartner begrüßen die Initiative und betonen ausdrücklich ihre Ge-sprächsbereitschaft, auch für die Zukunft.
- Das Arbeitspapier wird als sachlich und der Sache dienend bezeichnet.
- Alle Dialogpartner bekennen sich zu einer verantwortlichen und restriktiven Rüs-tungsexportpolitik, die auch den Export der "dual-use-Güter" umfassen soll.
- Alle Dialogpartner betonen, dass auch die prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt keine Abkehr von dieser Politik rechtfertige.
- Die Bundesregierung sagt zu, sich bei den Verhandlungen über einheitliche Richt-linien nachdrücklich für Restriktivität auf europäischer Ebene einzusetzen. Gleich-zeitig verweist sie darauf, dass einige gewichtige europäische Nachbarn sich der Restriktivität energisch widersetzen würden.
- Der konkrete Vorschlag, ein Kriterien-Raster zu erstellen mit dem Ziel, auf hohem Niveau einheitliche Richtlinien festzulegen, wird unterschiedlich bewertet. Beson-ders die Bundesregierung gibt zu bedenken, dass die strikt friedenspolitische Nor-mierung dazu führen könnte, den Ermessensspielraum der außen- und sicherheitspolitischen "vitalen Interessen" zu beschränken.
- Die Bundesregierung sagt zu, den Vorschlag zu überprüfen, einen Jahresbericht über die Entscheidungspraxis im Bereich des Rüstungsexportes zu veröffentli-chen.
- Von CDU-Vertretern wird eine stärkere Flexibilität in den anstehenden Fragen ge-fordert. Dies wird mit dem Argument begründet, die Kooperationsfähigkeit der deutschen Industrie dürfe nicht beeinträchtigt werden durch Rückzug aus der Rüs-tungsproduktion, denn dies könne auch die Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik gefährden.

Chronologische Abfolge der Aktivitäten

Ökumenische Konsultation am 21. Februar 1994 in Brüssel

Zu der Konsultation hatten die GKKE und EECOD gemeinsam eingeladen. Es nahmen daran hochrangige Vertreter der katholischen und protestantischen Kirche aus Frankreich, Großbritannien, Belgien und Deutschland teil sowie zahlreiche Experten und Expertinnen dieser Ländern und Vertreter der EU-Administration.

Dem Inhalt des vorgelegten Arbeitspapiers der GKKE-Fachgruppe stimmten alle Teilnehmenden zu. In der intensive Aussprache wurden viele Themenaspekte des Rüstungsexportes behandelt; zentral war die große Sorge, dass durch die Verhandlungen zwischen den europäischen Ländern eine Lockerung der Exportbestimmungen erfolgen könne, statt einer friedensethischen Ausrichtung der Sicherheitspolitik. In allen beteiligten Ländern wird das Thema von den Kirchen diskutiert, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Hervorgehoben wurde ein in allen Ländern immer wiederkehrendes Argument, dessen Kern das Recht auf Selbstverteidigung ist. Die Diskussion hierüber, so wurde berichtet, werde sehr oberflächlich, kurzsichtig bzw. sogar zynisch geführt: "Wenn wir das Recht auf Selbstverteidigung haben, dann haben das auch alle anderen - und wir sollten uns keine Sorgen darüber machen, dass wir ihnen die Waffen dazu liefern." Deshalb heißt es in der Abschlusserklärung der Konsultation u.a.: "Während jedem das Recht zur Selbstverteidigung zugestanden wird (Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen), bedeutet dies nicht, dass Staaten dazu verpflichtet sind, jedem Waffen zu liefern, der danach verlangt. Die gemeinsame Vision der Kirchen von Humanität und unsere ökumenische Verpflichtung gegenüber den Menschen, die von den Folgen des Krieges und überhöhter Rüstungsausgaben betroffen sind, erlaubt uns nicht, die Augen zu verschließen vor dem Leid, das durch die Verbreitung von Rüstungsgütern verursacht wird. Daher ist der Handel mit Waffen und rüstungsrelevanten Gütern für uns mehr als eine rein nationale oder wirtschaftliche Angelegenheit."

In der gemeinsamen Abschlusserklärung, die am 21. Februar 1994 in Brüssel der Presse vorgestellt und durch die Vorsitzenden der GKKE an die Bundesregierung und weitere Dialogpartner gesandt wurde, ermahnen die Kirchenführer die europäischen Regierungen eindringlich, die historischen Chancen für Frieden und Entwicklung nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen und die ihnen übertragene Verpflichtung verantwortungsbewusst wahrzunehmen. Insbesondere anlässlich der anstehenden Verhandlungen über einheitliche Regelungen über den Export von "dual-use-Gütern" verweisen die Kirchen darauf, dass die bisher diskutierten Regelungen nicht ausreichen. Die Erklärung führt weiterhin mehrere praktische Vorschläge für eine Verbesserung der Rüstungsexportpolitik auf. Während der Konsultation und in der Abschlusserklärung erklären die Kirchenvertreter aber auch, dass sie ihre Bemühungen um eine auf christlichen Grundwerten beruhende Außen- und Sicherheitspolitik in den eigenen Ländern verstärken müssen und hierfür auch die ökumenische Kooperation untereinander.

Veränderter Sachstand - realpolitische Ereignisse 1994/95

- Am 1. Juli 1995 trat eine europäische Regelung über den Export von "dual-use-Güter" in Kraft, eine "Harmonisierung" auf dem kleinsten Nenner, wobei es jeder Nation überlassen bleibt, die Liste der nicht für den Export gestatteter Waren zu ergänzen.
- In den Jahren 1994 und 1995 fasste die Bundesregierung eine Reihe politischer Beschlüsse zur Lockerung der Kontrolle des Exports von Rüstungs- und rüstungsnahen Gütern, einschließlich der dual-use-Güter.
- Nach Einschätzung von Fachleuten fand seit Sommer 1993 eine massive Lobbykampagne der deutschen Rüstungsindustrie statt, deren Einfluss auf die neuen politischen Regelungen stark gewesen sein dürfte.

Aufgrund des veränderten Sachstandes erarbeitete die Fachgruppe der GKKE die "Stellungnahme über die Rüstungsexportpolitik" vom Januar 1996, die einen Rückblick über die Dialoge liefert, den Sachstand schildert und erneut Sorgen und Erwartungen aus kirchlicher Sicht äußert. Dieses Papier war Grundlage der Aussprache mit Dialogpartnern während der Auswertungstagung des Dialogprogramms im März 1996. Die Diskussion erbrachte folgende Ergebnisse:

- Die Dialogpartner aus Regierung, Parteien und Nicht-Regierungsorganisationen äußerten sich wiederum positiv über den dargelegten Sachstand und den konstruktiven Geist der Stellungnahme; dies taten auch diejenigen, die nicht mit allen Argumenten übereinstimmten.
- Die Gesprächsbereitschaft wurde wiederholt; ebenfalls wurde die Bedeutung der Kirchen in der Bearbeitung dieses Themas herausgestellt.

In der Sache allerdings muss festgestellt werden:

Keine der konkreten Forderungen, die durch die GKKE und durch die Ökumenische Konsultation im Februar 1994 von Kirchenvertretern aus England, Frankreich, Belgien und Deutschland vorgetragen wurden, ist von der Politik aufgenommen worden. Im Gegenteil, die mehrfach geäußerten Befürchtungen über Aufweichungen in der Rüstungsexportpraxis haben sich durch die Beschlüsse der Bundesregierung vom April 1996 (reduzierte Exportkontrolle) bewahrheitet.

e) Schlussfolgerungen:

- Die Argumente der Kirchen sind von den politischen Entscheidungsträgern nicht ernst genommen worden.
- Wirtschaftliche Interessen haben sich gegenüber den friedensethischen Argumenten durchgesetzt.
- Vielleicht wären Methoden einer öffentlichen "Kampagne", die kein Instrument des GKKE-Dialogprogramms sind, wirksamer gewesen, um politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen.
- Es muss gefragt werden, ob die Kirchen in dieser Problematik alle ihre Möglichkeiten genutzt haben.
- Die eingangs genannten Ziele dieses Dialogbereiches dürften nach Ende des Dialogprogramms noch größere Bedeutung haben als bei Beginn.

III. Instrumente und Arbeitsweise

Leitungskreis

Zur Leitung des Dialogprogramms wird Anfang 1993 der Leitungskreis eingerichtet, dem vor allem die thematische Orientierung des Dialogprogramms, die Zustimmung zu den einzelnen Dialogvorhaben sowie die Entscheidung über die größeren Veranstaltungen obliegt. Da der Arbeitsausschuss der GKKE mit seinen beiden Vorsitzenden Bischof Dr. Hartmut Löwe und Prälat Paul Bocklet diese Aufgabe der kontinuierlichen Leitung und Begleitung des Dialogprogramms nicht übernehmen kann, bietet sich die Einrichtung eines eigenen Leitungsgremiums an. Den Vorsitz des Leitungskreises sollen die Vorsitzenden der beiden Träger der GKKE, Vizepräsident Günter Linnenbrink (AGKED) und Weihbischof Leo Schwarz (Justitia et Pax) übernehmen. Auf Bitte von Weihbischof Schwarz übernimmt für ihn der Stellvertretende Vorsitzende von Justitia et Pax, Karl Osner, diese Aufgabe.

Die von Arbeitsausschuss der GKKE berufenen Mitglieder des Leitungskreises sind in Anlage 1 aufgeführt.

Der Leitungskreis kommt etwa alle drei bis vier Monate zu einer ganztägigen Sitzung in Bonn oder Hannover zusammen. Er erörtert ausführlich die Konzeption der Vorhaben, ihre politische Relevanz und das jeweilige Zusammenwirken mit den kirchlichen Hilfswerken und anderen Stellen. Er nimmt den Bericht der Geschäftsführung und der Referenten/in entgegen und beschließt die von der Geschäftsführung vorgelegte Planung.

Fachgruppen

Auf Vorschlag der Geschäftsführung beruft der Leitungskreis vier Fachgruppen, die jeweils den Themenbereichen zugeordnet werden. Die Fachgruppen setzen sich aus etwa 10 bis 12 Mitgliedern zusammen, die aus Fachinstituten und kirchlichen Hilfswerken stammen. Die Vorsitzenden werden von den Fachgruppen vorgeschlagen und vom Leitungskreis berufen. Folgende Fachgruppen sind für das Dialogprogramm tätig:

- Fachgruppe Brasilien (zu A)
Vorsitz: Paul Hell, Evangelische Akademie Bad Boll
- Fachgruppe Tanzania (zu A)
Vorsitz: Professor Dr. Gerhard Grohs, Universität Mainz
- Fachgruppe Weltwirtschaften (zu B)
Vorsitz: Professor Dr. Werner Glastetter, Universität Bielefeld
- Fachgruppe Frieden (zu C)
Vorsitz: Professor Dr. Lothar Brock, Universität Frankfurt

Die Fachgruppen kommen etwa viermal im Jahr zu ganztägigen Sitzungen zusammen. Sie erarbeiten die thematische Ausrichtung der Vorhaben sowie die entsprechenden Positionspapiere. Sie beraten die Realisierung der geplanten Vorhaben und deren Vorbereitung und Auswertung. Mitglieder der Fachgruppen übernehmen die jeweilige Dialogführung mit den Dialogpartnern in Deutschland und im Bezugsland, teils unter der Delegationsleitung kirchenleitender Personen, teils im Zusammenwirken mit der Geschäftsführung. Für die Dialoge mit der Pharma-Industrie und der Firma Bayer bestehen zwei weitere Fachgruppen.

Die Mitglieder der Fachgruppen sind in Anlage 2 angegeben. Sie arbeiten ehrenamtlich in den Fachgruppen des Dialogprogramms mit.

Geschäftsführung und Geschäftsstelle

Die Geschäftsführung des Dialogprogramms übernehmen gemeinsam die beiden Geschäftsführer der GKKE Dr. Manfred Kulesa (Evangelische Geschäftsstelle) und Harry Neyer (Katholische Geschäftsstelle). Sie leiten die für das Dialogprogramm in Büroeinheit mit der Evangelischen Geschäftsstelle eingerichtete "Geschäftsstelle Dialogprogramm", in der eine Referentin, ein Referent und zwei Sachbearbeiterinnen tätig sind. Die personelle Besetzung von Geschäftsführung und Geschäftsstelle ist aus Anlage 3 ersichtlich. Der Abstimmung der laufenden Arbeit dient der alle zwei bis drei Wochen stattfindende Jour fixe, an dem auch der Leiter der Informationsstelle "Horn von Afrika" teilnimmt, sofern Fragen aus seinem Bereich anstehen.

Die Referentin und der Referent übernehmen verantwortlich jeweils einen Themenbereich des Dialogprogramms. Insgesamt wird folgende Federführung festgelegt:

Armutsorientierung der Entwicklungszusammenarbeit

- Hans Nirschl

Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

- Dr. Manfred Kulesa

Frieden als Voraussetzung für Entwicklung

- Gudrun Molkentin

Publikationen und Pressearbeit

- Harry Neyer

Dialoge

In der Durchführung der Dialoge wird eine große Vielfalt praktiziert. Sie reicht von Gesprächen im kleinen vertraulichen Kreis, die etwa zwei bis drei Stunden dauern, bis hin zu öffentlichen ganztägigen oder mehrtägigen Veranstaltungen. Die Gespräche werden in der Regel von den Fachgruppen vorbereitet und bestritten. Es gelingt nicht immer, kirchliche Repräsentanten für die Delegationsleitung der GKKE-

Teilnehmer zu gewinnen. Zu den öffentlichen Veranstaltungen werden Fachleute der jeweiligen Thematik, Mitarbeiter/innen aus den kirchlichen Verbänden und Einrichtungen, Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Medienvertreter eingeladen.

Kooperationen

Zur Durchführung größerer Dialogvorhaben und Fachtagungen bietet sich die Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen und Fachinstitutionen an. Wir können die Kooperation vereinbaren und Dialogveranstaltungen gemeinsam durchführen mit

- Evangelische Akademie Loccum
- European Ecumenical Organization for Development (EECOD), Brüssel
- Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), Bonn
- Society for International Development (SID), Bonn
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU), Bonn
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Bonn
- Freie Demokratische Partei Deutschlands (FDP), Bonn

In der internen Kooperation arbeiten wir mit den kirchlichen Hilfswerken zusammen, im evangelischen Bereich vor allem mit Brot für die Welt, der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe, Dienste in Übersee und mit dem kirchlichen Entwicklungsdienst, im katholischen Bereich mit Misereor, der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe, der Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, mit Adveniat und Missio. Hilfreich ist die Zusammenarbeit mit kirchlichen Verbänden und Fachinstituten, mit Ordensgemeinschaften und Missionswerken.

Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit

Neben der bereits bestehenden Schriftenreihe der GKKE, in der offizielle Dokumente veröffentlicht werden, wird die Reihe "Materialien zum GKKE-Dialogprogramm" gegründet. In dieser neuen Reihe werden Studien und Arbeitspapiere sowie Dokumentationen der größeren Fachtagungen publiziert. Es sind 18 Hefte erschienen, deren Titel in Anlage 5 aufgeführt sind. Ein Heft (D 2) wird zusätzlich in englischer, ein anderes (D 13) in englischer und spanischer Ausgabe veröffentlicht. Die Hefte stoßen auf reges Interesse, so dass teils zweite und dritte Auflagen notwendig werden.

Zu einigen Fachtagungen werden Pressedienste versandt und die Medienvertreter eingeladen. Die Ergebnisse des Brasilien-Dialogs werden auf Pressekonferenzen vorgestellt. Die Öffentlichkeitsarbeit kann nur in sehr geringem Umfang geleistet werden, da dafür keine personelle Kapazität zur Verfügung steht.

IV. Aufwand und Verwaltung

Der von der Geschäftsführung im November 1991 vorgelegte Rahmenplan für die Kosten des Dialogprogramm wird vom Arbeitsausschuss und den beiden Vorständen der GKKE zustimmend zur Kenntnis genommen und am 18.2.1992 von Vorstand und Mitgliederversammlung des Ökumenischen Arbeitskreises Kirche und Entwicklung e.V. genehmigt. Er sieht für den Zeitraum vom 1.4.1992 bis zum 31.3.1996 Gesamtaufwendungen in Höhe von DM 3.534.000 vor. Je DM 1.650.000 sollen von den beiden Trägern der GKKE bewilligt und die restlichen DM 234.000 als Drittmittel eingeworben werden. Die Programmkosten werden mit TDM 1880 (53 %), die Personalkosten mit TDM 1179 (33 %) und die allgemeinen Verwaltungskosten mit TDM 475 (14 %) veranschlagt.

Da die GKKE keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzt, wird die Finanzierung über den Ökumenischen Arbeitskreis Kirche und Entwicklung e.V. abgewickelt. Die Vorsitzenden des verantwortlichen Leitungskreises für das Dialogprogramm übernehmen auch den Vorsitz in diesem Verein, in dessen Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen jeweils Haushalt und Jahresrechnung beschlossen werden und dem Vorstand Entlastung erteilt wird.

Das Büro für das Dialogprogramm wird bei der Evangelischen Geschäftsstelle der GKKE in der Verantwortung der gemeinsamen Geschäftsführung eingerichtet und entsprechend dem Stellenplan mit vier Arbeitsplätzen ausgestattet (zwei Referent(inn)en, zwei Sachbearbeiterinnen/Sekretärinnen, von denen eine auch für die Buchhaltung verantwortlich ist). Die vier Mitarbeiter(innen) werden mit Zeitverträgen angestellt. Die Personalverwaltung übernehmen dankenswerterweise die kirchlichen Entwicklungsdienste AGEH und DÜ. Nach Abschluss des Programms werden alle angestellten Mitarbeiter in andere Aufgaben kirchlichen Dienstes übernommen.

Aufgrund der Beschlüsse der Leitungsgremien werden das Büro bis zum 30.6.1996 und die Abwicklung des Programms bis zum Jahresende 1996 fortgeführt. Die Gesamtausgaben halten sich im Rahmen der ursprünglichen Planung, wenn auch der Anteil der Personal- und Verwaltungskosten etwas höher liegt als seinerzeit vorgesehen. Eine Gesamtrechnung wird den Zuwendungsgebern zugeleitet.

V. Ergebnisse und Erfahrungen

1. Generelle Auswirkungen

a) Ausdruck der Solidarität

Das Dialogprogramm hat den Dialogpartnern in Deutschland und vor allem in den Südländern erneut verdeutlicht, dass die Kirchen in Deutschland ihre entwicklungspolitische Mitverantwortung ernst nehmen. Das wurde in der Auswertungstagung (März 1996) von Bundestagsabgeordneten, Regierungsvertretern und Südpartnern einhellig bestätigt. Karl Lamers MdB: Ich sehe keine Gruppierung außer den Kirchen, die solche Dialoge uneigennützig führen könnte. Dr. Klemens van de Sand, Menschenrechtsbeauftragter im BMZ: Eine Beendigung des Dialogs wäre fatal. Die Partner aus den Südländern haben das Dialogprogramm als neue Form der Zusammenarbeit erfahren, nämlich den Dialog zu den politischen und gesellschaftlichen Aufgaben der Kirchen, der ergänzend und bestärkend zur bisherigen Zusammenarbeit im Projektbereich trat, und sie haben diese intensive Form des Miteinanders und der politischen Unterstützung ihrer Anliegen als überzeugende Praxis der Solidarität gewürdigt.

b) Stärkung der Entwicklungspolitik

Im Dialogprogramm der GKKE die sind Kirchen für eine Stärkung der Entwicklungspolitik eingetreten und haben auch stärkere Eigenanstrengungen in der Entwicklungszusammenarbeit angekündigt. Zwar lässt sich keine Anhebung des Stellenwerts der Entwicklungspolitik nachweisen, sondern es mag im Gegenteil als Signal verstanden werden, dass auch der Entwicklungsetat unter den Sparzwängen Kürzungen hinnehmen musste. Die GKKE und ihre Träger haben sich jedoch mit ihrem Dialogprogramm sowohl bei Entscheidungsträgern in Politik und Gesellschaft wie in der interessierten Öffentlichkeit einen Namen gemacht in ihrem Eintreten für eine Stärkung der Entwicklungspolitik. Diese Impulse sind von Einrichtungen der Bildungsarbeit, von Verbänden und anderen Gruppierungen aufgenommen und verstärkt worden. In eine breitere Öffentlichkeit konnten allerdings diese Bemühungen des Dialogprogramms kaum hineinwirken, weil das Programm von seiner Struktur her nicht auf eine Breitenwirksamkeit angelegt und ausgestattet war.

c) Nord-Süd-Politik als politische Querschnittsaufgabe

Das Dialogprogramm ist intensiv für die Kohärenz in der Nord-Süd-Politik eingetreten und hat diese verstärkt in die politische Diskussion eingebracht. Das ist sowohl in Tagungen geschehen (SPD/GKKE 1993, Europäisches Seminar zur Kohärenz, Brüssel 1994 und andere) wie in parlamentarischen Anhörungen und in Dialogen mit Bundesministerien, Ländervertretungen und Wirtschaftsverbänden. Die Kampagne zur Bundestagswahl 1994 „Ihre Stimme für die Dritte Welt“ (Verbreitung des Faltblattes 230.000 Exemplare) hat dies auch breiteren Kreisen verdeutlicht. An Themen wie

Verschuldung, Hermes-Bürgschaften, Korruption wurde das Kohärenzgebot in aktiven Gesprächen erörtert. Die politischen Defizite im Bereich der Friedensförderung als Mangel an Kohärenz wurden aufgezeigt (Konfliktschlichter-Kongreß 1995/Heft D 13). In allen drei Themenbereichen wurden am jeweiligen Beispiel die mangelnde Kohärenz der Nord-Süd-Politik dargelegt und entsprechende Anregungen gegeben. Eine systematische Weiterarbeit und etwaige Vorarbeiten für die Anregung eines Bundestagsbeschlusses konnten hingegen im gegebenen Zeitraum nicht geleistet werden.

d) Armenorientierung der Entwicklungspolitik

Im Themenbereich A wurde in den Dialogen zur Situation in den Beispielländern Tanzania und Brasilien die Armenorientierung der Entwicklungsbemühungen thematisiert und nachdrücklich vertreten. Dabei ging es entsprechend dem Auftrag des Dialogprogramms vorrangig um die strukturellen Dimensionen (Beispiele: Struktur-anpassungsprogramme und deren soziale Auswirkungen/Industrialisierung ohne Rücksicht auf soziale Probleme). In der Fachtagung GKKE/CDU zur Armutsbekämpfung kam es zu vielen konkreten Anregungen, die von Politikern und Kirchenvertretern aufgenommen wurden. Der Vorschlag, zur Frage der Armutsrelevanz sowie der Prüfung der Entwicklungsverträglichkeit in allen Politikbereichen eine Arbeitsgruppe einzusetzen und parteiübergreifend ein Konzept zur nachdrücklich gewünschten Verträglichkeitsprüfung zu erarbeiten, bedarf noch der Realisierung. Die als wichtigste Komponente in der Armutsbekämpfung notwendige Partizipation der Armen an den Entwicklungsprozessen wurde in den Dialogen ausgeweitet auf deren Beteiligung an den politischen und gesellschaftlichen Prozessen und vor allem auf die Stärkung der Zivilgesellschaft. Das wurde beim Runden Tisch in Sao Luis 1995 zur eigentlichen Zielrichtung des Dialogs. Auch der Konfliktschlichterkongreß 1995 brachte Erfahrungen und Vorschläge zu dieser Aufgabe, deren Umsetzung weiterer Bemühungen bedarf.

e) Entwicklungspolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Während des gesamten Dialogprogramms hat es in allen drei Themenbereichen kontinuierliche Bemühungen gegeben, die Entwicklungspolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe bewusst zu machen und zu fördern. Entsprechend haben sich vielfältige Allianzen der Solidarität ergeben, die in unterschiedlichen, der jeweiligen Problematik zugeordneten Kooperationen deutlich wurden. So fand im Themenbereich A zum Brasilien-Dialog das beständige Zusammenwirken mit Politikern, Gewerkschaftlern, Nicht-Regierungsorganisationen und Brasilien-Gruppierungen sowie Fachinstituten einen überzeugenden Ausdruck in der 38köpfigen deutschen Delegation, die am Runden Tisch in Sao Luis (Mai 1995) teilnahm. Zum Tanzania-Dialog konnten wir nur einige Verbände und Missionswerke gewinnen, hingegen nicht die Missionsorden. Im Themenbereich C ergab sich eine beständige Kooperation mit vielen zu Zentralamerika arbeitenden Gruppen und Institutionen sowie mit den Gruppierungen der Kampagne gegen den Rüstungsexport. Auch in den Vorhaben zum Horn von Afrika gab es beständige Kooperation mit Personen, Gruppierungen,

und Instituten, die zu dieser Region tätig sind. Die bereits genannte Aktion zur Bundestagswahl „Ihre Stimme für die Dritte Welt“ wurde in einer Koalition von Jugendverbänden, kirchlichen Hilfswerken und GKKE erarbeitet und fand in der Verbreitung mannigfache Kooperationen mit Verbänden, Diözesanräten, Fachinstitutionen, Redaktionen und Hilfswerken. Bei den größeren Tagungen wurde durch die Auswahl der Referenten und eine entsprechende Einladungspolitik erreicht, dass Allianzen der Solidarität deutlich wurden, die sich auch in vorheriger und anschließender Kooperation bewährten. Bei den zusammen mit den großen Parteien durchgeführten Tagungen wurde das für den politischen Bereich evident. Die aktive Mitarbeit an internationalen Konferenzen (Kairo, Kopenhagen) und die Beteiligung an internationalen Gesprächen (UN, Weltbank, EU, Fachwissenschaft) brachten viele Möglichkeiten, Koalitionen der Solidarität aufzuzeigen und anzubahnen.

f) Exemplarischer Nord-Süd-Dialog

Die Zielvorstellung des ersten Dialogprogramms in den 70er Jahren war, hierzulande im Dialog mit Entscheidungsträgern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die politische Gestaltung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu beeinflussen, natürlich in Wahrnehmung der Anwaltsfunktion für die Menschen in den Ländern der Dritten Welt. Diese Vorstellung lag auch den ersten Entwürfen für das Dialogprogramm der 90er Jahre zugrunde. Sie wurde jedoch als Ergebnis der Internationalen Ökumenischen Konsultation 1992 entscheidend ergänzt: Der beständige Dialog mit den Südpartnern, also der eigentliche Nord-Süd-Dialog, wurde gleichgewichtig zum Dialog mit hiesigen Entscheidungsträgern im Dialogprogramm geführt. Beide Dialoge waren miteinander verschränkt und haben sich direkt beeinflusst und ergänzt.

Dieser Nord-Süd-Dialog hat generell über die Jahre hin eine kontinuierliche Informationsvermittlung und einen Erfahrungsaustausch ermöglicht, auf die beide Seiten angewiesen sind, wie in der Fachtagung im März 1996 bestätigt wurde. Wir haben die Informationen weitervermittelt und bei unseren Gesprächen hierzulande genutzt. Unsere Partner sind durch den Dialog mit uns und durch unsere politische Unterstützung bestärkt und zugerüstet worden für den politischen Dialog, den sie selbst in ihrem Lande begonnen haben. In Brasilien hat das Forum Carajás als Zusammenschluss von rund 80 gesellschaftlichen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Gruppierungen innere Kraft und äußere Form gewonnen; in Tanzania wurde die Tanzanian Ecumenical Dialogue Group (TEDG) als Partner zur GKKE gegründet und hat mit unserer Hilfe das Wirken der dortigen Kirchen im gesellschaftlichen und politischen Wandlungsprozess fachlich gefördert - bis hin zum Monitoring-Programm bei den Wahlen 1995; die Partner in Zentralamerika wurden in ihrem Einsatz beim Friedensprozess in Guatemala und El Salvador durch die erfahrene Solidarität bestärkt und durch die politische Begleitung ihrer Bemühungen gefördert. Durch Vermittlung des Dialogprogramms fanden unsere Partner Zugang zur Weltbank, zu Bundesregierung, politischen Parteien und NRO hier. Und der Erfahrungsaustausch weitete sich auf Süd-Süd aus, wie er sonst kaum möglich ist, etwa bei der Konfliktschlichtertagung 1995 zwischen Mosambik und El Salvador. Die praktizierte Solidarität in konkreten Fällen - etwa nach der Ermordung der Landlosen in Brasilien im April 1996 - ist die Meßlatte, die an alle nur verbalen Bekundungen angelegt wird.

g) Ökumenische Zusammenarbeit

Das Dialogprogramm war insgesamt auch ein Testfall auf die praktizierte ökumenische Zusammenarbeit, der - nach Aussage unserer Gesprächspartner - überzeugend bestanden wurde. Politiker und Regierungsvertreter haben betont, dass die Kirchen glaubwürdiger und oft auch wirksamer auftreten, wenn sie es gemeinsam tun. Die vertrauensvolle ökumenische Zusammenarbeit war grundlegend für das Wirken der Fachgruppen, der Geschäftsstelle und des Leitungskreises, aber auch im gemeinsamen Auftreten bei den politischen Dialogen und den Fachtagungen. Es war durchgängig so, dass der Vertreter der einen Konfession im Dialogprogramm für beide Konfessionen sprechen konnte. Diese praktizierte Ökumene hat auch unsere Partner beeindruckt und beeinflusst. Ohne das Dialogprogramm wäre es kaum zur Gründung der TEDG in Tanzania und der geschilderten ökumenischen Zusammenarbeit gekommen. Wir wurden uns allerdings auch bewusst, dass nicht allerorten eine ökumenische Zusammenarbeit so selbstverständlich und auch möglich ist wie bei uns.

2. Auswirkungen in den einzelnen Partnerbereichen

a) Im politischen Bereich

In den Gesprächen mit Mitgliedern des Bundestages, Regierungsvertretern und Politikern wurde eine Reihe von politischen Maßnahmen angestoßen oder bestärkt, von denen wir als Beispiele folgende nennen:

- Bundestagsbeschluss 14.1.93 zu Ok Tedi (Bergbau und Umwelt)
- Beiträge mehrerer Abgeordneter in der Bundestagsdebatte am 22.9.1995 zur Lateinamerika-Politik
- Einladung an GKKE zur Anhörung Rüstungsexport 16.10.95
- Anfragen der Oppositionsfraktionen zur Hermes-Problematik
- Übernahme der GKKE-Anregungen in Gesetzentwurf der SPD zur Entwicklungspolitik
- Unterstützung der Armutsorientierung in der Entwicklungszusammenarbeit durch CDU/CSU-Fraktion
- Schuldenregelungen (Nicaragua, Einrichtung von Gegenwertfonds, multilaterale Schuldenstrategie)
- Übernahme von GKKE-Anregungen in Regierungsverhandlungen mit Guatemala
- Aufnahme von Arbeitskontakten Bonner Stellen zum Sudan-Forum in Nairobi
- Überprüfung der Brasilien-Programme des BMZ im Hinblick auf Förderung in der Region Carajás.

b) Im gesellschaftlichen Bereich

Hier ist es vor allem gelungen, Arbeitskontakte und Kooperationen zu begründen und zu verstärken, die jedoch der Weiterführung bedürfen, wenn sie als Allianzen der Solidarität weiterwirken sollen. Beispiele:

- Verbesserung der Zusammenarbeit Kirchen-Gewerkschaften durch Dialogprogramm
- Übernahme Brasilien-Themen in gewerkschaftliche Bildungsarbeit
- Aufbau und Verbesserung der Kontakte zu Wirtschaftsverbänden (BDI, DIHT, Bergbau-Verband, Aluminium-Zentrale)
- Intensivierung der Zusammenarbeit und Abstimmung mit mehreren NRO (BUND, Fian, KoBra, Kampagne Entwicklung braucht Entschuldung,
- Kampagne gegen den Rüstungsexport u.a.
- Intensivierung der Kontakte zur Pharma-Industrie und zur Firma Bayer (Pflanzenschutzmittel)
- Verbesserung der Arbeitskontakte und der Diskussionsebene NRO-Weltbank bis zur Führungsspitze: Vermittlung von Anstößen zur multilateralen Schuldenstrategie und Umweltpolitik der Weltbank

c) Im kirchlichen Bereich

Bei mehreren kirchlichen Verbänden, Gremien und Einrichtungen ist das Dialogprogramm sehr positiv aufgenommen worden und hat Unterstützung erfahren. Viele Impulse und Anregungen gingen von ihm aus. Beispiele:

- Überprüfung des Konzepts der AGKED - Fachstellen und Einrichtung neuer Stellen (Frieden, Weltwirtschaft, Exposure)
- Übernahme von Grundpositionen des Dialogprogramms in die politische Arbeit des Landeskomitees der Katholiken in Bayern
- Mitwirkung katholischer Frauenverbände bei den Tanzania-Dialogen
- Mitwirkung der Dachverbände der Evangelischen und Katholischen Jugend bei der Wahl-Kampagne "Ihre Stimme für die Dritte Welt" und Durchführung begleitender Vorhaben
- Gründung eines Arbeitskreises Korruption von Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer und Bund Katholischer Unternehmer durch Anstöße und Beratung des Dialogprogramms
- Übernahme von Anstößen und inhaltlichen Positionen in Synodalbeschlüsse einzelner Landeskirchen
- Veranstaltungen zu Themen und Erfahrungen des Dialogprogramms beim Katholikentag Dresden 1994 und beim Katholischen Kongress Hildesheim
- Treffpunkt Eine Welt mit Dialogrunden beim Katholikentag Dresden 1994 und beim Evangelischen Kirchentag Hamburg 1995
- Erstellung von Diskussionsbeiträgen zum ökumenischen Diskussionsprozess zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland durch eine Fachgruppe des Dialogprogramms

d) Bei den Partnern in den Südländern

Von den Partnern in Brasilien, Tanzania und Mittelamerika ist vor allem die Moderatorenfunktion des Dialogprogramms betont worden. Dadurch konnten die Partner

eigene Dialoge aufnehmen oder wurden dazu eingeladen. Die Partner in Tanzania haben die Vermittlung von know how gewünscht und begrüßt. Beispiele:

- Einladung des Forum Carajás zur Anhörung im Brasilianischen Parlament
- Gespräche des Forum Carajás mit Behörden, mit der Vereinigung der Eisenerzproduzenten und (nach früherer Ablehnung) jetzt auch mit der CVRD
- Ökologische Folgeabschätzungen von Projekten wurden den Gruppierungen des Forum Carajás zugänglich gemacht.
- Gespräche und Seminar der Tanzanian Ecumenical Dialogue Group (TEDG) mit NRO und mit der Weltbank
- Durchführung einer landesweiten Monitoring-Kampagne zur Wahl in Tanzania 1995 unter Inspiration der TEDG
- Kontakte der Bischöfe aus El Salvador und Guatemala zu Bundestag, Bundesregierung und politischen Stiftungen

3. Erfahrungen mit der Methode und den Instrumenten

a) Dialogbereitschaft und Dialogformen

Wir haben in allen Bereichen als kirchliche Dialogpartner eine hohe Dialogbereitschaft erfahren. Einzige Ausnahme blieb bisher die deutsche Stahlindustrie. Diese Dialogbereitschaft gründete sicherlich zunächst auf dem (doch noch) vorhandenen Ansehen und Ernstnehmen der Kirchen, das sowohl in der Glaubwürdigkeit des weltweiten kirchlichen Engagements wie auch in der Sozialethik des Evangeliums gründet. Diese Bereitschaft wurde aber intensiviert durch die Fachkompetenz, mit der die kirchlichen Teilnehmer des Dialogs auftraten. Die Gespräche waren für beide Seiten interessant und weiterführend. Die Form der Gespräche reichte von der Großveranstaltung bis zum Pausenwort mit einzelnen Abgeordneten im Bundestag. Sie wurde jeweils mit den Partnern vereinbart und richtete sich nach den Zielvorstellungen für den jeweiligen Dialog. Die methodische Vielfalt und die dafür notwendige Flexibilität verhinderten erstarrte Dialogformen. Gut bewährt hat sich die gemeinsame Trägerschaft von Veranstaltungen mit und bei anderen Institutionen und den Parteien. Dadurch, dass wir beispielsweise das Hearing zur Korruption im Hause des Deutschen Industrie - und Handelstages durchführen konnten, war auch signalisiert, dass es sich nicht um eine wirtschaftsfeindliche Initiative handelte.

b) Fachliche Zurüstung und Sachkompetenz

Es ist gelungen, in den vier Fachgruppen des Dialogprogramms eine hohe Sachkompetenz zusammenzuführen. Das Gespräch zwischen den Disziplinen und zwischen Wissenschaft und kirchlicher Praxis in den Fachgruppen wurde intensiv geführt und trug erheblich zur Vorbereitung der Dialoge mit den jeweiligen Partnergruppierungen bei. Die Gespräche im Dialogprogramm wurden weithin von den Mitgliedern der Fachgruppen bestritten. So ist es nicht zu viel gesagt, dass wir dieses Dialogprogramm (anders als das erste Dialogprogramm) ohne die Fachgruppen nicht hätten durchführen können. Die vom Dialogprogramm in Auftrag gegebenen Studien (Tanzania, Region Carajás, Aluminium, Hermes, Korruption) sowie die von Mitglie-

dem der Fachgruppen erstellten Arbeitspapiere (Rüstungsexport, Weltbank, Strukturanpassungsprogramme u.a.) dienten nicht nur der Vorbereitung der kirchlichen Dialogteilnehmer, sondern konnten zur Verdeutlichung der kirchlichen Positionen und Überlegungen bei den Partnern beitragen. Zum Brasilien-Dialog und zur Vorbereitung des Runden Tisches in Sao Luis 1995 haben die Partner im Forum Carajás eigene umfangreiche Studien vorgelegt, die wir leider aus Zeit- und Kostengründen nicht ins Deutsche übersetzen lassen konnten.

c) Partnerorientierung und Nord-Süd-Kooperation

Wie schon dargelegt, ist die durchgängige Partnerorientierung im Hinblick auf die Südpartner erst in der Internationalen Ökumenischen Konsultation 1992 vereinbart worden. Sie führte zu einem intensiven Nord-Süd-Dialog, der bei gegenseitigen Arbeitsbesuchen und Delegationsreisen wie auch in gemeinsamen Workshops stattfand. So waren bei mehreren Koordinierungstreffen des Forum Carajás für die beteiligten rund 80 Gruppierungen auch Vertreter des Dialogprogramms anwesend. Die konkreten Themen der Dialoge wurden gemeinsam abgesprochen und gemeinsam, aber arbeitsteilig vorbereitet. Diese intensiven Begegnungen vermittelten ein hohes Maß an Authentizität und führten zu einer Vertrauensgrundlage, die einen ehrlichen Dialog ermöglichte. Die Erfahrungen und Ergebnisse dieser Gespräche konnten von uns in den nationalen Dialog mit hiesigen Politikern und Experten eingebracht werden. Es hat sich gerade in den beiden letzten Jahren gezeigt, dass diese beiden Dialogstränge, also der Nord-Süd-Dialog und der hiesige Dialog zwischen Kirchen, Politik und Gesellschaft eng verknüpft sein müssen, wenn sie sich gegenseitig befruchten und weiterbringen sollen. Daher war wichtig, dass die Leitung und Bearbeitung beider Dialoge jeweils in einer Fachgruppe und von einem Referenten erfolgten.

d) Handlungsorientierung

Das Dialogprogramm war handlungsorientiert und hat daher in den meisten Dialogen auch Alternativen aufzeigen können, um die erörterten Missstände und Entwicklungshemmnisse angehen zu können. In den Dialogen wurden die Positionen mit klaren politischen Alternativen vertreten, beispielsweise zur multilateralen Schuldenproblematik, zur Orientierung der Hermes-Bürgschaften, zur Bekämpfung der Korruption. Für die Konfliktschlichtung und Friedenskonsolidierung haben sich eine Fülle von Vorschlägen und Handlungsmöglichkeiten ergeben. Hier müsste systematisch weitergearbeitet werden, wofür aber kaum Arbeitskapazitäten vorhanden sind. Schon die Auswertung dieser Vorschläge gemeinsam mit den Hilfswerken konnte nicht mehr geleistet werden. Es sollte in einer späteren Evaluierung festgestellt werden, inwieweit solche Vorschläge und Anregungen von den Dialogpartnern aufgegriffen und realisiert werden konnten.

Das Dialogprogramm hatte keine eigene Handlungskompetenz und nur eine sehr begrenzte Handlungskapazität im kirchlichen Bereich. Es konnte dementsprechend nur Anstöße geben und Alternativen sowie Notwendigkeiten aufzeigen. Das ist auch für die europäische Ebene (EECOD, Kohärenz, Rüstungsexport) geschehen, konnte

aber nicht ausreichend weiterverfolgt werden. Hier sind sicher weitere Überlegungen notwendig. Im Hinblick auf die Südpartner wurden ebenfalls Empfehlungen ausgesprochen und Handlungsalternativen aufgezeigt, deren Realisierung aber von den Partnern und ihren wachsenden Möglichkeiten abhängt, die weiterer Förderung bedürfen.

e) Exemplarisch und übertragbar?

Für den Themenbereich A waren Brasilien und Tanzania, für den Themenbereich C die Regionen Zentralamerika und Horn von Afrika als exemplarisch ausgewählt worden. Der Dialog mit den dortigen Partnern ist übertragbar, wenn eben Partner im jeweiligen Land vorhanden sind oder deren Gründung angeregt und gefördert werden kann. In Brasilien war es ein Glücksfall, auf das Forum Carajás zu treffen; deshalb sind auch die anderen zunächst vorgesehenen Themen gestrichen worden zugunsten dieser intensiven Kooperation. In Tanzania wollten die dortigen Kirchen eine gemeinsame Antwort auf die Anfragen und Dialogangebote der GKKE geben und gründeten die Tanzanian Ecumenical Dialogue Group (TEDG). Das geduldige Eingehen auf die Partner, zumal wenn sie so unterschiedlich zur GKKE sind wie das Forum Carajás, ist Voraussetzung für einen kontinuierlich aufzubauenden Dialog.

Auch im Bereich Konfliktschlichtung und Friedenskonsolidierung ist eine Übertragbarkeit auf andere Konfliktregionen gegeben, wie bei der internationalen Fachtagung am Beispiel Mosambik deutlich wurde. Aus der Dokumentation der Erfahrungen und Möglichkeiten müssten systematische Arbeitspapiere oder Handreichungen erstellt werden. Auch hier ist es entscheidend, ob kirchliche Träger und engagierte Personen vorhanden sind.

Die Formen des Dialogprogramms wurden vielfach von anderen Gruppierungen übernommen, etwa Diskussionsforen oder der Runde Tisch. Es scheint, dass derzeit das Modell des Studenttags bei qualifizierter Vorbereitung und Besetzung gute Chancen hat, im Bonner politischen Raum wirksam zu werden.

VI. Einschätzung des Dialogprogramms

Bei der Fachtagung „Nord-Süd-Politik zwischen Eigeninteresse und internationaler Solidarität“ im März 1996 hatten wir einige Dialogpartner aus Deutschland und den Südländern gebeten, ihre Erfahrungen und Einschätzungen zum Dialogprogramm mitzuteilen. Diese Beiträge sind in der Dokumentation (Materialien Heft D 15) enthalten. In vielen Einzelgesprächen und im Kreis der Fachgruppen wurden ebenfalls Erfahrungen mit dem Dialogprogramm erörtert. Zusammenfassend lässt sich daraus folgende Einschätzung gewinnen:

1. Das Dialogprogramm hat in Wahrnehmung der kirchlichen Mitverantwortung für die Nord-Süd-Beziehungen einen wirksamen Beitrag zur entwicklungspolitischen Diskussion und Meinungsbildung geleistet und dabei die kirchlichen Positionen und Zielvorstellungen für die Nord-Süd-Politik eingebracht.
2. Es wurde exemplarisch ein nicht-projektgebundener Nord-Süd-Dialog mit Partnern in Brasilien, Tanzania, Zentralamerika und dem Horn von Afrika geführt, der als Zielrichtung die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Entwicklung und die Stärkung der zivilen Gesellschaft hatte. Dieser Dialog hat die Partner in ihren eigenen Bemühungen gefördert und gestärkt.
3. Der Dialog hierzulande hat Denkanstöße an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vermittelt und Alternativen zum Handeln aufgezeigt. Er hat vor allem die Nord-Süd-Politik als Querschnittsaufgabe aufgezeigt. Die Zielvorstellung für einen entsprechenden Bundestagsbeschluss erwies sich als nicht erreichbar. Das Dialogprogramm ist zur Entwicklungspolitik für die stärkere Orientierung auf die Armen und ihre Beteiligung eingetreten.
4. Das Dialogprogramm hat zur Schaffung und Pflege eines vertrauensvollen Gesprächsklimas mit zentralen Dialogpartnern des Bonner Raumes gedient. Entsprechend wurde es auch als Relaisstation für kirchliche Lobbygruppen und deren Anliegen tätig, die in die Zielvorstellungen des Dialogprogramms fielen.
5. Im Dialogprogramm ist es gelungen, ein breites Aktionsbündnis im Sinne von Allianzen der Solidarität zu erreichen, das jedoch der Weiterführung und ständigen Aktualisierung bedarf.
6. Dem Dialogprogramm ist es nicht gelungen, in den neuen Bundesländern Interesse zu wecken oder eine Mitarbeit dort zu erschließen.
7. Die konkreten Auswirkungen des Dialogprogramms lassen sich in einer Reihe von Einzelmaßnahmen festmachen. Eine abschließende Bewertung setzt jedoch eine systematische Evaluierung voraus, die für diesen internen Bericht nicht vorgenommen werden konnte.
8. Das Dialogprogramm wurde von den kirchlichen Hilfswerken und Entwicklungsfachgremien sowie von mehreren anderen kirchlichen Verbänden, Gruppierungen

und Einrichtungen sehr unterstützt. Die Rückwirkung in diesen Einrichtungen und Gruppierungen hätten wir uns wesentlich stärker gewünscht.

9. In der breiten Öffentlichkeit ist das Dialogprogramm kaum erfahrbar geworden. Dies ist zum Teil auf die relativ geringe Öffentlichkeitsarbeit zurückzuführen, obwohl wir gute Kontakte zur Fachpresse hatten.

VII. Perspektiven für die Arbeit der GKKE

1. Die generellen Probleme der Nord-Süd-Politik, die das Dialogprogramm aufgegriffen hat, sind langfristige Probleme, deren Minderung oder Lösung nicht in wenigen Jahren zu erreichen ist. Ein auf vier Jahre befristetes Programm konnte lediglich Anstöße geben, Überdenken und Initiativen anregen, Einzelkorrekturen erreichen. Die Gesamtproblematik steht weiterhin in der Aufgabenverantwortung der GKKE.
2. Das Dialogprogramm hat sich im Rahmen der Wahrnehmung der Anwaltsfunktion für die Menschen in den Ländern des Südens (Lobby-Arbeit) einen festen Platz zwischen der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit einerseits und den unterschiedlichen Kampagnen andererseits gesichert. Es konnte auf der bewährten Tradition des früheren Dialogprogramms und der GKKE-Dialogreihen aufbauen. Diesen Platz sollte die GKKE in Wahrnehmung ihres Auftrages auch weiterhin behaupten und gestalten.
3. Das Dialogprogramm stand in Ergänzung und Ausweitung zur Aufgabenstellung und Tätigkeit der kirchlichen Hilfswerke. Von daher war für beide Seiten eine enge Kooperation geboten, die trotz mancher Schwierigkeiten auch von beiden Seiten durchgehalten wurde. Auch die GKKE kann ihre Aufgabe nur in Kooperation mit den Werken wahrnehmen. Beide stehen im gleichen Dienst, in dem sie sich gegenseitig ergänzen und unterstützen. Die GKKE sollte diese bewährte Zusammenarbeit tatkräftig fortführen.
4. Das Dialogprogramm wurde in ökumenischer Verantwortung durchgeführt. Diese Zusammenarbeit von Personen, Gremien und Einrichtungen beider Kirchen stärkt die Glaubwürdigkeit des kirchlichen Engagements. Das ist ein „Schatz“, wie oft gesagt wurde, der zu pflegen ist. Die GKKE hat nur in einer vertrauensvollen ökumenischen Zusammenarbeit ihre Existenzberechtigung.
5. In der Beurteilung des Dialogprogramms bei der Fachtagung im März 1996 herrschte eine allgemeine Übereinstimmung: Ein Dialog(programm) ist nötiger denn je. Die Stärkung und Erweiterung der GKKE-Arbeit wäre die gebotene Konsequenz.
6. Daher ist die von den Vorständen der beiden Träger der GKKE beschlossene Weiterführung einzelner Dialogvorhaben zu begrüßen, wenn auch dadurch ein kompaktes Programm mit einer eigenen Geschäftsstelle nicht ersetzt werden kann. Notwendig für die Weiterführung dieser Dialog-Vorhaben sind die Sicherung einer entsprechenden Fachkapazität (Fachgruppen), eine kontinuierliche Weiterführung und eine Kapazität für die jeweilige Sachbearbeitung (Sekretariat).
7. Es ist zu begrüßen, dass die Träger der GKKE und die Hilfswerke einzelne Dialogvorhaben in der Durchführung übernehmen. Die politische Verantwortung für diese Vorhaben sollte jedoch eindeutig bei der GKKE liegen - sowohl im Hinblick auf die Partner wie in Weiterführung des bisherigen Dialogprogramms. Die Wahrnehmung dieser Verantwortung durch den Arbeitsausschuss der GKKE wird erleichtert, wenn die Vorsitzenden der Fachgruppen und ein Vertreter der jeweils durchführenden Stelle im Arbeitsausschuss mitwirken können.

VIII. Arbeitsvorhaben der GKKE nach dem Ende des Dialogprogramms

Der Abschluss des Dialogprogramms bedeutet nicht das Ende aller Arbeitsvorhaben, die während der Zeit des Dialogprogramms begonnen wurden. Die Erfahrungen des Dialogprogramms haben auch den Anstoß zu neuen Aktivitäten unter dem Dach der GKKE gegeben. Der Arbeitsausschuss der GKKE hat in seiner Sitzung am 3.12.1996 die Ergebnisse des Dialogprogramms beraten und ein Arbeitsprogramm für die Jahre 1997-1999 beschlossen.

A) Neue Vorhaben

1. Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe
2. Entwicklungspolitische Kooperation der Religionen

B) Fortführung von Vorhaben des Dialogprogramms

3. Dialog Brasilien
4. Dialog Tansania
5. Dialog Zentralamerika
6. Dialog Rüstungsexportpolitik

C) Fortführung von Dialogen mit der Industrie

7. Dialog Pharmaindustrie
8. Dialog Bayer AG

Im Folgenden werden die Arbeitsvorhaben im Einzelnen vorgestellt. Mit der Durchführung ist jeweils eine Fachgruppe betraut, deren Mitglieder und Vorsitzende vom Arbeitsausschuss der GKKE ernannt sind. Das Sekretariat der Fachgruppen liegt jeweils bei einer der Geschäftsstellen der GKKE oder bei einem der kirchlichen Werke.

A) Neue Vorhaben

1. Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe

a) Zum Thema „Kohärenz“

In den letzten Jahren hat sich durch zahlreiche Untersuchungen, Tagungen und politische Diskussionen immer deutlicher die Erkenntnis festgesetzt, dass die großen Herausforderungen der Nord-Süd-Politik und der Entwicklungszusammenarbeit nur durch eine kohärente Politikgestaltung zu leisten sind. Die Forderung nach Kohärenz, nach globaler Strukturpolitik, nach Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe und wie immer die Bezeichnungen lauten mögen, gilt inzwischen als ein politischer Konsens.

In der „Agenda 21“ der UNCED-Konferenz in Rio haben sich die Staaten zu konkreten Schritten einer Umkehr in Richtung auf zukunftsfähiges Leben und Wirtschaften verpflichtet. Der Vertrag von Maastricht enthält in Artikel 130 v ein Kohärenzgebot, wonach die Europäische Gemeinschaft in allen Politikbereichen folgende Ziele zu berücksichtigen hat:

- die nachhaltige, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer, insbesondere der am meisten benachteiligten,
- die harmonische, schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft,
- die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern.

Die Vorstellung von der Entwicklungspolitik als einer Querschnittsaufgabe hat mit diesen Festlegungen eine rechtlich verbindliche Grundlage erhalten, auf die in der Politikgestaltung Bezug genommen werden kann. Diese Vereinbarungen sind ein Hebel, um den Stellenwert der Nord-Süd-Politik zu erhöhen und die Rücksicht auf die Belange der Benachteiligten in den Ländern des Südens in die politische Diskussion und Entscheidungsfindung besser einzubringen. Damit sollte auch die Chance bestehen, diese Nord-Süd-Politik über den begrenzten Bereich der Entwicklungspolitik hinaus zum Gegenstand politischer Aussprache und Entscheidung in Bereichen zu machen, die bisher nur von der kleinen (und politisch oft unbedeutenden) Entwicklungspolitikergemeinde bestimmt werden.

Dialogbedarf lässt sich angesichts der bestehenden Konfliktfelder und mangelnder politischer Kohärenz, vor allem in der Agrar-, Handels-, Umwelt-, Wirtschafts-, Finanz-, Einwanderungs-, Außen- und Sicherheitspolitik nachweisen. In jedem Politikbereich lassen sich kurz- und langfristig Inkonsistenzen feststellen. Während alle politischen Parteien die Querschnittsaufgabe bejahen, gibt es kein System der kohärenzfördernden Abgleichung und so gut wie keine institutionellen Voraussetzungen dafür. Bis auf wenige Versuche liegen keine genauen Vorstellungen darüber vor, was das Gebot der Kohärenz konkret für die deutsche Entwicklungspolitik bedeuten soll.

Der aktuelle Anlass, das Thema Kohärenz dezidiert und als zentrales Aufgabenfeld innerhalb der GKKE zu bearbeiten, resultiert aus den Erfahrungen des soeben abgeschlossenen Dialogprogramms. Dieses war ursprünglich unter dem Vorsatz angetreten, Kohärenz innerhalb der deutschen Entwicklungspolitik voranzubringen. Im Verlauf des Dialogprogramms hat sich eine gewisse Spezialisierung auf bestimmte Fachthemen eingestellt, so dass vor allem bei der Auswertungstagung in Königswinter aus den Fachgruppen der Ruf nach einem neuerlichen Aufgreifen des Querschnittsgedankens laut wurde. Die Forderung nach einer kohärenten Entwicklungspolitik ist das große Erbe des Dialogprogramms an die GKKE.

b) Arbeitsvorhaben

Um differenziert herauszuarbeiten, was Kohärenz für die verschiedene Politikbereiche bedeutet und welche konkreten Handlungsfelder sich daraus ergeben, sollen deswegen folgende Arbeitsvorhaben ins Auge gefasst werden und realisiert werden:

1. *Einrichtung einer Fachgruppe*
2. *Erstellung einer Studie mit folgenden Schwerpunkten:*
 - Sichtung und Auswertung der wichtigsten Texte und Initiativen zum Thema Kohärenz (Vorarbeit in den Publikationen des Dialogprogramms D 4 und D 7; Text der Memorandumgruppe; Studie von Dr. Kürzinger, DIE, u.a.), Integration der Ergebnisse des Dialogprogramms zum Thema „Kohärenz“.
 - Durchsicht aller für die Entwicklungspolitik relevanten Politikfelder in allen Bundesministerien und parlamentarischen Gremien, Beschreibung und Definition, wo im Sinne einer kohärenten Entwicklungspolitik Handlungsbedarf besteht a) im Bereich des Politikdialogs, b) im Bereich der finanziellen Konsequenzen für EZ;
 - Erstellung und Diskussion einer Prioritätenliste, wo neue Dialogfelder für die Entwicklungspolitik entstehen müssen (Definition von blinden Flecken der entwicklungspolitischen Diskussion), welche Bundesministerien sind mit welchen Sachthemen prioritär zu behandeln sind; welche parlamentarischen Schritte sind notwendig?
 - Untersuchung der aktuellen BMZ-Politik: wo werden bereits jetzt mögliche Handlungsfelder einer kohärenten Entwicklungspolitik versäumt, welche rechtlichen Grundlagen sind bereits gegeben und welche neuen Zuständigkeiten müssen zugeteilt werden, welche Instrumente sind dafür erforderlich.
 - Vorschlag und Ausarbeitung eines Bundestagsbeschlusses zum Thema
3. *Veröffentlichung der Studie in einer Publikation*
4. *Vorstellung der Ergebnisse und Diskussion des Follow-up in einer Fachtagung*
5. *Anregung und Begleitung eines Bundestagsbeschlusses zum Thema*

2. Entwicklungspolitische Kooperation der Religionen

Jüngste Erfahrungen der Arbeit in der Weltkonferenz der Religionen für Frieden (WCRP) betonen die Notwendigkeit des interreligiösen Dialogs und von vertrauensbildenden Maßnahmen; auch eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit der Religionen (KSZR) wird empfohlen. Die GKKE nimmt diese Anregung auf, will aber - gemäß ihrer Zuständigkeit - das Thema auf den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) begrenzen. Konkreter Handlungsbedarf besteht hier in erster Linie im Dialog zwischen Akteuren und Trägern der EZ der Kirchen und islamischer Institutionen.

a) Bestehende Aktivitäten

Das Engagement der GKKE soll in bestehende Aktivitäten eingebunden sein. Hier sind v. a. zu nennen:

- Auf internationaler Ebene haben durch WCRP-Vermittlung aus Anlass des Weltsozialgipfels in Kopenhagen 1995 erste Gespräche zwischen Vertretern christlicher und muslimischer Werke der EZ stattgefunden, an denen von deutscher Seite OKR Conring und Dr. Kulesa teilgenommen haben. Dabei wurde die Gründung eines "International Muslim-Christian Committee for Development and Relief" vereinbart.
- Justitia et Pax hat im März 1996 eine Fachtagung durchgeführt, die sich unter dem Stichwort "Miteinander leben" u.a. auch mit Fragen christlich-muslimischer Kooperation in der EZ befasst hat. (siehe den Band ARB 77 „Miteinander Leben“, hrsg von Justitia et Pax, insbesondere den Beitrag von Rita Breuer, „Perspektiven, Grenzen und Chancen christlich-muslimischer Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit, S. 97-105).
- In beiden Kirchen befassen sich kompetente Fachstellen und Arbeitsgruppen mit Fragen muslimisch-christlicher Zusammenarbeit und dem Status islamischer Gemeinschaften.
- Von Seiten der EKD ist in Bad Boll (10.-12. November 1997) ein Fachkolloquium über Kooperation zwischen Christen und Muslimen bei EZ-Projekten und -programmen geplant.
- Das BMZ weist in diesem Zusammenhang auf das Fachkolloquium "EZ mit islamischen und islamisch geprägten Partnerländern" (Bonn, 16.01.96) hin, dem nunmehr eine internationale DSE-Forumstagung (02.-04.06.1997 in Berlin) mit dem Titel "Wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung: Entwicklungspolitischer Dialog mit islamischen Partnern im Mittelmeerraum" folgen soll.
- Im weiteren Verfolg der in Bad Boll zu diskutierenden Themen könnte ein Dialog mit muslimischen Gruppierungen in Deutschland (und Europa?) angestrebt werden, die Hilfswerke oder Hilfsaktionen im Sinne der EZ betreiben oder anstreben. Möglicherweise ist hier schon bei uns im Lande eine Spender-Zusammenarbeit denkbar.

b) Angezielte Arbeitsvorhaben der GKKE

- Die GKKE sollte auf den oben genannten Veranstaltungen kompetent vertreten sein und gegebenenfalls auf Vorschläge für ein Arbeitsvorhabens kooperativ reagieren.
- Angesichts der bestehenden Initiativen und Kontakte und der begrenzten Arbeitskapazität sollte innerhalb der GKKE die Notwendigkeit und Durchführbarkeit eines Projekts weiterhin geprüft werden. Hierzu wird die Geschäftsführung auf der nächsten Sitzung des Arbeitsausschusses berichten.
- Wenn ein solches Vorhaben sich als notwendig und durchführbar erweist, sollte zur Konkretisierung, Beratung und Begleitung des Vorhabens eine kleine Fachgruppe berufen werden, der Fachleute aus den Kirchen, kirchlichen Werken und der Wissenschaft angehören sollten.
- Für das Jahr 1998 könnte dann eine muslimisch-christliche Dialogveranstaltung auf der Basis der Gespräche in Bad Boll (siehe oben) geplant werden. Dort sollte vor allem eine mögliche Zusammenarbeit zwischen den in Deutschland ansässigen Gruppierungen und Werken besprochen werden.
- Mit WCRP und den an dem Muslim-Christian Committee beteiligten deutschen Werken könnten inzwischen Gespräche geführt werden, um festzustellen, ob hier ein weiterer Dialogbedarf und eine Rolle für die Einschaltung von GKKE gesehen werden. Dazu könnten auch bilaterale (z.B. mit der Aga Khan Foundation) oder europäische (z.B. mit APRODEV) Gesprächsebenen in Frage kommen.
- Zur inhaltlichen Fundierung eines solchen Dialogs könnte zu gegebener Zeit eine Studie zum Thema "islamisches und christliches Verständnis von internationaler Hilfe" in Auftrag gegeben werden.
- Zu einem späteren Zeitpunkt könnten die Fragen eines Dialogs mit Werken anderer Religionen (z.B. Hinduismus, Buddhismus) und der Durchführung einer internationalen Konferenz geprüft werden.

B) Fortführung von Vorhaben des Dialogprogramms

3. Dialog Brasilien

a) Kontinuität und Neuanfang

Seit 1992 arbeitet das Dialogprogramm der GKKE im Rahmen des Themenschwerpunktes "Armenorientierung der Entwicklungszusammenarbeit" zu Brasilien. Die Bemühungen konzentrieren sich auf den Nord-Osten des Landes, auf die Region, in der das ursprünglich geplante "Programa Grande Carajás" realisiert werden sollte. Zusammen mit der brasilianischen Referenzorganisation "Forum Carajás" setzte sich das Dialogprogramm der GKKE mit den Fragen auseinander, wie eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung der Region aussehen könnte und welche konkreten Schritte auf dem Weg dahin unternommen werden müssen. Von entscheidender Bedeutung bei der bisherigen Arbeit waren:

- die Klärung der international (Deutschland, EU) und der national (innerhalb Brasiliens) anfallenden Verantwortungsbereiche für die momentanen gravierenden Fehlentwicklungen in dem Gebiet,
- die Aufschlüsselung der verschiedenen internen wie externen Interessen, die auf die Region einwirken,
- die Identifikation Einfluss ausübender Akteure aus den Bereichen Wirtschaft, Staat und Gesellschaft,
- die Frage nach Einflussmöglichkeiten in Deutschland und in Brasilien
- und der Versuch, sowohl im Norden als auch im Süden möglichst breit angelegte Allianzen zu finden und zu bilden, die eine nachhaltige Entwicklung in der Region begünstigen könnten.

Die intensive Zusammenarbeit zwischen dem Dialogprogramm der GKKE und dem Forum Carajás ist seit 1992 ein entscheidendes Merkmal der Arbeit. Die enge Kooperation basiert auf der Relevanz einer gut organisierten Zivilgesellschaft auf der brasilianischen Seite und auf dem Effizienz- und Legitimationsgewinn durch gemeinsames Vorgehen im Norden und im Süden.

b) Zielsetzungen für die Jahre 1996 - 1999

- Weiterführung und Vertiefung bestehender Kontakte, um entwicklungspolitische Kriterien in Entscheidungen und Handeln von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stärker zu implementieren und kohärentes Handeln zu erreichen (Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe am Beispiel Brasilien)
- Unterstützung entwicklungsfördernder, armenorientierter und partizipationsbegünstigender Rahmenbedingungen
- Stärkung der brasilianischen Partnerorganisation 'Forum Carajás' als gesellschaftspolitisch relevante Interessensvertretung und Unterstützung des Bemühens der Partner um Demokratisierung, Partizipation und eine nachhaltige Entwicklung der Region.
- Verstärkung öffentlichen Interesses und kirchlicher entwicklungspolitischer Aktivitäten durch Publizistik und Lobbyarbeit

c) Themenspezifische Schwerpunkte

Aluminium

Dialoge/Fachgespräche/Fachtagungen zum Thema Aluminium. Nach Abstimmung mit Forum Carajás und ersten Gesprächen mit der Aluminium-Zentrale wird ein kleiner "Runder Tisch" zu Aluminium in Brasilien (und ev. in Deutschland) weiterverfolgt. Die Fachgruppe hat in ihrer Sitzung vom 15.11.1996 die Empfehlung ausgesprochen, den bisher eigenständigen Dialogstrang „Aluminiumindustrie“ in die Arbeit der Fachgruppe Brasilien zu integrieren.

Stahl

- Aktivitäten zum Thema Stahl (Gespräche mit IG Metall, Arbeitnehmervertretung in den Aufsichtsräten der Stahlfirmen und mit der CVRD-Zentrale in Brüssel)
- Weiterführung bzw Ausbau der Kooperation Kirchen-DGB u.a. mit Beteiligung an der Stahlkonferenz im März 1997 in Brasilien

Soja und Zellulose

Weiterführung von Recherchen, um mögliche Dialogpartner zu identifizieren und in Abstimmung mit Forum Carajás über Aktivitäten des Dialogprogrammes zu entscheiden

Holz

Vernetzung Forum Carajás mit deutschen Nichtregierungsorganisationen, die bereits zum Thema arbeiten.

Aufgrund der zeitlichen, personellen und finanziellen Beschränkungen des Projektes ist nicht die Umsetzung aller Bereiche gewährleistet; im Laufe der weiteren Abstimmungsprozesse sollen Prioritäten gesetzt werden. Die Umsetzung hängt auch davon ab, inwieweit Mitglieder der Fachgruppe bestimmte Aufgaben übernehmen können.

d) Akteure und Arbeitsschritte zur Zielerreichung

Politik / Wirtschaft

- Intensivierung der Kontakte zu Ministerien (BMZE, AA, Wirtschaft) und zu parlamentarischen Arbeitsgruppen/-ausschüssen (z.B. Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Wirtschaftsausschuss, etc.)
- Information von deutschen Politikern vor Reisen nach Brasilien, regelmäßige Gespräche mit Abgeordneten
- Pflege des Kontaktes mit der brasilianischen Botschaft in Bonn
- Erschließung bislang noch nicht erreichter relevanter Entscheidungsträger (Verbraucherverbände, Stahlindustrie, Wirtschaftsausschuss, Handelskammern etc.) unter den oben genannten Prämissen

Wissenschaft

Weiterführung bzw Ausbau der Kooperation Kirchen-Wissenschaft (Universitäten Berlin, Tübingen, Heidelberg)

Teilnahme am Runden Tisch

Ein bis zwei Treffen pro Jahr mit der Gruppe der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Runden Tisch (Mai 1995) zum gegenseitigen Austausch und zur Verabredung gemeinsamer Aktionen

Brasilianische Partnerorganisation 'Forum Carajás'

- Laufende Abstimmung der Zusammenarbeit und der thematischen Schwerpunkte mit Forum Carajás, entwickeln von gemeinsamen Strategien
- Unterstützung der Dialoge mit brasilianischen politischen Entscheidungsträgern und Firmen
- Bei Reisen von Forum Carajás-Partnern in die Bundesrepublik: Organisation von Terminen mit Politikern, Wirtschafts- und Pressevertretern sowie Nichtregierungsorganisationen in der Bundesrepublik
- Gespräche mit brasilianischen Politikern, die nach Deutschland kommen

Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

Information der Presse, der Öffentlichkeit (einschließlich der kirchlichen) nach Möglichkeit und Bedarf (Ansprache von Journalisten, Fachorganen)

e) Koordination der Inlandsarbeit

Die wesentlichen Akteure/Träger der Arbeit sind:

Die kirchlichen Werke Misereor und Brot für die Welt / KED als Finanzgeber und Projektpartner von Forum Carajás, die Fachgruppe der GKKE als Konsultativgremium und die bei Justitia et Pax angesiedelte Stelle zur Koordination der Inlandsarbeit und der inhaltlichen Zusammenarbeit mit Forum Carajás in Brasilien. Die Fachgruppe versteht sich als ein Koordinationsgremium und wird sich durchschnittlich zu drei Sitzungen im Jahr treffen.

4. Dialog Tanzania

Die Weiterführung des Dialogs Tanzania orientiert sich an den Erfahrungen während der Zeit des Dialogprogramms und an den Empfehlungen, die auf der Auswertungs-tagung „Nord-Süd-Politik zwischen Eigeninteresse und internationaler Solidarität“ im März 1996 gegeben wurden (vgl. GKKE-Publikation D 15, S. 77).

Es zeichnen sich folgende Schwerpunkte der Arbeit ab:

- * Unterstützung der tanzanischen Referenzgruppe „Tanzania Ecumenical Dialogue Group“ (TEDG) bei der Bearbeitung sozialer, politischer und ökonomischer Fragestellungen. Dabei wird die TEDG als Instrument betrachtet, die sozialpolitische Kompetenz der Kirchen, für die die TEDG eine „think tank“ sein soll, zu qualifizieren.
- * Mobilisierung gesellschaftlicher und politischer Kräfte in Deutschland / im Norden zur Unterstützung der positiven Ansätze des politischen und wirtschaftlichen Wandlungsprozesses in Tansania und zur Stärkung der zivilen Gesellschaft im Kontext einer umfassenden Bekämpfung der Armut
- * Verstärkung des öffentlichen Interesses an Tanzania, das als typisches schwarzafrikanisches „Entwicklungsland“ angesehen werden kann

Für die Begleitung und Beratung des Tanzania-Dialogprogramms soll weiterhin eine Fachgruppe berufen werden, deren Vorsitz wiederum Herr Prof. Grohs übernommen hat. Das Sekretariat wird bei einer Projektstelle in der EZE liegen.

5. Dialog Zentralamerika - Schwerpunkt Guatemala

Der Dialog Zentralamerika ist eine Folgemaßnahme des Dialogprogramms. Er dient der Begleitung eines auf drei Jahre angelegten Projekts ökumenischer Kooperation „Aktionsplan der Kirchen für den Frieden“ in der Trägerschaft des Lateinamerikanischen Kirchenrates (CLAI) mit einem regionalen Schwerpunkt in Mittelamerika, speziell Guatemala. Dazu ist die bisherige Mitarbeiterin, Frau Gudrun Molkentin, seit dem 1. Oktober 1996 zur Mitarbeit im „Aktionsplan der Kirchen für den Frieden“ von Dienste in Übersee zum CLAI vermittelt worden.

Für die Begleitung dieser Arbeit in Mittelamerika ist eine Fachgruppe eingesetzt worden, der folgende Aufgaben zugedacht sind:

- Fachliche Begleitung und Beratung des CLAI-Projekts „Aktionsplan der Kirchen für den Frieden“ mit dem Schwerpunkt Guatemala
- Fortführung und Pflege des Informationsnetzes, wie z.B. gegenseitiger Austausch von Projektunterlagen der Werke oder von Reisevorhaben
- Vorbereitung von Politikdialogen in Deutschland
- Fragen der Finanzierung von weiteren Friedensförderungs- und Konfliktschlichtungsprojekten
- Besucherdienst Deutschland/Guatemala
- Diskussion und Follow up der „Lageberichte“ von Frau Molkentin

Das Sekretariat der Fachgruppe liegt bei dem Evangelischen Missionswerk. Den Vorsitz hat Herr Ekkehard Zipser übernommen.

6. Dialog Rüstungsexportpolitik

Die Vorstände Justitia et Pax und AG KED haben beschlossen, die deutsche Rüstungsexportpolitik auch nach Ende der Dialogprogramms von einer Fachgruppe kritisch begleiten zu lassen. Für die Arbeit der neu eingerichteten Fachgruppe „Rüstungsexportpolitik“ sind folgende Planungen maßgebend:

a) Handlungsfelder und Aufgaben der Fachgruppe

Für die Fachgruppe wurden folgende Handlungsfelder definiert:

- Kenntlichmachung der Diskrepanz zwischen Politik und Realität, d.h. zwischen restriktiven gesetzlichen Maßnahmen und einer weichen Exportpraxis in der Bundesrepublik;
- Eingehen auf bestimmte Einzelfälle (Türkei, Indonesien, Eurofighter, Minen);
- Beachtung der internationalen Ebene, vor allem EU-Ebene.

Daraus lassen sich drei Aufgabenbereiche der Fachgruppe eingrenzen:

- Beratung kirchlicher Gruppen bzw. Amtsträger, Hilfeleistung bei der Erstellung von Stellungnahmen;
- Dialog mit Vertretern von Ministerien;
- Erstellung eines jährlichen Rüstungsexportberichtes

b) Arbeitsweise

Die Fachgruppe „Rüstungsexport“ soll einen jährlichen Bericht zur Lage der Rüstungsexporte in der Bundesrepublik Deutschland erstellen. Dieser Bericht soll „ritualartig“ (analog zum Bericht zur Entwicklungspolitik der Deutschen Welthungerhilfe und Terre des Hommes) jedes Jahr in der Adventszeit veröffentlicht werden und im Inhalt mit den Friedensgutachten der Institute abgestimmt sein. Die Vorstellung dieses Berichtes soll anlässlich einer Pressekonferenz in Bonn geschehen. Der Bericht soll von Mitgliedern der Fachgruppe und/oder über Honorarauftrag von Fachleuten erstellt werden. Er soll den Umfang von 30 Seiten nicht übersteigen (2 Seiten Zusammenfassung, 4 Seiten Schwerpunktthema, 20 Seiten ausführliche Erläuterungen). Bei der Diskussion des ersten Entwurfes jeweils im September sollen Partner aus Ministerien und anderen Organisationen eingebunden werden.

In einem ersten Arbeitsschritt sollen die neueren kirchlichen Stellungnahmen aus der katholischen und evangelischen Kirche zum Thema Rüstungsexport gesichtet und zusammengestellt werden. Es soll zudem überprüft werden, ob eine gemeinsame Stellungnahme der Vorsitzenden des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz in Sachen Rüstungsexport erreicht werden kann.

C) Fortführung von Dialogen mit der Industrie

7. Dialog Pharmaindustrie

a) Ausgangslage

Die Gespräche der GKKE mit dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) in den Jahren 1989 bis 1991 führten zu einem gemeinsamen Positionspapier „Arzneimittelversorgung in der Dritten Welt“, das nach Verabschiedung in den Gremien von GKKE und BPI im Februar 1992 auf einer gemeinsamen Pressekonferenz veröffentlicht wurde. Darin wird zur Weiterführung des Dialogs die Bildung eines Arbeitskreises Kirchen/Pharma-Industrie vorgeschlagen, der „den Arzneimittelmarkt beobachten, positive und negative Entwicklungen registrieren und Lösungen für festgestellte Probleme empfehlen“ soll.

Die Gründung dieser Arbeitsgruppe erfolgte erst Anfang 1993. Von Seiten der GKKE wurden für die Gruppe Dr. Reinwart Bastian (DIFÄM) und Msgr. Jakob Aigner (Justitia et Pax) benannt, der auch die Leitung der Arbeitsgruppe übernahm. Die Arbeitsgruppe konnte jedoch nur zwei Sitzungen durchführen, da sich im Herbst 1993 die Umgestaltung des BPI andeutete, aus dem dann die führenden Arzneimittelhersteller (die auch über 90% des Exports in die Entwicklungsländer bestreiten) austraten. Diese gründeten im Frühsommer 1994 den „Verband forschender Arzneimittelhersteller“ (VFA).

b) Neubeginn mit dem VFA

Da die GKKE entsprechend einem Votum der Vorstände AGKED/JP an einer Fortführung des Dialogs mit der Pharma-Industrie interessiert war, nahm Msgr. Aigner mit dem VFA Kontakt auf, den H. Neyer weiterführte. Es kam am 24.8.1994 zu einem Kontaktgespräch, zu dem der Hauptgeschäftsführer des VFA, Professor Dr. Frank E. Münnich, eingeladen hatte. Er erklärte in der Sitzung auf das dargelegte Interesse der GKKE, dass auch der Vorstand des VFA der Fortsetzung des Dialogs Kirchen/Pharma-Industrie große Bedeutung beimesse. Das 1992 von der GKKE und dem damaligen BPI verabschiedete Positionspapier werde vollinhaltlich getragen und als Grundlage für die weitere Arbeit der Arbeitsgruppe akzeptiert. Das Papier sei auf Seiten der Pharma-Industrie vom BPI verabschiedet worden, der seinerzeit im Wesentlichen von den heutigen VFA-Mitgliedern getragen worden sei. Zudem hätten Vertreter aus heutigen VFA-Mitgliedsunternehmen entscheidend zum Entstehen des Positionspapiers beigetragen.

Der VFA beauftragte für die Weiterführung des Dialogs in der Arbeitsgruppe:

- Dr. Rolf Kramer, ASTA Medica, Vorstandsmitglied VFA
- Dr. Gabriele Küsters, Hoechst AG, Frankfurt
- Manfred Pörschmann, VFA, Regionsleiter Afrika /Amerika
- Dr. Ulrich Vorderwülbecke, Geschäftsführer VFA

Die GKKE wird durch folgende Personen vertreten:

- Dr. Reinwart Bastian, Deutsches Institut für ärztliche Mission, Tübingen
- Prof. Dr. Klaus Fleischer, Missionsärztliches Institut/Missionsärztliche Klinik, Würzburg
- Harry Neyer, GKKE, Kath. Geschäftsstelle, Bonn
- Doris Peschke, Amt für Mission und Ökumene, Evangelische Kirche in Hessen und Nassau

Als Experten sind in die Arbeitsgruppe gebeten worden:

- Dr. Christopher Knauth, Institut für Tropenhygiene und öffentliches Gesundheitswesen der Universität Heidelberg
- Dr. Päivi Köhler, Missionsärztliche Klinik, Würzburg (ständiger Gast)
-

c) Bisher erörterte Themen und Probleme

- Auswertung der Umfrage „The Supply of Pharmaceuticals in the Third World“ (übernommen vom früheren Arbeitskreis) und weiteres Vorgehen
- Auswertung der Auftragsstudie „Medicine Purchase Behaviour/A Study in Two Socio-Cultural Regions of India“ (übernommen vom früheren Arbeitskreis) und weiteres Vorgehen
- Erörterung der OTA-Studie „Drug Labelling in Developing Countries“
- Erörterung der BUKO-Studie „Zweite Wahl für die Dritte Welt“ und weiteres Vorgehen
- Überlegungen zur Aus- und Weiterbildung von Fachpersonal zum rationalen Umgang mit Arzneimitteln in Ländern der Dritten Welt - Welche Hilfen können die Arzneimittelhersteller leisten?
- Möglichkeiten und Probleme der kirchlichen Organisationen bei der
- Arzneimittelversorgung der Bevölkerung in den Ländern der Dritten Welt
- Bericht über das AGEH-Seminar „Drug Supply“ November 1994 in Kampala/Uganda und Folgerungen für die Arbeitsgruppe
- Erörterung der Probleme in der Medikamentenversorgung in Kamerun (Auswirkungen der CFA-Abwertung) und mögliche Intervention eines VFA-Mitglieds
- Vorschlag für eine Untersuchung zu den Produktinformationen entsprechend dem IFPMA-Kodex in ausgewählten Ländern
- Projekt des German Pharma Health Fund (GPHF) „Schnelltests zur Qualitätskontrolle von Arzneimitteln“

d) Geplante Vorhaben

- Schnelltests zur Qualitätskontrolle von essentiellen Arzneimitteln. Zu dem vom GPHF entwickelten Verfahren soll in einem Projekt ein Testkit erarbeitet werden. Er soll die mit dem Medikamenteneinkauf beauftragten Fachkräfte in den Ländern des Südens in die Lage versetzen, die Qualität einzukaufender essentieller Medikamente zu prüfen, um damit primär eine qualitative Versorgung der Endverbraucherstellen sicherzustellen und minderwertige Produkte oder

Falschprodukte auszuschalten. Kirchliche Fachstellen in Ghana, Kamerun und Tanzania haben das Vorhaben begrüßt. Der GPHF hat für 18 Monate einen Industrieapotheker angestellt und finanziert, der in Zusammenarbeit mit dem Missionsärztlichen Institut den Testkid für zunächst 20 Arzneimittel nach der WHO-Liste erstellt. Prof. Fleischer ist seitens der Arbeitsgruppe federführend.

- Vergleich von Produktinformationen. In einer vergleichenden Untersuchung sollen die Produkt-Informationen von in Entwicklungsländern vertriebenen deutschen Medikamenten hinsichtlich der Einhaltung des IFPMA-Kodex überprüft werden. 10 deutsche Pharma-Unternehmen (u.a. Asta, Bayer, Boehringer Ingelheim, Grünenthal, Hoechst, Schering) haben ihre Unterlagen für die Test-Länder Brasilien, Kenia, Thailand (und zum Vergleich: Deutschland) zur Verfügung gestellt. Dr. Hirt, Apotheker mit Dritte Welt-Erfahrung, hat die Aufgabe übernommen. Die Kosten von 7.000 DM teilen sich VFA und GKKE je zur Hälfte. Die Ergebnisse sollen im März 1997 vorliegen. Dr. Bastian ist seitens der Arbeitsgruppe federführend.
- Aus- und Fortbildung von Personal. Frau Eva Ombaka PhD (Ökumenischer Rat der Kirchen) aus Tanzania hat in der Arbeitsgruppe über die Probleme und Möglichkeiten berichtet. Sie will in den zuständigen Gremien in Genf und über ihr Netzwerk vor Ort beraten, inwieweit das Angebot der Arbeitsgruppe, Unterstützung bei der Aus- und Weiterbildung von Fachpersonal zu organisieren, in ein konkretes Projekt münden kann. Als Pilotprojekt könnten am Medizinischen Institut in Moshi/Tanzania, mit dem das Missionsärztliche Institut kooperiert (Dr. Köhler), solche Kurse mit Unterstützung der Pharma-Industrie eingerichtet werden.
- BUKO Pharma-Kampagne. Nachdem im Jahre 1996 auf Einladung der Arbeitsgruppe ein Gespräch von Vertretern der Pharma-Kampagne des BUKO über deren Bewertungsraster für Medikamente stattfand, will der VFA die Fragen der Kampagne in seinen Gremien erörtern. Der VFA vermittelt ferner Einzelgespräche mit Pharma-Unternehmen.
- Arzneimittelversorgung in der Dritten Welt. Das Positionspapier GKKE/VFA soll im Hinblick auf künftige primäre Aufgaben der Arbeitsgruppe erörtert werden.

8. Dialog mit Firma Bayer AG

Der Dialog mit der Firma Bayer ist ein seit langen Jahren bestehender Dialogstrang der GKKE. Auf Empfehlung der Fachgruppe und der GKKE sind Vorschläge für eine Projektzusammenarbeit mit dem brasilianischen CAPA (Centro de Apoio ao Pequeno Agricultor) entwickelt worden, die zu einer im Prinzip positiven Reaktion auf beiden Seiten geführt haben. Die Federführung für diese Förderung liegt bei der EZE. Weitere Kontakte zur Konkretisierung des Projektes sind vorgesehen. Zurzeit wird allerdings geprüft, ob die im Dialog mit Bayer derzeit vereinbarte beiderseitige „Denkpause“ zu einer Fortführung oder Beendigung dieses Arbeitsvorhabens führen wird. Möglicherweise sind hier nur Fortschritte möglich, wenn der Arbeitskontakt zu Brasilien durch die Projektarbeit neue Anstöße erbringt. Der Besuch einer CAPA-Delegation ist im Frühjahr 1997 geplant.

Die kleine Fachgruppe besteht v.a. aus Vertretern der Evangelischen Kirche im Rheinland und Fachleuten der Entwicklungswerke. Das Sekretariat der Fachgruppe wird von der evangelischen Geschäftsstelle wahrgenommen. Den Vorsitz hat Oberkirchenrat Jürgen Regul.

Anlage 1: Mitglieder des Leitungskreises des Dialogprogramms 1992-1996Vorsitzende

Dr. Günter Linnenbrink

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AGKED)

Mdg. a. D. Karl Osner

Stellvertretender Vorsitzender der
Deutschen Kommission Justitia et Pax

Mitglieder seitens der AGKED

Dr. Hartmut Bauer

Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe

Helmut Hertel

Geschäftsführer der AGKED

Dr. Klaus Lefringhausen

Deutscher Evangelischer Kirchentag

OKR Wilfried Steen

Kirchenamt der EKD

Mitglieder seitens Justitia et Pax

Dr. Paul Becher

Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Dr. Reinhard Hermle

Bischöfliches Hilfswerk Misereor

Manfred Sollich

Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe

Geschäftsführer

Dr. Manfred Kulesa

Harry Neyer

Referent/in der Geschäftsstelle des Dialogprogramms

Gudrun Molkentin

Hans Nirschl

Anlage 2: Mitglieder der Fachgruppen

Fachgruppe Brasilien

Vorsitz

Paul Hell, Bad Boll
Evangelische Akademien in Deutschland

Geschäftsführung

Hans Nirschl, GKKE (bis Juli 1996)
Birgit Zimmerle, Justitia et Pax (ab August 1996)

Mitglieder

Dr. Jutta Barth, Bonn
Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (bis 1993)
Hein Brötz, Aachen
Bischöfliches Hilfswerk Misereor (ab April 1996)
Godfried Deelen, Aachen
Bischöfliches Hilfswerk Misereor (bis März 1996)
Elisabeth Freitag, Essen
Bischöfliche Aktion Adveniat
Pater Osmar Gogolok, Mettingen
Institut für Brasilienkunde
Dr. Horst Goldstein, Berlin
Missionszentrale der Franziskaner, Regionalstelle Berlin
Hanns Jasse, Bonn
Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (ab Dezember 1995)
Professor Dr. Herbert Kötter, Bonn (bis 1995)
Professor für Wirtschaftssoziologie, Universität Bonn
Professor Dr. Hartmut Sangmeister, Heidelberg
Universität Heidelberg
Dr. Jürgen Stahn, Stuttgart
Brot für die Welt
Oberkirchenrat Wilfried Steen, Hannover
Kirchenamt der EKD, Kirchlicher Entwicklungsdienst

Berater

Norbert Bömer, Dortmund, Betriebsrat
Hermann Dierkes, Duisburg, Betriebsrat
Claudio Moser, Bonn, Brasilien - Experte (bis September 1995)
Dr. Luciano André Wolff, Brasilien-Experte, EZE / IBASE

*Fachgruppe Tanzania*Vorsitz

Prof. Dr. Gerhard Grohs, München

Institut für Ethnologie und Afrika - Studien, Universität Mainz

Geschäftsführung

Hans Nirschl (bis August 1996)

Mitglieder

Pfarrer Horst Becker, Neuendettelsau

Missionswerk der Ev. - Luther Kirche in Bayern

Pfarrer Claus J. Braun, Darmstadt

Amt für Mission und Ökumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Elisabeth Hiss, Aachen

Bischöfliches Hilfswerk Misereor

Dr. Rolf Hofmeister, Hamburg

Direktor des Institutes für Afrikakunde

Heiner Knauss, Bonn

Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe

Dr. Bernhard Köhler, Würzburg

Missionsärztliches Institut

Schw. Ingeborg Müller, Aachen

Internationales Katholisches Missionswerk Missio

Jürgen Nikolai, Aachen

Bischöfliches Hilfswerk Misereor

Dr. Paul - Gerhard Rösch, Roth

Tanzania - Experte, Früher Universität Bayreuth

*Fachgruppe Weltwirtschaft*Vorsitz

Prof. Dr. Werner Glastetter, Bielefeld
Professor für Volkswirtschaftslehre, Universität Bielefeld

Geschäftsführung

Dr. Manfred Kulesa, GKKE
Dipl.-Volkswirt Thomas Fues, Bad Münstereifel
Weltwirtschaft und Entwicklung (WEED)
Dr. Volker Kasch, Bonn
Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe
Dr. Otto Kreye, Starnberg
Starnberger Institut
Dipl.-Volkswirt Clemens Kronenberg, Aachen
Bischöfliches Hilfswerk Misereor
Prof. Dr. Rolf J. Langhammer, Kiel
Institut für Weltwirtschaft
Dr. Heyko Linnemann, Hannover
Bankdirektor i.R.
Dr. Karl Wolfgang Menck, Hamburg
HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung
Prof. Dr. Johannes Müller, München,
Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie
Harry Neyer, Bonn
Deutsche Kommission Justitia et Pax (bis 1996)
Dr. Martin Ott, Bonn
Deutsche Kommission Justitia et Pax (ab 1995)
Dr. Karin Stahl, Stuttgart
Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst, Planungsstab / Brot für die
Welt
Prof. Dr. Joachim Wiemeyer, Osnabrück
Katholische Fachhochschule

*Fachgruppe Frieden*Vorsitz

Prof. Dr. Lothar Brock, Frankfurt
FB Gesellschaftswissenschaften, Universität Frankfurt

Geschäftsführung

Gudrun Molzentin, Bonn
Geschäftsstelle GKKE (bis Juli 1996)

Mitglieder

Msgr. Jakob Aigner, Bonn
Deutsche Kommission Justitia et Pax (bis August 1994)
Dr. Michael Brzoska, Bonn
Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC)
Veronika Büttner, Ebenhausen
Stiftung Wissenschaft und Politik
Manfred Drewes, Bonn
Informationsstelle „Horn von Afrika“
Klaus Ebeling, Barsbüttel
Institut für Theologie und Frieden
Dr. Reinhard Hermle, Aachen
Bischöfliches Hilfswerk Misereor
Martin Herndlhofer, Bad Vilbel
Pax Christi, Deutsches Sekretariat
Werner Lottje, Stuttgart
Diakonisches Werk, Menschenrechtsreferat
Prof. Dr. Volker Matthies, Hamburg
Universität der Bundeswehr
Militärdekan Horst Scheffler, Mainz
Evangelischer Wehrbereichsdekan
Oberkirchenrat i.R. Klaus Wilkens
EKD Hannover

*Fachgruppe Pharma-Dialog*Vorsitz und Geschäftsführung:

Harry Neyer, Meckenheim,
Katholische Geschäftsstelle GKKE

Mitglieder

Dr. Rainward Bastian, Tübingen
Deutsches Institut für ärztliche Mission
Prof. Dr. Klaus Fleischer, Würzburg
Missionsärztliches Institut
Karl-Heinz Hein-Rothenbücher, Würzburg
Missionsärztliches Institut
Dr. Päivi Köhler, Würzburg
Missionsärztliches Institut
Doris Peschke, Frankfurt
Kirchlicher Entwicklungsdienst, Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
Dr. Hermann Schweiger, Feuchtwangen
Facharbeitskreis Gesundheit der AGEH / Medicus Mundi, Köln

*Fachgruppe Dialog mit Firma Bayer AG*Vorsitz

Oberkirchenrat Dr. Jürgen Regul, Düsseldorf
Evangelische Kirche im Rheinland

Geschäftsführung

Gudrun Molkentin (bis September 1996)
Federführung: Dr. Manfred Kulesa

Mitglieder

Dr. Doris Günther, Eschborn
Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)
Wolfgang Kaiser, Bonn
Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE)
Hubert Müller, Aachen
Bischöfliches Hilfswerk Misereor
Peter Rottach, Stuttgart
Brot für die Welt
OKR i. R. Jürgen Schroer, Düsseldorf
Berater der Landesregierung Nordrhein-Westfalen
Gerhard Schwab, Aachen
Bischöfliches Hilfswerk Misereor
Dr. Gero Vaagt, Eschborn
Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)
Wolfram Walbrach, Düsseldorf
Kirchlicher Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche im Rheinland

Anlage 3: Geschäftsführung und Geschäftsstellen

Evangelische Geschäftsstelle

Leitung Dr. Manfred Kulesa
 Sekretariat Charlotte Herkrath

Katholische Geschäftsstelle

Leitung Harry Neyer (bis 30.6.1996)
 Dr. Martin Ott (ab 1.7.1996)
 Sekretariat Irmgard Klein

Geschäftsstelle GKKE - Dialogprogramm 1992 - 1996

Referentin Gudrun Molkentin
 Referent Hans Nirschl

Sachbearbeitung/
 Sekretariat: Irene Bellinghausen (März 1994 - Juni 1996)
 Anne-Marie Dhers-Nauber (April 1992 - Juni 1993)
 Christine Krause (März 1993 - Juni 1996)
 Georgina Meyer-Düllmann (Mai 1992 - März 1994)

Anlage 4: Kurzbeschreibung der Informationsstelle „Horn von Afrika“

Die Informationsstelle "Horn von Afrika" wurde vom Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED) im April 1992 eingerichtet, um Gemeinden, kirchliche Aktionsgruppen sowie Mitarbeiter und Entscheidungsgremien der kirchlichen Hilfs- und Missionswerke über die Vorgänge in dieser Region zu informieren und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Die Schwerpunktsetzung erfolgte aufgrund der besonderen Bedeutung der Beziehungen der Evangelischen Kirche und ihrer Werke zu den Partnerkirchen aber auch angesichts der komplexen Umbruchs- und Notsituation in den Ländern am Horn von Afrika. - Die Informationsstelle wurde in Bonn angesiedelt, um eine enge Zusammenarbeit mit dem Dialogprogramm "Entwicklung als internationale soziale Frage" sicherzustellen.

Die Länder am Horn von Afrika sind seit Beendigung der Kolonialzeit von gewaltsamen Auseinandersetzungen heimgesucht worden, die unterschiedliche Ursachen hatten, aber sich jeweils verheerend auf die Lebenssituation der Menschen ausgewirkt haben. Die auch von außen finanziell unterstützten Entwicklungsbemühungen wurden weitgehend zunichte gemacht. In dieser Situation haben nicht nur die internationalen Organisationen und Regierungen sondern auch Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO) allen voran die Kirchen sich bemüht, zwischen Kriegsparteien zu vermitteln oder Konflikte zumindest einzudämmen. Die Informationsstelle hat es sich zur Aufgabe gesetzt, im ökumenischen Verbund zu diesen Bemühungen den Beitrag der deutschen Kirchen zu intensivieren.

Ziele:

- Den Beitrag der deutschen Kirchen und ihrer Hilfswerke zur Konfliktprävention, Konfliktregulierung und zu Konsolidierungsbemühungen nach Beendigung gewaltsamer Auseinandersetzungen zu verstärken.
- Die Koordinierung zwischen gleichgerichteten Institutionen und Initiativen zu qualifizieren.
- Unterstützung von Friedensinitiativen und Aufbau entsprechender Strukturen in den Ländern am Horn.
- Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen.
- Intensivierung der Kooperation mit politischen Stellen in Deutschland nach Maßgabe der komparativen Vorteile.
- Beteiligung an advokatorischen Bemühungen im Rahmen der *Working Group on the Horn of Africa*.
- Vermittlung dieser Bemühungen in die Hilfs- und Missionswerke sowie Gemeinden und der breiteren Öffentlichkeit.

Instrumente und Methoden der Umsetzung

- Regelmäßige **Publikation des Informationsbriefes zum Horn von Afrika** mit Darstellung der Vorgänge, Bewertung der friedenspolitischen Bemühungen und Unterrichtung über politische Interventionen.
- **Durchführung von und Beteiligung an speziellen Fachkolloquien**
- Kontinuierlicher **Dialog mit Parlamentariern**, Mitarbeitern der einschlägigen **Ministerien** und Vertretern gleichgerichteter **NRO**.
- Vermittlung von **Gesprächskontakten** für Partner aus den Ländern am Horn aber auch von Vertretern gesellschaftlicher und oppositioneller Gruppen.
- Organisation bzw. Beteiligung an Dialogforen mit in Deutschland lebenden Vertretern aus dieser Region.
- **Veröffentlichung von Artikeln** und Teilnahme an entwicklungspolitischen/entwicklungspädagogischen Veranstaltungen.
- Beteiligung an **Fachtagungen des Dialogprogramms** insbesondere an den internationalen Tagungen über Konfliktschlichtung und Friedenskonsolidierung.

Zur Begründung des kirchlichen Friedensengagements:

Die Kirchen und ihre Hilfswerke wirken durch ihre humanitären Programme direkt oder indirekt auch auf gewaltsame Konflikte ein. Die ständige Gefahr des Missbrauchs humanitärer Unterstützungsprogramme und deren Instrumentalisierung durch Kriegsparteien erfordert die entschiedene Bereitschaft, Schaden zu begrenzen oder aber Konfliktregulierungen anzustreben. Derartige Friedensbemühungen dürfen nicht allein auf die Akteure der kriegerischen Auseinandersetzungen, die sogenannten Warlords, fixiert sein. Der größte Teil der in Konfliktzonen lebenden Menschen ist an Verständigung und Versöhnung interessiert. Diese Gruppen der "zivilen Gesellschaft" heißt es zu stärken und zu unterstützen. Insbesondere gehören dazu die traditionellen Autoritäten, Intellektuelle, Geschäftsleute und InitiatorInnen von Selbsthilfe- und Frauenorganisationen. Besondere Möglichkeiten haben kirchliche Initiativen, die sich um Verständigung und Versöhnung an den "Graswurzeln" bemühen. Kirchen und ihre Hilfswerke haben also komplementäre Möglichkeiten, Friedensinitiativen zu befördern. Wichtig ist dabei die Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen aber auch den Regierungen und ihren diplomatischen Vertretungen.

Die Bearbeitung von Konflikten erfordert besondere Fachkenntnisse und ein hohes Maß an Erfahrung. Es wird in Zukunft darauf ankommen, den kirchlichen Beitrag zur Regulierung von Konflikten durch ständige gegenseitige Abstimmung zu qualifizieren und notwendige Arbeitsstrukturen aufzubauen.

Anlage 5: Materialien der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) zum Dialogprogramm

- D 1 Entwicklung als internationale soziale Frage. Dokumentation der internationalen ökumenischen Konsultation zum Dialogprogramm der GKKE. (1994) 2. Aufl. 1996. 110 Seiten, 8,- DM ISBN 3-928214-48-9
- D 2 Tanzania: Gesellschaft im Umbruch. Analyse von Armut, Strukturanpassung und gesellschaftlicher Transformation. Überlegungen zur Rolle der Kirchen. Von Paul-Gerhardt Rösch. 1994. 124 Seiten, 8,- DM ISBN 3-928214-47-0
- D 2e Tanzania: Society in Transition. Study on poverty, structural adjustment and transformation of society. Thoughts on the role of the churches. By Paul-Gerhardt Rösch. 1994. 111 pages, 8,- DM ISBN 3-928214-56-X
- D 3 Die Suche nach Frieden in Zentralamerika. Analyse der bisherigen Einflußversuche von außen zur Konfliktminderung in Guatemala und El Salvador. Von Sabine Kurtenbach. 1994. 60 Seiten, 5,- DM ISBN 3-928212-39-X
- D 4 Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe. Vorstellungen der Bundesregierung und der Parteien zur Kohärenz der Entwicklungszusammenarbeit. Auswertung entwicklungspolitisch relevanter Äußerungen. Von Thomas Wissing. 1994. 43 Seiten, 5,- DM ISBN 3-928214-40-3
- D 5 Global verantwortlich wirtschaften. Dokumentation der Fachtagung von GKKE und SPD, Dezember 1993. 41 Seiten, 5,- DM ISBN 3-928214-50-0
- D 6 Armutsbekämpfung. Dokumentation des Entwicklungspolitischen Dialogs GKKE - CDU. (1994) 2. Aufl. 1996. 50 Seiten, 5,- DM ISBN 3-928214-53-5
- D 7 Towards Coherence in North/South Policy: The Role of the European Union. Report from a Seminar held in Brussels in January 1994 by GKKE and EECOD. 1994. 46 pages, 5,- DM ISBN 3-928214-57-8
- D 8 Der deutsche Hermes in der Einen Welt. Die staatlichen Hermes-Bürgschaften in der entwicklungspolitischen Diskussion. Von Ralf Käpernick und Manfred Kulesa (Hg.). 1994. 106 Seiten, 8,- DM ISBN 3-928214-58-6
- D 9 Streitfall Aluminium. Soziale, ökologische und volkswirtschaftliche Implikationen der Bauxitförderung und Aluminiumproduktion. Von Claudio Moser und Christine Moser 1994. 86 Seiten, 5,- DM ISBN 3-928214-59-4
- D 10 Entwicklung oder Zerstörung? Probleme der Weltmarktintegration Amazoniens am Beispiel der Region Carajás. Von Claudio Moser. 1995. 110 Seiten, 8,- DM ISBN 3-928214-63-2
- D 11 Korruption als Entwicklungshindernis. Teil I: Läßt sich Korruption durch rechtliche Maßnahmen in Deutschland unterbinden? Herausgegeben von Uwe Holtz und Manfred Kulesa. 1995. 62 Seiten, 5,- DM ISBN 3-928214-64-0
- D 12 Korruption als Entwicklungshindernis. Teil II: Läßt sich Korruption durch rechtliche Maßnahmen in Deutschland unterbinden? Dokumentation des Hearings vom 21. Juni 1995. Herausgegeben von Uwe Holtz und Manfred Kulesa. 1995. 131 Seiten, 8,- DM ISBN 3-928214-71-3

- D 13 Konfliktschlichtung und Friedenskonsolidierung. Dokumentation der Internationalen Fachtagung über Konfliktschlichtung und Friedenskonsolidierung (31.3. - 4.4.1995, Bonn). Erfahrungen aus Mesoamerika, Horn von Afrika und Mosambik. 1995. 143 Seiten, 8,- DM ISBN 3-928214-68-3
- D 13e Conflict Mediation and the Consolidation of Peace. Documentation of the International Expert Meeting on Conflict Mediation and Consolidation of Peace (31.3. - 4.4.1995, Bonn). Experiences from Mesoamerica, Horn of Africa and Mozambique. 1995. 129 pages, 8,- DM ISBN 3-928214-69-1
- D 13s Mediación de Conflictos y Consolidación de Paz. Documentación de la Conferencia Internacional sobre Mediación de Conflictos y Consolidación de Paz (31.3. - 4.4.1995, Bonn). Experiences de Mesoamérica, Cuerno de Africa y Mozambique. 1995. 135 Páginas, 8,- DM ISBN 3-928214-70-5
- D 14 Korruption als Entwicklungshindernis. Teil III: Läßt sich Korruption durch rechtliche Maßnahmen in Deutschland unterbinden? Die Bekämpfung der internationalen Korruption - Wo steht Deutschland? Dokumentation der Diskussionsveranstaltung von Transparency International und Nord-Süd-Forum am 24. Juni 1996. Herausgegeben von Peter Waller und Manfred Kulesa. 1996. 131 Seiten, 8,- DM ISBN 3-928214-85-3
- D 15 Nord-Süd-Politik zwischen Eigeninteresse und internationaler Solidarität. Auswertung des Dialogprogramms der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung. Dokumentation der Fachtagung vom März 1996. Herausgegeben von Manfred Kulesa und Harry Neyer. 1996. 157 Seiten + 6 Bilderseiten, 8,- DM ISBN 3-928214-86-1
- D 16 Rüstungsexportpolitik im Dialog. Entwicklungen und Möglichkeiten einer Kontrolle nach Ende des Ost-West-Konflikts. Dokumentation der Aktivitäten der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung. Herausgegeben von Lothar Brock. 1996. 96 Seiten, 5,- DM ISBN 3-928214-87-X
- D 17 100 Jahre Bretton Woods? Beiträge zum Gespräch über Weltwirtschaft, Weltbank und Kirche. Herausgegeben von Manfred Kulesa. 1997. 118 Seiten, 8,- DM ISBN 3-928214-89-6
- D 18 Auf dem Weg zum Frieden. Dokumentation der Abkommen im Friedensprozeß von Guatemala 1994 - 1996. 1997. 140 Seiten, 8,- DM ISBN 3-928214-93-4